Bundesländern drohen griechische Verhältnisse S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 39 – 29. September 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Gewalttätigen Fanatikern die Stirn geboten: Anti-Islamisten-Demo im lybischen Bengasi Bild: pa

Islamisten triumphieren

Mohammed-Video: Für den »öffentlichen Frieden« wird die Freiheit untergraben

Während deutsche Politiker auf die islamischen Hassprediger mit Verboten reagieren wollen, machen die Bürger Bengasis mit den Freiheitsfeinden kurzen Prozess.

Es waren Libyer, die der ganzen Welt gezeigt haben, wie auf die hassbegeisterten Islamisten zu reagieren ist, die ein drittrangiges Video zum Anlass nehmen für eine weltweite Attacke auf Freiheit und Toleranz: Jene Libyer schwafelten nicht vom „verständlichen Zorn der Muslime“, der sich nur leider auf „inakzeptable Weise Ausdruck verleiht“. Sie mahnten nicht den Westen, auf „Provokationen“ zu verzichten, die den „öffentlichen Frieden gefährden könnten“. Nein, die mutigen Bürger von Bengasi stürmten die Bastion jener „Milizen“, die vier Personen, darunter den US-Botschafter, ermordet hatten, und jagten die Mörder zum Teufel. So machten sie der Welt vor, wie Freiheit verteidigt wird. Nicht durch Beschwichtigung oder gar vorauseilenden Gehorsam, sondern durch energisches Einschreiten gegen die Freiheitsfeinde.

Dabei wird es sich bei den Erstürmern der Islamistenhöhle durchweg um Moslems gehandelt haben, die das Mohammed-Video ebenso verletzend finden wie Milliarden anderer Menschen auf der Welt, ob Muslime oder nicht. Die Bürger von Bengasi aber wissen, dass es darum gar nicht geht – weder ihnen noch den islamistischen Hetzern und Mördern.

> Irrweg, der nicht nur in Bezug auf Religion beschritten wird

Den Hasspredigern ist das Video nur willkommener Anlass um herauszufinden, wie weit sie mit ihrem erdumspannenden totalitären Machtanspruch schon gekommen sind. Inwieweit also sie der ganzen Welt bereits vorschreiben können, welche Filme gezeigt, welche Bücher gedruckt und welche Karikaturen veröffentlicht werden dürfen.

Was die Reaktionen in Europa und den USA angeht, können sich die Islamisten gratulieren. In Deutschland überlegen Politiker höchstens ernsthaft, künftig bereits die Produktion von Filmen, die geeignet seien, religiöse Gefühle so sehr zu verletzen, dass der „öffentliche Frieden“ gefährdet sei, unter Strafe zu stellen.

Auf diese Weise gerät der „öffentliche Frieden“ zur Allzweckwaffe gegen die Freiheit. Leider wird dieser Irrweg nicht erst seit heute und nicht allein in Bezug auf Religion beschritten. Zahllose Demonstrationen wurden und werden verboten mit dem Hinweis auf die angebliche Gefährdung des öffentlichen Friedens. Dabei sind es nicht etwa die Demonstranten, sondern sogenannte Gegendemonstranten, von denen jene Gefährdung befürchtet wird. Auf diese Weise wird dem gewalttätigen Mob das Privileg eingeräumt, darüber zu entscheiden, wem die Meinungsfreiheit einzuräumen ist und wem nicht.

Wer Frieden um jeden Preis will, wird die Freiheit nie erringen oder aber verlieren. Wären all die Revolutionäre und Rebellen der Geschichte, denen das heutige Europa seine freiheitliche Ordnung verdankt, um jeden Preis friedlich geblieben, wären wir alle heute noch Untertanen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Heuchelei

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sorgt für Wirbel. Dabei enthält er keine neuen Erkenntnisse. Die Reichen werden immer reicher, die Armen dagegen immer ärmer. Das ist, kurz gefasst, das Fazit. Neu ist hingegen, dass der Bericht aus Sicht der Regierung trefflich mit deren derzeit sprießenden Enteignungsphantasien korrespondiert. Den Reichen muss man nehmen, um den Armen zu geben, so die einfache Logik. Dass ausgerechnet SPD und Grüne die Neiddebatte schüren und nach sozialer Gerechtigkeit rufen, ist pure Heuchelei. Denn erst die Hartz-Reformen der rot-grünen Koalition haben Teilzeit- und Minijobs, Leiharbeit sowie befristete Beschäftigungsverhältnisse in großem Stil ermöglicht und die fatale Entwicklung gefördert. Maßgeblich beteiligt an der Durchsetzung der „Agenda 2010“ war der damalige SPD-Generalsekretär Olaf Scholz, der sie später als Bundesarbeitsminister weitergeführt hat. Scholz ist heute Hamburger Bürgermeister, sein damaliger Staatssekretär Detlev Scheele Sozialsenator. Beide finden nichts daran, dass die Stadt als einer der schlimmsten Lohndrücker agiert. In viele Beschäftigungsgesellschaften ausgelagert, müssen die Bediensteten in prekären Beschäftigungsverhältnissen darben.

Und überhaupt der Staat. Auch sein Vermögen schrumpft, und das trotz rekordverdächtiger Steuereinnahmen. Unser Mitleid hält sich indes in Grenzen angesichts der ebenso wiederholt wie folgenlos vom Steuerzahlerbund kritisierten Verschwendung öffentlicher Gelder. Ein schönes Beispiel dafür bietet der ESM, der seine Mitarbeiter auf unsere Kosten mit fürstlichen Gehältern alimentiert. Armer Staat? Nur für Heuchler.

Bürger begehren auf

»Wahlalternative 2013« tritt gegen »alternativlose« Euro-Rettung an

Immer mehr Bürger fühlen sich von der politischen Klasse verraten und verkauft. Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit sind die Folge. Bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr will nun eine Bürgergruppierung für frischen Wind sorgen: Die „Wahlalternative 2013“ tritt gegen die etablierten Parteien an. Zu den Gründern zählen Personen des öffentlichen Lebens aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur, unter anderem der Hamburger Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, der Volkswirtschaftler und Euro-Gegner Joachim Starbatty und Ex-Arbeitgeberchef Hans-Olaf Henkel. Die Gruppierung will dem deutschen Wähler in der Krise eine Alternative zur Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung bieten. Sie will der Aushebelung der Demokratie und der faktischen Entmachtung der Verfassungsorgane Einhalt gebieten.

> Demokratie muss bewahrt werden

Die Wahlalternative 2013 hat sich im Wesentlichen drei Punkte zum Ziel gesetzt: Deutschland wird gemäß dem Maastricht-Vertrag nicht mehr für die Schulden fremder Staaten eintreten; das einheitliche Euro-Währungsgebiet wird aufgegeben, wobei es den Staaten freisteht, aus dem Euro auszuscheiden oder Parallelwährungen einzuführen; Abtretungen wesentlicher Hoheitsrechte der Bundesrepublik Deutschland bedürfen einer vorherigen Volksabstimmung. Die engagierten Bürger stören sich daran, dass die Detuschen mit der Begründung, die Euro-Rettung sei „alternativlos“, immer höhere Risiken aufgebürdet werden.

Da die Wahlalternative 2013 keine politische Partei ist und auch keine Parteigründung beabsichtigt, muss sie laut Bundeswahlgesetz mit einer zugelassenen Partei kooperieren, um an der Bundestagswahl teilnehmen zu können. Die Wahlalternative 2013 strebt daher eine Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Freien Wähler an. *MRK*

Neue »Achse des Bösen«?

Annäherungen auf Geheimdienstebene zwischen Kairo und Teheran

Die USA und Israel sind beunruhigt über diplomatische Annäherungen zwischen Ägypten und dem Iran. Grund für die Sorge ist ein inoffizielles Treffen zwischen den Geheimdiensten beider Länder, was Raum für Spekulationen gibt über mögliche Terror-Absprachen im Nahen Osten.

Seit dem Machtantritt der Mullahs im Iran ist der diplomatische Draht zu Ägypten abgetrennt. So gibt es keinen Konsulatsaustausch zwischen diesen Staaten. Ägyptens Ex-Regierungschef Husni Mubarak wollte auf diese Weise mit allen Mitteln radikal-islamische Einflüsse auf sein Land fernhalten.

Nach der ägyptischen Revolution ist mit Mohammed Mursi ein Muslimbruder an der Macht, der für die Islamisierung seines Landes steht. Dass sich im August Ex-Geheimdienstchef Murad Muwafi mit einem iranischen Agenten namens Gerami getroffen haben soll, passt da ins Bild. Der iranische Geheimdienst VEVAK ist dafür berüchtigt, Terrorgruppen wie Hamas und Hisbollah zu unterstützen.

> Präsident Mursi feuerte Spionagechef

Ob sich jetzt zwischen Kairo und Teheran eine neue Terror-Achse des Bösen bildet, bleibt ungewiss. Denn bei einem Treffen der blockfreien Staaten im Iran brüskierte Mursi unlängst Irans Präsidenten Ahmadinedschad, indem er Syriens Präsidenten Assad als Anführer eines Unterdrückerregimes bezeichnete. Ein Skandal im syrienfreundlichen Gastgeberland!

Und auch Muwafi ist nicht mehr im Amt. Mursi feuerte den noch vom alten Mubarak-Regime installierten Spionagechef, nachdem bei einem Terrorangriff auf eine ägyptische Grenzstation 16 Menschen starben. Muwafi soll Hinweise auf einen Anschlag nicht an Polizei- und Grenzdienste weitergegeben haben. Mit Nachfolger Mohamed Shehata ist nun ein Hardliner im Amt, der gewiss erneut den Handschlag mit dem Iran sucht. *tws*

Zwischenruf

Es wird Zeit

Es wird Zeit, zu widersprechen. Widerspruch ist geboten zu der immer häufiger geäußerten Ansicht, die Krise in der EU sei nur mit mehr Europa zu überwinden. Merkel, Schäuble, die Opposition, speziell der Obergrüne Trittin, aber auch verschiedene Spitzenpolitiker der Bundesländer äußern sich in diesem Sinne. In das gleiche Horn stoßen Spitzenpolitiker der EU von Barroso über van Rompuy bis zu Eurogruppenchef Juncker.

Mehr Europa, damit wird die weitere Abgabe nationaler Souveränitätsrechte zugunsten einer europäischen Superbehörde gefordert. Die Europäische Kommission ist heute schon ein bürokratisches Monster, das so gut wie keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Ein Vorschlag zur weiteren Vertiefung der europäischen Integration jagt den anderen. Aber alle Gremien der EU haben noch nie eine realistische Vision über die Endstufe eines geeinten Europa konzipiert. Die Frage für Europa bleibt: Staatenbund oder Bundesstaat. Es ist aus heutiger Sicht schwer vorstellbar, ja auszuschließen, dass Frankreich, England, Spanien, Polen, Norwegen, um nur einige Staaten zu nennen, in den nächsten 50 Jahren alle Souveränitätsrechte an Brüssel abtreten werden. Insofern bleibt der Wunsch, einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, eine Illusion. Da passt es gut, an die Rede des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle zu erinnern, der vor 50 Jahren mit einer großen Rede in Ludwigsburg die deutsch-französische Partnerschaft auf die Schiene setze. Es war für ihn immer klar, Europa gibt es nur als Europa der Vaterländer mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einem gemeinsamen Binnenmarkt. So sahen das damals auch die Hauptakteure auf der europäischen Bühne, Adenauer, de Gasperi, McMillan, Strauß und andere.



Die nationalen Gesellschaften Europas sind ein Kernstück der europäischen Identität. Einheit in Vielfalt kann nur die Devise für die Zukunft Europas sein. Allen weiteren Integrationsschritten ist zu widersprechen. *Wilhelm v. Gottberg*

Die Schulden-Uhr:

Risiko bei ESM wächst

Analog zum EFSF sollen nun auch beim ESM durch eine Hebelung die für „Rettungsmaßnahmen" zur Verfügung stehenden Mittel vermehrt werden, um auch Spanien oder Italien über Wasser halten zu können. Statt 500 Milliarden sollen so über zwei Billionen Euro verfügbar sein. Der Preis ist ein größeres Risiko, dass die Einlagen der Staaten verloren gehen. Wolfgang Schäuble stört das nicht, aber die Finnen, die Widerstand leisten. *M.R.*

2.052.032.424.431 €

Vorwoche: 2.051.236.599.877 €
Verschuldung pro Kopf: 25.086 €
Vorwoche: 25.076 €

(Dienstag, 25. September 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ans Geld der Normalbürger

DIW-Forderungen, Zinspolitik, Von-der-Leyen-Bericht: Die Front der Enteigner formiert sich weiter

Mit ihrem „Armutsbericht" bereitet Arbeitsministerin Ursula von der Leyen weiter den Boden für Enteignungsaktionen gegen die Mittelschicht. Die „Reichen" sind nur populistische Zielscheibe.

Vor dem Hintergrund der fast gleichzeitig veröffentlichten Studie des Bundes der Steuerzahler (BdSt) zum Ausmaß der Verschwendung öffentlicher Gelder musste der Vorstoß von Ursula von der Leyen (CDU) wie Hohn klingen. Eine der Schlussfolgerungen der Arbeitsministerin aus ihrem „Armuts- und Reichtumsbericht" lautet: Der Staat hat zu wenig Geld, wohlhabende Privatleute haben dagegen zu viel. Daher müsse nach Wegen gesucht werden, wie das Geld der Privaten für öffentliche Aufgaben besser „herangezogen" werden könne.

In seinem 40. Schwarzbuch listet der BdSt mehr als 100 Fälle hanebüchener Verschwendung von Steuergeld durch den Staat auf. Mit dabei sind bundesweit bekannte Skandale wie der um den Berliner Flughafen, die Hamburger Elbphilharmonie oder den Nürburgring.

Ebenfalls kam dieser Tage heraus, dass im August der erwartete Rekord an Steuereinnahmen abermals übertroffen wurde, die öffentliche Hand aber trotzdem noch immer nicht ohne neue Schulden auskommt. Die Staatsquote beträgt in Deutschland 47 Prozent. Heißt: Fast jeder zweite Euro, der in der Bundesrepublik erwirtschaftet wird, geht an öffentliche Hände. 1960 waren es bloß 33 Prozent. In der Schweiz liegt der Satz noch heute in diesem Bereich.

All das passt kaum in von der Leyens Schreckensgemälde von einem darbenden Staat, dem die reichen Privatleute das nötige Geld verweigern. Vielmehr atmet der Bericht den Odem blanken Sozialneids. Der sozialneidische Unterton in Ursula von der Leyens „Armuts- und Reichtumsbericht" fiel aufmerksamen Beobachtern sofort auf. Der Bericht reihte sich nahtlos an den Vorschlag des linksgerichteten „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" (DIW) vom Sommer dieses Jahres. Das DIW hatte gefordert, Vermögen ab einem Betrag von 250 000 Euro pro Person mit einer Zwangsabgabe zu belegen, die als „Anleihe" getarnt werden solle.

Von der Leyen beklagt in dem Bericht, dass 53 Prozent des deutschen Privatvermögens in den Händen von bloß zehn Prozent der Haushalte lägen. Die untere Hälfte verfüge gerade einmal über ein Prozent des Vermögens.

Über die dazwischen liegende Mittelschicht verliert der Bericht kein Wort. Auch nicht über die Verteilung der Steuerlast: So tragen die oberen 25 Prozent der Einkommensempfänger knapp 77 Prozent des Einkommensteuer-Aufkommens, die unteren 25 Prozent nur 0,2 Prozent, die untere Hälfte 5,5 Prozent. Danach ist eine starke Sonderbelastung der Besserverdiener längst Realität.

Zudem gebraucht der Bericht einen Vermögensbegriff, der in der Realität in die Irre führt. So werden Immobilien-, Geld oder Aktieneigentum als Vermögen gerechnet, nicht aber gesetzliche Rentenansprüche. Ein Selbstständiger, der nicht in die gesetzliche

> »Vermögen« wird bewusst ungleich berechnet

Rentenkasse einzahlt, muss privat an Altersversorgung ansparen, was ein Angestellter über seine gesetzliche Rentenversicherung erwirbt. So entsteht beim Selbstständigen „Vermögen", während dem Angestellten Anwartschaften entstehen, die nicht zu seinem Privatvermögen hinzugerechnet werden. Über das zur Altersversorgung zurückgelegte „Vermögen" kann der Selbstständige aber kaum frei verfügen, will er als Senior nicht zum Sozialfall werden. Würde für gesetzliche Rentenanwartschaften ein Kapitalstock errechnet, wie er für private Betriebs- oder Riesterrenten ausgewiesen wird, so ergäbe sich eine weit ausgewogenere Verteilung des „Reichtums", als der Leyen-Bericht es unterstellt.

Die eigentliche Stoßrichtung des „Armuts- und Reichtumsberichts" zielt darauf, Stimmung zu machen für eine Teilenteignung privaten Besitzes zugunsten des Staates. Dabei ist den Verantwortlichen bewusst, dass sie mit der „Heranziehung" wirklich großer Vermögen kaum weit kommen würden. Ein Großteil jener Vermögen nämlich ist entweder Firmenvermögen, dessen „Heranziehung" schwere volkswirtschaftliche Schäden nach sich zöge und vor allem die „armen" Beschäftigten träfe. Oder es es handelt sich um hochmobile Vermögenswerte wie große Aktienpakete, die schnell außer Landes zu bringen wären. Diese Erfahrung macht gerade das sozialistische Frankreich. Dort verlassen Gutbetuchte nach den klassenkämpferischen Ansagen der Regierung von François Hollande gerade in Scharen das Land. Mit ihrem Vermögen tragen sie auch ihre Kauf- und Steuerkraft davon, die nun in Frankreich fehlen – zum Schaden aller. Das Debakel hätte der Präsident voraussehen können: Schon sein Parteigenosse und Vorgänger François Mitterand versuchte Anfang der 1980er Jahre, die ganz großen Privatvermögen abzuräumen. Das Ergebnis war ein nationales Desaster. Mitterands Weggefährte Jacques Attali gab damals resigniert zu, dass die „Reichen" leider die mobilste Bevölkerungsgruppe von allen seien.

Es ist kaum anzunehmen, dass Ursula von der Leyen oder Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), dessen Haus die Enteignungsphantasien des DIW offiziell als „interessant" bezeichnete (die *PAZ* berichtete), die französischen Fehler wiederholen wollen. Daher ist davon auszugehen, dass die „Reichen" lediglich als Zielscheibe ausgegeben werden, um den Boden zu bereiten für etwas weit Einträglicheres: Die höhere Belastung der Mittelschicht, der es kaum möglich ist, sich und ihr Geld über die Grenze in Sicherheit zu bringen.

Jener Mittelschicht droht noch eine zusätzliche Gefahr. Anders als die Oberschicht, die ihr Vermögen weitgehend in Sachwerten (wie etwa Aktien oder Gold) aufbewahrt und Geld nur zu Transaktionszwecken benutzt, ist Geld für die Mittelschicht (neben dem Eigenheim) auch das Hauptaufbewahrungsmittel fürs Ersparte. Doch mittels Zinsen, die durch staatliche Manipulation unter das Inflationsniveau gedrückt wurden, geht die Mittelschicht einer schleichenden Enteignung entgegen. Nutznießer sind unter anderem der Staat und große Finanzinstitute, die auf diesem Wege ihre Schulden auf Kosten der Mittelschicht entwerten. *Hans Heckel*



Opfer des Umverteilungsstaats wie der Taschendiebe: Otto Normalverbraucher Bild: Roland Magunia/ap

»Büchse der Pandora« offen

Europaparlament befasst sich wieder mit Benesch-Dekreten

Überraschend hat sich das EU-Parlament erneut mit den tschechoslowakischen Benesch-Dekreten der Jahre 1944 bis 1946 befasst und dabei viel Kritik daran erkennen lassen. Auf der Grundlage dieser Dekrete wurden nicht nur die 3,2 Millionen Sudetendeutschen enteignet und vertrieben. Auch die Karpatendeutschen und die Ungarn in der Slowakei sowie kleinere Gruppen von Kroaten, Liechtensteinern, Schweizern, „illoyalen" Tschechen und Slowaken und sogar Juden wurden auf der Basis dieser Dekrete entrechtet. Die Vielzahl der Opfergruppen war es letztlich, die bewirkt hat, dass die Dekrete erneut Gegenstand für die EU geworden sind.

Die evident menschenrechtswidrigen Dekrete wurden nämlich im September 2007 vom slowakischen Parlament in einer Resolution gleichsam neu ratifiziert und für „unantastbar" erklärt. Diese Resolution kann man wohl als politisches Eigentor betrachten, denn die Slowakei war damals bereits Mitglied der EU. Auch das tschechische Parlament hat die Dekrete bestätigt, in Prag war man aber klug genug, dies noch vor dem Beitritt zur EU zu tun. Damit vermied man es, die – sehr fragwürdige – Theorie Brüssels Lügen zu strafen, das Unrecht der Dekrete sei ein abgeschlossener Vorgang und nicht an der Latte des EU-Rechts zu messen.

Die Pressburger Bestätigung der Dekrete von 2007 hingegen fällt räumlich und zeitlich so offenkundig in die Sphäre der EU, dass der Petitionsausschuss die Beschwerde zweier Ungarn, die sich durch dieser Beschluss diskriminiert fühlen, zur Beratung annahm und am 20. September beschloss, sich im Sinne der Antragsteller mit der Sache zu befassen. Konkret verlangt der Ausschuss, slowakische Delegierte sollten die Begleitumstände der Resolution von 2007 erklären.

> Pressburg muss in Brüssel Resolution von 2007 erklären

Der Verlauf der öffentlichen Ausschussberatung ließ erkennen, dass das Ergebnis völlig offen war. Eine der Petenten hatte fünf Minuten, ihr Anliegen zu erläutern. Ein Vertreter der EU-Kommission wiederholte dann deren alte Position, die Dekrete seien „historische Akte", die mit dem EU-Recht nicht in Verbindung stünden. Die Ausschussmitglieder überzeugte das nicht. Geschickt argumentierten die ungarischen Abgeordneten, es gehe eher um den diskriminierenden Charakter der Resolution von 2007 als um das Unrecht von 1945. Zwei deutsche Abgeordnete, Peter Jahr (CDU) und – ziemlich gewunden – sogar ein bayerischer Grüner, redeten ähnlich. Ein Rumäne warnte dagegen gleich zweimal, „die Büchse der Pandora wieder zu öffnen". Er konnte sich nicht durchsetzen.

An der Sitzung nahmen an die 100 Personen teil, überwiegend Abgeordnete und ihre Mitarbeiter sowie Beobachter. Zu diesen gehörten drei Sudetendeutsche, darunter ein Vertreter der Zeitung „Sudetenpost" in Linz. Die Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft um den Europaabgeordneten Bernd Posselt, der es 1999 sogar geschafft hatte, dass das EU-Parlament in einer Resolution die Aufhebung der Dekrete forderte, hat sich im Vorfeld der Sitzung hingegen nicht geäußert. Übrigens erfüllt die Ausschuss-Entscheidung eine Entschließung der Ostpreußischen Landesvertretung. Diese hatte 2009 verlangt, Brüssel solle sich erneut mit den Benesch-Dekreten befassen. *K.B.*

Goldgrube ESM

Mitarbeiter erhalten fürstliche Gehälter

Bayerns Piratenpartei hat Dokumente zum ESM veröffentlicht, die als vertraulich eingestuft sind. Die Ursache für die betriebene Geheimniskrämerei um etwa 100 Seiten Text, die bisher nur dem Haushaltsausschuss des Bundestages bekannt waren, wird mit einem Blick auf die enthaltenen Details schnell klar: Zumindest aus Sicht der künftigen Angestellten könnte sich der ESM als großer Erfolg herausstellen, ihnen winken großzügige Verdienstmöglichkeiten. So soll der Geschäftsführende Direktor des ESM ein Grundgehalt von 324 000 Euro brutto erhalten. Netto wären das für einen Alleinstehenden ohne Kinder immerhin 252 560 Euro. Mitglieder des Direktoriums sollen zwischen 191 000, 280 000 und 324 000 Euro brutto verdienen. Zur lukrativen Angelegenheit wird der ESM auch für Berufseinsteiger. Für Nachwuchskräfte sind die Gehaltsstufen 40 000, 78 000 und 97 000 Euro vorgesehen. Selbst Assistenten, Hilfskräfte und Praktikanten werden mit ungewöhnlich hohen Jahresgrundgehältern zwischen 22 000 und 72 000 Euro bedacht.

> Höhere Bezüge als die Bundeskanzlerin

Damit dürfte sich auch beim ESM wiederholen, was bereits bei der Vergütung der Brüsseler EU-Beamten regelmäßig für Anstoß sorgt: mehr Netto als Brutto. Möglich wird dies durch steuerbegünstigte Zulagen für EU-Beamte. Da es sich auch beim ESM um eine supranationale Einrichtung handelt, dürften die ohnehin üppigen Gehaltszahlungen durch steuerbefreite Zulagen noch zusätzlich in die Höhe getrieben werden. Nicht weniger lukrativ sind die geplanten Urlaubsansprüche. Vorgesehen sind mindestens 47 Tage, je nach Voraussetzungen kann sich die Zahl weiter erhöhen. Auf welch abgehobenem Niveau sich die ESM-Gehälter bewegen, macht ein Vergleich mit der Vergütung für die deutsche Bundeskanzlerin deutlich: Während Kanzlerin Angela Merkel auf ein Bruttogehalt von 220 000 Euro im Jahr kommt, ist für den Geschäftsführenden Direktor des ESM fast das Anderthalbfache vorgesehen. *N.H.*

Finissage

Von Vera Lengsfeld

Die Zionskirche zu Berlin liegt mitten im Prenzlauer Berg, wo er am dichtesten besiedelt ist. Im Jahr 1988 war diese Kirche der Ort, an dem die Opposition der DDR zum ersten Mal international wahrgenommen wurde.

Hier befand sich die Umweltbibliothek, ein Brennpunkt des Widerstandes gegen die DDR-Diktatur. Hier konnte man verbotene Bücher lesen, die Zeitungen der Opposition wie die „Umweltblätter“ und den „Grenzfall“ bekommen, die neuesten Nachrichten über geplante Veranstaltungen erfahren. Mit Recht war die Umweltbibliothek der Staatssicherheit ein Dorn im Auge. Am 24. November 1977 wurde sie regelrecht überfallen, mehrere Aktivisten verhaftet, die Drucksachen und Geräte beschlagnahmt.

Schon kurz darauf waren viele in Berlin lebende Oppositionelle informiert. Noch in der Nacht traf man sich im Atelier von Bärbel Bohley, das sich in der Nähe der Zionskirche befand, und beschloss, auf die Verhaftungen mit einer Mahnwache zu reagieren. Diese Aktion wurde ein voller Erfolg. An der Kirchentür, gut sichtbar für die vorbeifahrende Straßenbahn, wurden Transparente mit der Forderung nach Entlassung der Verhafteten gehängt und Kerzen aufgestellt. Nach wenigen Stunden war das gesamte Gelände rund um die Kirche mit Plakaten, Blumen und Kerzen bestückt. Die in der Hauptstadt akkreditierten Journalisten stellten sich ein, bald auch solche mit einem Tagesvisum. Am Abend konnte die Kirche nicht mehr alle Leute fassen, die gekommen waren, um ihre Solidarität zu bekunden. Am dritten Tag musste die Staatssicherheit klein beigeben und die Verhafteten entlassen. Die DDR-Opposition hatte ihre erste große Kraftprobe mit dem Regime bestanden.

Heute ist die Zionskirche leider ziemlich heruntergekommen. Der Innenraum ist völlig verstaubt, eine Folge der Baureparaturen, die dringend gemacht werden mussten, um den Verfall zu stoppen.

Trotzdem gab es keinen passenderen Rahmen für die Ausstellung der Malerin Gudrun Boiar, die in ihrer „Blauen Reihe – Starke Frauen der Friedlichen Revolution“ der DDR zwanzig Aktivistinnen porträtiert hat.

Boiar stammt aus dem Westen und betreibt seit einigen Jahren ein offenes Atelier im Prenzlauer Berg. Von ihren Nachbarn und Besuchern hat sie viel über die jüngste Geschichte ihrer neuen Heimat erfahren.

Es imponierte ihr, dass der Prenzlauer Berg eine der Hochburgen der DDR-Opposition war, noch mehr, dass die Mehrzahl der Aktivisten Frauen waren. So reifte ihr Entschluss, diese Frauen symbolisch zu ehren. Die Ausstellung hing leider nur sechs Wochen. Sie wäre es wert, einen permanenten Platz zu bekommen. Bis dahin kann man die Bilder nur auf Boiars Homepage (www.gudrun-boiar.de) bewundern. Ein Besuch dort lohnt sich.

Politik hilflos gegen Räuberbanden

Grenzregion Oder-Neiße: Diebstahlslawine, weil niemand über Grenzkontrollen reden will



Autodiebe erweitern ihren Aktionsraum immer mehr gen Westen: In Frankfurt/Oder liegt bereits jetzt das Risiko, sein Fahrzeug durch Diebstahl zu verlieren, 562 Prozent über dem Bundesdurchschnitt

Bild: pa

Immer weitere Sonderkommissionen der Polizei sollen Handlungsfähigkeit der Politik im Kampf gegen die Grenzkriminalität an Oder und Neiße beweisen. Besonders wirksam war der Aktionismus bisher nicht, doch die effektivste und kostengünstigste Lösung zur Bekämpfung der Grenzkriminalität gilt nach wie vor als Tabu.

Es ist eine unrühmliche Spitzenstellung, zu der es die Grenzgebiete Brandenburgs und Sachsens gebracht haben. Angeführt von Frankfurt an der Oder ist die Region zur Hochburg des Autodiebstahls mutiert. Bei einer Untersuchung des Verbraucherportals „geld.de“ sind gleich drei Städte entlang von Oder und Neiße auf der Liste der deutschen Kommunen gelandet, die besonders von Autodiebstählen betroffen sind. Für die Untersuchung war nicht wie sonst üblich die Anzahl der gestohlenen Fahrzeuge in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt worden, sondern zu den angemeldeten Autos.

In Frankfurt an der Oder wurden danach 2011 von je 100 000 Fahrzeugen 781 gestohlen. Die Diebstahlsquote lag damit 562 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Platz zwei belegt das niederschlesische Görlitz, Cottbus belegt Rang sieben. Die Zahlen zeichnen ein deutlich dramatischeres Bild von der Wirklichkeit als das, was vom Potsdamer Innenministerium zu dem Thema veröffentlicht wurde. Danach ist die Zahl aller Straftaten um fast acht Prozent zurückgegangen, die Autodiebstähle sollen im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr sogar um 17 Prozent abgenommen haben.

Tatsächlich können die bejubelten Daten allerdings auch als Alarmsignal gedeutet werden. Die Kriminalitätszahlen sind nur leicht rückläufig, obwohl inzwischen ein massiver Aufwand betrieben wird: Seit Monaten sind mittlerweile mehrere Polizeihundertschaften und die hundertköpfige Soko „Grenze“ im Einsatz. Zudem dürften die Grenzkontrollen, die im Umfeld der Fußball-WM in Polen und der Ukraine für einige Wochen wieder durchgehend praktiziert wurden, die Statistik des ersten Halbjahres erheblich entlastet haben.

Und die offizielle Statistik gibt noch aus einem anderen Grund ein sehr unvollständiges Bild: Längst beschränken sich die überwiegend osteuropäischen Banden nicht mehr auf die unmittelbare Grenzregion. Über Berlin und den sogenannten Speckgürtel um die Hauptstadt rollt schon seit längerem eine Welle von Wohnungseinbrüchen hinweg. Wegen der erhöhten Polizeipräsenz an der Grenze steigt nun in Städten wie Potsdam und Brandenburg an der Havel die Zahl der Autodiebstähle an.

GdP: Polizei mit »schrottreifen Fahrzeugen«

Die Langfinger erweitern nicht bloß ihren Aktionsradius, ihre kriminelle Energie findet auch neue Betätigungsfelder. Laut dem Polizeipräsidium Brandenburg wurden bis zum 30. August bereits 100-mal Diebstähle von Solarpanelen gemeldet. Geschätzter Schaden: Zwei Millionen Euro. Brandenburgs Antwort besteht neben der öffentlichkeitswirksamen Entsendung von vier Einsatzhundertschaften vor allem in der Bildung immer neuer Sonderkommissionen. Bereits seit 2010 versucht die Soko „Grenze“, vor allem Autodiebstähle einzudämmen. Nachdem im östlichen Berliner Umland die Zahl von Einbrüchen in Einfamilienhäuser spürbar zugenommen hatte, ist seit März die Soko „Villa“ dazugekommen. Soko „Sonne“ nennt sich die jüngste Spezialtruppe, die sich um die wachsende Zahl gestohlener Solaranlagen kümmert.

Nicht einmal diskutieren wollen die politisch Verantwortlichen indes eine Lösung, die angesichts der Brandenburger Lage am effektivsten und kostengünstigsten wäre: die ständige Wiederbesetzung der lediglich elf Straßen-Grenzübergänge an Oder und Neiße. Im Verdachtsfall wären sofortige Kontrollen möglich, gleichzeitig wäre die Abschreckungswirkung auf die professionell agierenden Banden am stärksten. Zumindest aus Sicht der etablierten Politik hätte diese Lösung allerdings einen entscheidenden Nachteil. Sie wäre das Eingeständnis, dass der Beitritt Polens zum Schengen-Raum im Jahr 2007 übereilt war, dass die Aufhebung der Grenzkontrollen eine politisch motivierte Fehlentscheidung gewesen sein könnte.

Ständig besetzte Grenzübergänge gelten ebenso als Tabu wie eine Lösung, die von den Niederlanden inzwischen praktiziert wird. Wer aus Deutschland oder Belgien mit dem Auto nach Holland einreist, wird per Videoüberwachung erfasst. Sind bestimmte Risiko-Merkmale wie Herkunftsland, Fahrzeugtyp oder Personenanzahl erkennbar, dann findet eine Verdachtskontrolle der niederländischen Polizei statt.

Der Brandenburger Landtagsabgeordnete Jürgen Maresch (Linke) hat darauf aufmerksam gemacht, dass es beim Problem der Brandenburger Grenzkriminalität noch einen weiteren Akteur gibt, der sich seiner Verantwortung fast unbemerkt weitgehend entledigt hat: der Bund. Nur zwei von sechs Grenzstreifen pro Schicht seien bei der Bundespolizei aktuell im Einsatz, so Maresch gegenüber der „Lausitzer Rundschau“. Während der Abgeordnete einen hohen Krankenstand und die Überlastung mit zusätzlichen Aufgaben als Gründe sieht, geht die Kritik des Vizechefs der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Sven Hübner, noch weiter: „Statt die ohnehin personell ausgedörrte Basis in den Dienststellen wenigstens technisch und baulich arbeitsfähig zu machen, beließ man es bei den langsamsten IT-Verbindungen der Polizeiwelt, gab sich mit einem wachsenden Anteil verschrottungsreifer Fahrzeuge zufrieden und setzte finanziell andere Schwerpunkte", so Hübner in einem Kommentar auf der Internetseite der GdP. *Norman Hanert*

Lehrer am Polit-Pranger

Berlin: Linke Schüler und Kollegen gehen erneut auf Pädagogen los

Eine große Berliner Boulevardzeitung publiziert als Tatsachenfeststellung, was eine 16-jährige Schülerin aus Kenia über einen ihrer Lehrer als Behauptung aufgestellt hat. Karl H. Sch. soll sie als „Nigger“ tituliert und diese Schmähung sogar an die Tafel geschrieben haben. So behaupten es auch einige Mitschüler mit Immigrationshintergrund.

Die Polizeipressestelle machte die Vorwürfe ungeprüft öffentlich, worüber sich Sch. empört zeigte. In der Erklärung der Polizei heißt es: „Schülerin von Lehrer rassistisch beleidigt.“ Der Lehrer prüft eine Dienstaufsichtsbeschwerde, weil der Vorwurf als Tatsachenbehauptung an die Öffentlichkeit gelangt sei.

Sch. war bereits zweimal Gegenstand politischer Kontroversen. Er widersetzte sich einst der Umbenennung des „Tannenberggymnasiums“ in Berlin-Steglitz und ist seitdem politisch unter Druck. Als er ein Buch über die von Jan Philipp Reemtsma finanzierte Anti-Wehrmachtsausstellung veröffentlichte, wurden seine Gegner massiv. Sch. wurde vom Dienst suspendiert. Er klagte dagegen jedoch und gewann. 2007 urteilte das Oberverwaltungsgericht, dass er wieder im Schuldienst einzusetzen sei.

Unbewiesene Vorwürfe wurden veröffentlicht

Immer wieder wurde seither versucht, den Lehrer aus dem Weg zu räumen. An einem Zehlendorfer Gymnasium, so berichten Schüler, die nicht genannt werden wollen, sei vom Kollegium ein Lehrer „abgestellt“ worden, Sch. während seiner dortigen Tätigkeit zu „überwachen“. Dies blieb zwar erfolglos, aber Sch. wurde immer wieder an andere Schulen versetzt.

Nun triumphiert das Boulevardblatt „B.Z.“: Nach seinen Informationen „steht fest, dass der Studienrat, gegen den auch die Polizei ermittelt, nie wieder unterrichten darf“. Die Zeitung beklagt im gleichen Atemzug, dass Sch. weiter Gehalt beziehe. Grünen-Politiker Özcan Mutlu fordert, das Disziplinarrecht so zu ändern, dass derartige Fälle verhindert werden. Auch der Generalsekretär der Berliner CDU, der Bundestagsabgeordnete Kai Wegner, äußerte sich zu dem Fall. Er wurde damit zitiert, dass die Mühlen der Schulleitungen und der Schulverwaltung zu langsam und nicht effektiv genug mahlten. Sch., der bislang von dem CDU-Fraktionschef in der Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf, Torsten Hippe, juristisch vertreten wurde, bewahrt Ruhe: „Ich sehe einer Überprüfung gelassen entgegen.“ *Hans Lody*

Der erste Riss

Ausstellung erinnert an Ungarn 1989

Eine Umfrage unter Oberschülern habe kürzlich zu Tage gefördert, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von ihnen Wolf Biermann für den früheren Vorsitzenden des Zentralkomitees der SED und Erich Honecker für einen Rockmusiker hielten. Rund ein Drittel kenne nicht den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur.

Junge wissen fast nichts von der DDR

Mit diesen ernüchternden Resultaten konfrontierte der letzte Verteidigungsminister der (damals schon demokratischen) DDR, Pfarrer Rainer Eppelmann, seine Zuhörer anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Der erste Riss im Eisernen Vorhang“ am 20. September im Foyer des Berliner Polizeipräsidiums.

Die Ausstellung erinnert an das „Paneuropäische Picknick“ am 19. August 1989 nahe der ungarischen Grenzstadt Ödenburg (Sopron). Hunderte Deutsche aus der DDR nutzten das Picknick, um nach Österreich zu gelangen.

Sogar bei Gymnasiasten sei das Wissen über die damaligen historischen Ereignisse mangelhaft, so Eppelmann. Ebenso wie Mahn- und Gedenkorte für die Zeit von 1933–45 forderten: „Die Toten mahnen uns“, müsse auch der Diktatur von 1949–89 gedacht werden. Die Ausstellung soll später an anderen Orten gezeigt werden.

Zahlreiche Prominente, darunter die amtierende Berliner Polizeipräsidentin Margarete Koppers und der für Presse und Kultur zuständige ungarische Botschaftsrat Zoltan Acs, waren erschienen, um dem Ereignis die gebotene Bedeutung zu verleihen. Acs verwies auf den ungarischen Anteil an der Befreiung der anderen europäischen Länder von der Sowjetherrschaft. *Theo Maass*

Bronzeplatte für Ronald Reagan

Ein Vierteljahrhundert nach Ronald Reagans historischer Rede vom 12. Juni 1987 am Brandenburger Tor ist eine bronzene Gedenkplatte auf dem Gehweg der Straße des 17. Juni eingelassen worden. Sie zeigt das Konterfei des Berliner Ehrenbürgers und US-Präsidenten (1981–89). Reagan forderte damals: „Mr Gorbachev, open this gate! Tear down this wall!“ Nur zwei Jahre später wurde die Forderung des 2004 verstorbenen Visionärs Realität. US-Botschafter Philip Murphy: „Hier vor der Berliner Mauer hat er dem Wunsch aller freiheitsliebenden Menschen nach Demokratie eine Stimme verliehen.“ Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) unterstrich, dass Reagan mit seiner Rede ungeheure Zuversicht vermittelt habe. 1987 hatten linke Demonstranten gegen Reagan gewaltsam demonstriert. Die Benennung einer repräsentativen Straße in Berlin nach Reagan scheitert bis heute am Widerstand linker Politiker. *T.M.*

Angriff auf die Demokratie

Meinungsfreiheit wird mit dem Hinweis auf Gotteslästerung in Ketten gelegt

Die Welle islamischer Empörung über den umstrittenen Film „Unschuld der Muslime" sorgt weltweit für eine Diskussion zum Thema Bestrafung von Gotteslästerung und Beleidigung religiöser Gefühle. Doch wo fängt Gotteslästerung an und hört Meinungsfreiheit auf?

„Es gibt auf der Erde keine einzige Religion, die die Hinrichtung für den Abfall vorschreibt, ausgenommen den Islam. Warum das so ist? Der Islam ist die abschließende, vollständige und vollkommene Religion, die alle anderen vorigen Religionen abgelöst hat." So postuliert der ägyptische Gelehrte Ahmad an-Naqib in einer Fatwa die Intoleranz der islamischen Lehre und macht damit einen Konsens praktisch unmöglich.

Der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) inspirierte 1827 das „Handwörterbuch der philosophischen Wissenschaften". In ihm heißt es, dass Gotteslästerung theologisch nicht denkbar ist, denn „Gottes Ehre kann von den Menschen gar nicht verletzt werden". Verletzbar sind allenfalls religiöse Gefühle der Menschen. Und auf dieser Grundlage kam es seit Mitte des 19. Jahrhunderts in vielen europäischen Staaten zu gesetzlichen Definitionen gegen die öffentlich gemachte Kritik an der Religion. Sanktionen drohten jenen, die so den öffentlichen Frieden störten. Das war beispielsweise die Handhabe gegen Künstler, die in Bild, Schrift oder Wort Kritik übten. Allerdings blieb der Begriff stets schwammig, denn er kollidierte mit anderen Errungenschaften der Aufklärung und der Moderne, wie Meinungsfreiheit und dem Recht auf Glaubenskritik.

In der islamischen Welt tauchte mit ihrem Erstarken nach dem Kolonialismus vermehrt der Vorwurf der Blasphemie auf, aber auch deren Missbrauch kam en vogue, angestoßen durch die Machtübernahme Khomeinis in Persien, dem heutigen Iran. Mitte dieses Jahres erst beschloss etwa der Golfstaat Kuwait, Gotteslästerung mit dem Tod zu bestrafen, davor gab es dafür nur Gefängnis. Und die Islamische Konferenz forderte von der Uno, Religionskritik am Islam grundsätzlich zu verbieten.

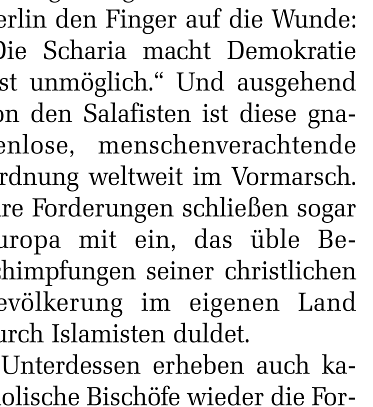
Die schärfsten Gesetze in Sachen Blasphemie gelten in Pakistan und sie sehen unter anderem die Todesstrafe vor. Auch Ägypten, Algerien und in der Europäischen Gemeinschaft Irland und Griechenland verfügen über einen gesetzlich festgelegten Rahmen. Als besonders fragwürdig erweist sich die Union von Staat und Religion wie etwa in Saudi-Arabien, die Andersdenkenden keinen Platz einräumt.

> Islam nimmt für sich in Anspruch Christen beschimpfen zu dürfen

Immerhin ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Recht auf theistische, nicht theistische und atheistische Überzeugungen verbrieft, woran sich allerdings zahlreiche islamische Staaten grundsätzlich nicht halten. Die Entflechtung von Staat und Religion, die beispielsweise in Indonesien mit seinen 200 Millionen Muslimen geübt wurde, scheint inzwischen wieder auf dem Rückzug zu sein, die von Extremisten vorangetriebene Rechtsordnung der Scharia setzt sich mehr und mehr durch. Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger legte vor Kurzem in Berlin den Finger auf die Wunde: „Die Scharia macht Demokratie fast unmöglich." Und ausgehend von den Salafisten ist diese gnadenlose, menschenverachtende Ordnung weltweit im Vormarsch. Ihre Forderungen schließen sogar Europa mit ein, das üble Beschimpfungen seiner christlichen Bevölkerung im eigenen Land durch Islamisten duldet.

Unterdessen erheben auch katholische Bischöfe wieder die Forderung nach einer Verschärfung des Gotteslästerungsparagrafen 166 in der Bundesrepublik, ebenso wie konservative Kreise in der bayerischen CSU. Doch wer legt die Kriterien fest, was Blasphemie ist? Ehrte Kanzlerin Angela Merkel noch den dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard wegen seines Kampfes um Meinungsfreiheit, so sah sie in dem Schmähfilm „Unschuld der Muslime" bereits gute Gründe für ein Verbot. Diese Haltung zeigt deutlich, welch unsichere Rechtslage sich mit dem Begriff öffentlicher Friede verbindet und inwieweit hier unterschiedliche Auslegungen möglich werden.

Joachim Feyerabend



Ein Kind unter Anklage

Das Schicksal der minderjährigen und geistig zurückgebliebenen Pakistanerin Rimsha Masih wurde zum Symbol für die Gefahren und den Missbrauch strenger Blasphemiegesetze, der immer wieder in der Vergangenheit unschuldige Menschen zu Opfern machte und Denunziationen Tür und Tor öffnete. Drei Wochen saß sie mit Schwerkriminellen im Adiala-Gefängnis in Rawalpindi ein. Das Mädchen, Altersangaben schwanken zwischen elf und 14 Jahren, sollte lebenslang wegen Blasphemie in Haft. Der Müllsammlerin wurde vorgeworfen, Papiere mit Koranversen verbrannt zu haben. Schließlich kam sie zunächst auf Kaution frei, musste sich aber verstecken, da in der Vergangenheit Fanatiker immer wieder der Blasphemie Angeklagte gelyncht hatten. Dann stellte sich, zum Entsetzen selbst der muslimischen Welt heraus, dass der Imam Hafiz Mohammed Khalid Chisti die Seiten aus dem Koran herausgerissen, angekohlt und dem Kind untergeschoben hatte. Sein Beweggrund: Er will die Christen aus Islamabad vertreiben.

> Ein Imam fingierte die Beweise

Zu ähnlichen Taten kam es auch in Australien, als ein Christen hassender Imam bei der Polizei meldete, Christen hätten seine Moschee in Brand gesetzt. Da er aber vergessen hatte, die Videoüberwachung auszuschalten und zeigte diese, wie er den Brand selbst gelegt hat.

Wohin der Hass führen kann, zeigte sich auch im pakistanischen Punjab. Dort wurde im Juli der aufgrund einer Blasphemie-Anklage inhaftierte Ghulam Abbas von einer Gruppe radikal-islamistischer Extremisten vor der Polizeistation in Chani Ghoth mit Benzin übergossen und verbrannt. Auch Abbas galt als geistig behindert.

Vorfälle dieser Art nehmen in Pakistan zu, ohne das ein Gericht bisher einen Schuldspruch gefällt hat.

J.F.



Mohammed-Video löst weltweite Proteste aus: Anti-US-Drohungen in Kaschmir

Bild: pa

Angst vor Andersdenkenden

Anklage wegen Blasphemie als Instrument für Machterhalt

Die Fragwürdigkeit von Blasphemie-Auslegungen zeigte sich exemplarisch am Fall der Jungfrau von Orleans. 1431 auf dem Scheiterhaufen wegen Ketzerei verbrannt, avancierte sie in später zur Nationalheldin und wurde 1920 von Papst Benedikt XV. sogar heiliggesprochen.

Die Geschichte ist voll von solchen Widersprüchen. Ließen Roms Herrscher einst Christen ans Kreuz nageln, so kehrte sich das um, als das Christentum unter Kaiser Theodorus I. (Ostrom) und Valentinian II. (Westrom) 380 n. Ch. zur Staatsreligion aufrückte

Galileo Galilei, der sich über die Kugelgestalt der Erde mit dem Heiligen Stuhl anlegte, wurde der Ketzerei bezichtigt und bis zu seinem Tod 1642 unter Hausarrest gestellt. Die Kurie fürchtete um ihre Macht und das von ihr verbreitete Weltbild. Erst 1992 wurde der gelehrte Mann von der römisch-katholischen Kirche formal rehabilitiert. Diese Beispiele zeigen, wie der Begriff Blasphemie im Machtinteresse der Herrschenden missbraucht werden kann.

Bei den Hexenprozessen im Mittelalter kamen erschreckend viele Menschen ums Leben, die meisten davon wegen Denunziation durch missliebige Nachbarn. Die letzte Verbrennung fand 1775 in Deutschland statt. Und der Orden der Templer wurde offiziell wegen Anbetung von Dämonen aufgelöst. Der wahre Hintergrund indes waren Geldsorgen des Königs Phillip des Schönen und die Konfiszierung greifbarer, während der Kreuzzüge angehäufter Vermögen.

> Scheiterhaufen und Bücherverbrennung

Im Spätmittelalter kam es zu zahlreichen Prozessen gegen Ketzer, die gegen das Dogma der Kirche verstießen. Der tschechische Reformator Johannes Hus starb während des sogenannten Konstanzer Konzils 1415 den Feuertod. Auch hier spielten politische Ränkespiele die entscheidende Rolle. Ebenso starben wegen Ketzerei und Häresie Jakob Hutter 1535, der Reformator Thomas Müntzer zur Zeit der Bauernkriege (ab 1524), der italienische Bußprediger Girolamo Savonarola, Giordano Bruno und einige andere, die vor allem den ausschweifenden Lebensstil der Kurie angeprangert hatten.

„Wer sich aber Allah und seinem Gesandten widersetzt und seine Grenzen überschreitet, den lässt er in ein Feuer eingehen, ewig darin zu bleiben; und für ihn gibt es eine schmachvolle Strafe" (Sure 4), so legte Mohammed schon früh den Grundstein für die Geschehnisse von heute. Als Blasphemie gilt seither in der islamischen Tradition: Schändung des Korans, Schmähung des Propheten, seiner Familie oder seiner Weggefährten, die Abbildung Mohammeds sowie die Apostasie, der Abfall vom Glauben.

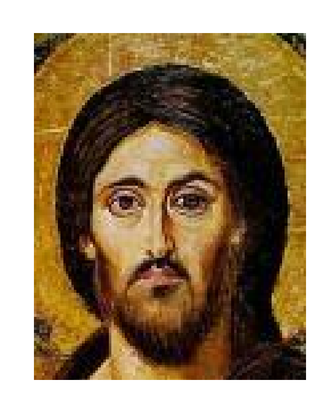
Selbst in vorchristlicher Zeit bei den alten Ägyptern konnten eine Vernachlässigung der Staatsgötter und Blasphemie unter Strafe gestellt werden. Die Verbrennungen von Werken blasphemischen Inhalts waren schon früh gang und gäbe. So ließ der chinesische Kaiser Qin Shihuangdi 213 v. Chr. alle Schriften verbrennen, die gegen die staatstragende Philosophie verstießen. Der Lauf der Zeitgeschichte konnte damit nicht aufgehalten werden.

J.F.

Zeitzeugen

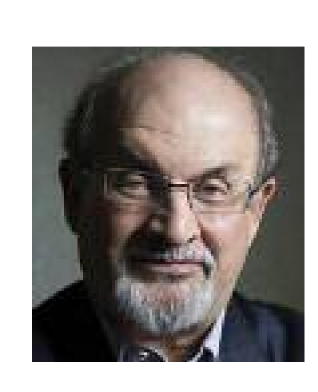


Scheich Hassan Nasrallah – Der 1960 in Beirut geborene schiitische Führer der radikal islamischen Hisbollah schürt im Sender „Al-Manar" die gegenwärtigen Proteste gegen den umstrittenen Schmähfilm „Innocence of Muslims" und den Hass auf die USA. Er ist einer der Haupthetzer gegen Israel und hat keine Skrupel, junge Männer aus dem „Wege Allahs" zum Selbstmord anzutreiben. Den Blasphemievorwurf nutzt er, wie viele geistliche Führer des Islam und vor allem der Salafisten, um die weltweite Protestwelle zu schüren.



Jesus Christus – Der nach dem Neuen Testament als Gott zur Erlösung der Menschheit gefeierte Messias wurde selbst zum Opfer der römischen Blasphemiegesetze. Der Gotteslästerung angeklagt wurde er in Jerusalem auf dem Kalvarienberg gekreuzigt und war so der erste Märtyrer der auf ihn gegründeten Religion. In Wahrheit war er von der Besatzungsmacht gefürchtet, die in ihm einen Aufwiegler gegen die bestehende Ordnung sahen. Seine Verurteilung zeigt schon früh, wie Blasphemiegesetze zur Durchsetzung politischer Interessen missbraucht werden können.

Kurt Westergaard – Der 1935 in Dänemark geborene Karikaturist der Zeitung „Jylands-Posten" löste mit seiner Karikatur des Propheten Mohammed mit einer Bombe als Turban 2005 einen Proteststurm in der islamischen Welt aus, bei dem mehr als 50 Menschen ums Leben kamen. Auf seinen Kopf wurde eine Belohnung von elf Millionen Dollar ausgesetzt. Er entging Mordplänen und einem Anschlag in seinem Haus und wurde mehrfach für sein Eintreten für Meinungs-und Pressefreiheit geehrt.



Salaman Rushdi – Die „Satanischen Verse" des 1947 in Bombay geborenen indisch-britischen Schriftstellers mit einer Lebensdarstellung des Propheten Mohammed waren der Auslöser für zahlreiche spätere Aufrufe zur Ermordung des Islamkritikers. Ayatollah Khomeini sprach als erster in einer Fatwa ein Todesurteil wegen Beleidigung des Islam aus und setzte ein Kopfgeld in Höhe von drei Millionen Dollar auf Rushdi. Erst jüngst wurde es auf 3,3 Millionen erhöht. Rushdi musste im Westen untertauchen und veröffentlichte jüngst die Memoiren seines Lebens.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7534**

Griechische Verhältnisse drohen

Studie sieht mehrere Bundesländer am finanziellen Abgrund – Selbst reiche Länder betroffen

Die Steuereinnahmen sprudeln so heftig wie nie, aber immer noch machen 11 von 17 Bundesländer eifrig Schulden, selbst der reiche Stadtstaat Hamburg ist darunter. Vier der fünf östlichen Bundesländer lagen 2011 dagegen im Plus.



Massive Anstrengungen der Verwaltung erforderlich: Für die meisten Bundesländer es es fünf Minuten vor Zwölf Bild:pa

Ob die Länder und Kommunen tatsächlich die für 2020 in der Verfassung verabredete Schuldenbremse einhalten können, ist fraglich. Eine neue Studie der renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse Coopers (PWC) zeichnet für bestimmte Bundesländer ein düsteres Bild. Wenn Länder wie Bremen, Berlin oder das Saarland nicht weit stärker als bisher sparten, drohten ihnen griechische Verhältnisse. Die Wirtschaftsprüfer untersuchten, in welcher Höhe die einzelnen Bundesländer und Kommunen in den Jahren 2009 bis 2011 neue Schulden aufgenommen haben. Ihre Ergebnisse präsentierten sie nicht als jeweilige Gesamtsumme pro Bundesland, sondern als neue Schulden pro Einwohner. So ergibt sich ein interessanter Vergleich. Das wirtschaftlich arme Schleswig-Holstein machte 2011 noch 277 Euro pro Einwohner und die reiche Hansestadt Hamburg 179 Euro pro Bürger Schulden. Bremen und dem Saarland steht auch in wirtschaftlich besten Zeiten das Wasser bis zum Hals. Jeder Bürger dieser beiden kleinen Bundesländer hatte im letzten Jahr zwischen 1042 und 1300 Euro neue Schulden aufgepackt bekommen. Eine fünfköpfige Familie hätte damit allein 2011 Schulden in Höhe von über 5000 Euro neu aufgenommen. Da diese Schulden derzeit überhaupt nicht zurückgezahlt werden, sondern nur durch neue Kreditaufnahmen finanziert werden, steigt der Schuldenberg, auch durch Zinsen, unaufhörlich an. Wenn in den nächsten beiden Jahren, wie von vielen erwartet, eine wirtschaftliche Rezession eintreten und zudem der Länderfinanzausgleich infrage gestellt werden sollte, dürften diese Länder vor dem Bankrott stehen. Gegenüber Bremen und dem Saarland wirkt das wegen seiner Ausgabenpolitik viel kritisierte Berlin zunächst relativ solide. „Nur“ 282 Euro neue Schulden wurden jedem Hauptstädter im Jahr 2011 aufgebürdet. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass auch in den beiden Jahren zuvor die Neuaufnahme der Schulden bei nur rund 350 Euro pro Berliner lagen. Das zeigt, wie marode die Berliner Wirtschaft ist. Das Land ist weiter von hohen Subventionen aus dem Länderfinanzausgleich abhängig.

Wie diese Bundesländer und Kommunen die Schuldenbremse schultern sollen, bleibt daher rätselhaft. Die Wirtschaftsprüfer von PWC mahnen deshalb massive Anstrengungen der Verwaltungen an, um das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes in acht Jahren zu erreichen. „Der Finanzierungssaldo muss bis 2020 auf Null reduziert werden“, sagt Alfred Höhn, Experte bei PWC für den öffentlichen Sektor. Das dürfte jedoch schwierig werden, denn die öffentlichen Verwaltungen in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin geben pro Bürger mit über 6000 Euro besonders viel Geld aus. Für kostenlose Kindergarten- oder Studienplätze wird von den Parteien in Wahlkampfzeiten geworben, doch in den Haushalten ist für solche sozialen Wohltaten kein Geld da. Warum beispielsweise ausländische Studenten in Deutschland kostenlos studieren dürfen, obwohl Deutsche im Ausland teilweise Studiengebühren von jährlich mehr als 10 000 Euro bezahlen müssen, lässt sich hiesigen Steuerzahlern sowieso nur schwer erklären. Die Verwaltungen stehen auf Grund der gesetzlichen Vorgaben vor nahezu unlösbaren Problemen. Die Posten für Pensionen, Zinsen, Angestellte oder Gebäude sind gleichsam festgezurrt. Bremen oder das Saarland müssten real ihre gesamten Ausgaben senken, um eine „schwarze Null“ im Jahr 2020 zu erreichen.

> Steuereinnahmen sprudeln wie nie, doch es werden weiter gigantische Schulden gemacht

Die positiven Nachrichten zum Schluss: Immerhin sechs Bundesländern gelang es schon 2011, einen positiven Saldo zu erreichen. Neben Bayern und Baden-Württemberg sind dies die vier Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen. An der Spitze der finanziell „gesunden“ Bundesländer liegt dabei Sachsen mit 469 Euro plus pro Einwohner. Aber auch das wirtschaftlich arme Mecklenburg-Vorpommern erreichte 2011 immerhin ein Plus von 107 Euro pro Bürger und hatte auch im Krisenjahr 2009 schon einen positiven Saldo von 293 Euro erreicht. Der Grund dafür liegt darin, dass dieses Bundesland – ähnlich auch Nordrhein-Westfalen – nur rund 4000 Euro pro Einwohner ausgibt. Offenbar gibt es erhebliche Einsparpotentiale, so auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung, wie PWC-Mann Höhn meint. In Bayern gibt die Verwaltung übrigens nur 219 Euro pro Einwohner aus, im verschuldeten Hessen dagegen 352 Euro. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Lastenausgleich läuft bis 2019

Berlin – Klaus Brähmig, Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat 60 Jahre nach dem Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes eine positive Bilanz gezogen. Der Lastenausgleich habe „sich als ein weltweit einzigartiges Entschädigungswerk erwiesen, dessen wesentliche Aufgaben erst 2019 enden werden“. Seit der ersten Bundesregierung sind umgerechnet über 65 Milliarden Euro an Entschädigungen für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte gezahlt worden. Allerdings handelte es sich nicht um vollwertige Entschädigungen für das verlorene Eigentum, sondern nur um Starthilfen für den Neuanfang. Heute geht es vor allem um Rückforderungen bei Schadensausgleich, insbesondere durch Vermögensrückgaben in der ehemaligen DDR. *M.R.*

Entschädigung für Tennet

Berlin – In der politischen Klasse der Bundesrepublik scheint es bei der Energiewende eine Arbeitsteilung zu geben. Rot-Grün forciert sie und Schwarz-Gelb konzentriert sich darauf, dass die Unternehmen auf Kosten von Otto Normalverbraucher von ihren schlimmsten Folgen verschont bleiben. So hat die Bundesregierung beschlossen, dass der Stromkunde haftet, wenn Offshore-Windparks verspätet ans Netz gehen. Nun wird's ernst. Laut dem Bundeswirtschaftsministerium hat der Netzbetreiber Tennet beim Bau von fünf Windparks in der Nordsee zeitlichen Verzug gemeldet. Philipp Röslers Ministerium geht bereits jetzt von Entschädigungen in Höhe von rund einer Milliarde Euro aus. Laut der Stiftung Offshore-Windenergie zeichnen sich auch bei anderen Projekten bereits Verzögerungen ab. *M.R.*

Unbeliebter Kandidat

Martin Schulz könnte dennoch Präsident der EU-Kommission werden

Weit bevor im Jahr 2014 die Amtszeit des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso endet, haben die ersten Gedankenspiele begonnen, wer seine Nachfolge antreten könnte. Innerhalb der Fraktion der europäischen Sozialdemokraten wird der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz (SPD), als aktueller Favorit für den Kommissionsvorsitz gehandelt. Da geplant ist, den jeweiligen Kandidaten für den Kommissionspräsidenten auch im Wahlkampf der Europawahl 2014 groß herauszustellen, darf allerdings bezweifelt werden, dass Schulz tatsächlich als Sympathieträger im europaweiten Wahlkampf taugt. Sein Umgangsstil wird oftmals als arrogant und polemisch empfunden. Einiges Aufsehen erregte etwa der gelernte Buchhändler, als er Kritikern der Euro-Rettungsversuche um den Wirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn relativ unverblümt bescheinigte, von dem, was sie äußerten, nicht allzu viel zu verstehen.

Als zunehmend unwahrscheinlich gilt, dass der derzeitige Amtsinhaber, der Portugiese José Manuel Barroso, nochmals zu einer dritten Amtszeit antritt. Zu gering ist inzwischen der Rückhalt im eigenen Lager, dem Parteienbündnis Europäische Volkspartei (EVP-Fraktion), zu der auch die deutsche CDU gehört. Selbst in den eigenen Reihen der EVP gilt Barroso inzwischen als verbraucht und Mann von gestern. Ebenso unwahrscheinlich ist, dass Barroso noch einmal die Unterstützung von Bundeskanzlerin Angela Merkel für eine Wiederwahl erhalten könnte. Im Jahr 2004 war es noch ihr Einsatz, der für Barroso den Weg an die Spitze der EU-Kommission frei machte. Den damals gewährten Vertrauensvorschuss dürfte Barroso inzwischen mehrfach verspielt haben. Zu lange hatte er etwa gegen den ausdrücklichen Willen der deutschen Kanzlerin an der Idee von Euro-Bonds festgehalten.

> Barroso gilt als verbraucht und Mann von gestern

Einem Bericht des polnischen Politmagazins „Uwazam Rze“ zufolge, wird im Bündnis der europäischen Volksparteien inzwischen der polnische Ministerpräsident Donald Tusk als der derzeit „einzige mögliche“ Kandidat für die Nachfolge Barrosos angesehen. Ob die Karriereplanungen für Schulz oder Tusk überhaupt eine Chance auf Umsetzung haben, hängt nicht zuletzt von den Wahlen zum Europaparlament ab, die für Juni 2014 angesetzt sind. Eine anhaltende Euro-Krise und zunehmender Verdruss an der Brüsseler Politik könnte dafür sorgen, dass EU-kritische Kräfte erstmals in solchem Umfang ins Europaparlament einziehen, dass die bisher komfortable Machtbasis der etablierten Pro-EU-Kräfte im EU-Parlament ins Wanken gerät. Die Grundlage dafür, dass sogar kleinere europakritische Parteien aus Deutschland erstmals eine Chance haben, ins Parlament einzuziehen, könnte das Bundesverfassungsgericht gelegt haben: Die bisher in Deutschland bei Europawahlen geltende Fünfprozenthürde ist im November 2011 für nichtig erklärt worden.

Bleiben wird allerdings ein lang bekannter eklatanter Missstand: Wählern kleinerer, bevölkerungsarmer Staaten wurde ein Stimmgewicht eingeräumt, das bis zum Zwölffachen des Stimmgewichts der Wähler großer Staaten wie Deutschland beträgt. Mit dem inzwischen geltenden Lissabon-Vertrag ist dieser Missstand nicht etwa abgestellt, sondern sogar noch weiter verstärkt worden. *N.H.*

Prometheus lässt grüßen

Fusionsforscher wollen das Feuer der Sonne auf die Erde holen

Als Prometheus einst das Feuer der Sonne auf die Erde brachte, zog er den Zorn der olympischen Götter auf sich. Auf ewige Zeiten kettete Zeus den Titanensohn an einen Felsen und ließ ihn auf höchst unkulinarische Weise von einem unersättlichen Adler traktieren.

Solch trauriges Schicksal kann heutige Fusionsforscher nicht abschrecken: Auf Prometheus' Spuren wollen sie erneut das Feuer der Sonne auf Erden entfachen. Sollte ihnen das tatsächlich gelingen, stünde der Menschheit eine auf Jahrmillionen nicht versiegende saubere, sichere und billige Energiequelle zur Verfügung – die Verschmelzung von reichlich vorhandenem Wasserstoff- zu Heliumatomen. Solche Fusionen heizen seit Milliarden von Jahren Sonne und Sterne auf.

Vor dem Schritt in ein Energieparadies steht zwar nicht der Zorn olympischer Götter, wohl aber ein massives rot-grünes Verhinderungspotenzial. Mangels physikalisch haltbarer Sachargumente setzen die – bei der Subventionierung von Solarkollektoren gar nicht bescheidenen – Umwelt- und Klimaschützer auf Sparsamkeit und fordern, aus dem „Milliardengrab“ Kernfusionsforschung auszusteigen.

Zum Vergleich: Der Versuchsreaktor ITER, der zur Zeit im südfranzösischen Cadarache gebaut wird, dürfte nach heutigem Kenntnisstand über 16 Milliarden Euro kosten; der EU-Anteil ist auf 6,6 Milliarden begrenzt, wovon Deutschland 1,3 Milliarden trägt. Die gesetzlich festgeschriebene Förderung von Solarstrom aus Fotovoltaik hingegen wird die deutschen Steuerzahler und Stromkunden in den nächsten 20 Jahren 100 Milliarden kosten.

> Der deutsche Weg: Erst zahlen, dann aussteigen

Iter soll ab 2020 demonstrieren, dass die gewaltige Energie, die bei der Fusion von schweren Wasserstoffatomen (Deuterium/Tritium) zu Helium freigesetzt wird, kontrolliert genutzt werden kann. Unkontrolliert geht das seit 60 Jahren: Am 1. November 1952 zündeten die USA die erste Wasserstoffbombe, vielfach stärker als die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki, die auf dem Prinzip der Kernspaltung aufgebaut waren.

Die größte – und bis heute nicht überwundene – Hürde bei der friedlichen Nutzung der Fusionsenergie: Wie kann man ein weit über 100 Millionen Grad heißes, unter extremem Druck stehendes Plasma stabil halten? Herkömmliche Materie scheidet aus, nur starke Magnetfelder können die innere Wand des Fusionsreaktors bilden. Die Forscher verfolgen zwei Konfigurationslinien: Tokamak und Stellarator. Deutschland ist an beiden Entwicklungen maßgeblich beteiligt. Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik leistet in Garching/München wichtige Zuarbeit zum Tokamak-Reaktor ITER, zugleich wird in Greifswald der fast 400 Millionen Euro teure Stellarator „Wendelstein 7-X“ gebaut.

Die Illusion, das gigantische Projekt werde auch die Einheit Europas befördern, kann man sich inzwischen abschminken. Paris nutzt ITER vor allem zur Förderung der eigenen Industrie. Von Aufträgen in Milliardenhöhe gingen die meisten an französische Firmen; deutsche Unternehmen waren nur mit 31,1 Millionen dabei. Tief enttäuscht ist daher das Bundesforschungsministerium vor wenigen Tagen aus der Projektförderung ausgestiegen. Die bisher gezahlten 34,3 Millionen sind in den Sand der Provence gesetzt. *Hans-Jürgen Mahlitz*

MELDUNGEN

Parlament in Athen ist kopflos

Athen – Griechenlands Parlamentspräsident Evangelos Meimarakis lässt nach schwerwiegenden Korruptionsvorwürfen sein Amt ruhen. Angeblich soll er während seiner Zeit als Verteidigungsminister bis 2008 bei Immobiliengeschäften Geldwäsche betrieben haben. Laut einem Bericht der Zeitung „Real News“ ging es dabei um mehrere Milliarden Euro. Neben dem Politiker der konservativen Partei „Nea Dimokratia“ werden zwei weitere Minister beschuldigt, an den Geschäften beteiligt gewesen zu sein. So auch Georgios Voulgarakis, der schon in verschiedene Skandale verwickelt war und 2008 als Minister zurücktrat. *tws*

Reisberge durch Subvention

Bangkok – Thailands Premierministerin Yingluck Shinawatra leidet derzeit unter den massiven Folgen ihres Wahlversprechens, Reisbauern ein gesichertes Einkommen zu garantieren. Die Schwester des 2006 aus dem Amt des Premiers und aus dem Land getriebenen Thaksin Shinawatra sorgte dafür, dass der Staat den Bauern ihre Ernte zu Preisen abnimmt, die rund 50 Prozent über dem Weltmarktniveau liegen. Jetzt sitzt Thailand nicht nur auf riesigen Reisbergen, die nur unter Verlusten zu verkaufen sind und die auf zehn Prozent des gesamten Staatshaushaltes geschätzt werden. Damit blühen Betrug und Schmuggel. So wurden dem Staat von seinen Bauern 23 Millionen Tonnen Reis angeboten, die Produktion in dem Zeitraum soll aber nur bei 20 Millionen Tonnen gelegen haben. Experten gehen davon aus, dass billiger Reis aus dem Ausland ins Land geschmuggelt wird, um ihn dann neu verpackt zu den überhöhten Preisen lukrativ an den Staat zu verkaufen. *Bel*

Peking pfeift Demonstranten zurück

Eine Eskalation im Inselstreit mit Japan hätte für beide Länder gravierende wirtschaftliche Folgen

Im neu entflammten Streit um eine Inselgruppe im Ostchinesischen Meer gehen zehntausende Chinesen gegen Japan auf die Straße. Nun pfeift Peking die aufgebrachten Massen zurück. Denn eine Eskalation in dem historischen Territorialkonflikt nützt keiner der beiden Parteien.



Aufgewiegelte Masse: Der Zorn der Chinesen entlädt sich vor der japanischen Botschaft Bild: pa

Zu den Mysterien der chinesischen Außenpolitik gehört die ungeheure Aggressivität, mit der das aufstrebende Riesenreich den Streit um völlig unbedeutende Grenzstreifen und Inselchen durchzieht. Das war schon zu Maos Zeiten so: 1962 ein blutiger Grenzkrieg mit Indien um die völlig unterentwickelte Dschungelprovinz Arunchal Pradesch, das die Chinesen sinnigerweise Südtibet nennen, 1969 die Grenzkämpfe um den Ussuri mit der Sowjetunion und später (1979) der Grenzkrieg mit Vietnam, den China beinahe verlor. Das harte Auftreten hat oft Erfolg. So trat Putin in seiner ersten Amtszeit seinen chinesischen Freunden die umstrittenen Ussuri-Inseln und die Überschwemmungsgebiete des Amur-Zuflusses trotz des Protestes der ostsibirischen Gouverneure einfach ab. Auch Kirgisien verzichtete nach chinesischem Druck auf einige unbewohnte, kahle Gebirgszüge. Großbritannien und Portugal gaben 1997 sang- und klanglos Hongkong und Macao zurück.

Jetzt beansprucht China weiter das von tibetischen und thaiburmesischen Stämmen bewohnte nordostindische Arunchal Pradesch, aber auch den Großteil des Südchinesischen Meeres bis zum Äquator, dessen Atolle und unbewohnte Inseln näher an Vietnam, den Philippinen, Malaysia, Brunei und Indonesien, liegen und von diesen auch beansprucht werden. Schließlich fordert China die Rückgabe der seit 1885 in japanischen Besitz befindlichen unbewohnten Sentaku Inseln, die als Teil der Präfektur Okinawa nördlich von Taiwan liegen.

In den 1930er Jahren hatten dort gelegentlich japanische Fischer vor Stürmen Zuflucht gesucht und im Sommer ihren Fang getrocknet. 1945 nahmen die Amerikaner die Inseln zusammen mit dem von ihnen blutig eroberten Okinawa in Besitz und gaben alles 1972 an Japan zurück. Das störte China zunächst einmal überhaupt nicht. Erst als in den 80er Jahren unter dem die Sentaku umgebenden Meeressockel Gasvorkommen entdeckt wurden, behauptete China, die Inseln seien seit Urzeiten chinesisches Territorium, das von Japan illegal besetzt sei. Das Thema kochte hoch, als bekannt wurde, dass die japanischen Eigentümer drei der fünf Inseln verkaufen wollten. Als erstes meldete Shintaro Ishihara, der nationalpatriotische Gouverneur von Tokio, sein Interesse an. Er bot 20 Millionen Euro und versprach, die Inseln mit Häfen, Leuchttürmen, Rettungsstationen und Herbergen ordentlich zu entwickeln. Die Angst, damit die Chinesen zu provozieren, rief die Regierung von Premier Yoshihiko Noda auf den Plan. Sie überbot Ishihara und ist nun stolzer Besitzer der Inseln, die sie jetzt weiter unberührt in friedlicher Ruhe lassen will.

Die USA wollen Ruhe im Fernen Osten

Doch statt die Chinesen zu beruhigen, bewirkte dies genau das Gegenteil. Trotz Erklärungen und Beschwichtigungen der japanischen Seite verkündeten Pekinger Regierungssprecher, der Kauf sei nichtig und illegal, stelle eine Verletzung der territorialen Integrität Chinas dar und werde Konsequenzen haben. Die traten sofort ein. Die KP gab das Internet für antijapanische Agitation frei – prompt wurde dort zur Zerstörung japanischen Eigentums und zum Krieg aufgerufen. Auch wurden erstmals wieder seit den anti-japanischen Krawallen, für die die von einschlägigen Geschichtsbüchern verhetzten Chinesen gegen den verhassten erfolgreicheren Nachbarn immer zu haben sind, die Straßen für Demonstrationen freigegeben. So wurde die japanische Botschaft in Peking sofort von 20000 Demonstranten belagert. Bei einem versuchten Sturm gelang es ihnen jedoch nicht, den 2000 Mann starken Polizeikordon zu durchbrechen. Doch wurden die Botschaft ebenso wie alle Konsulate Japans mit Eiern und Farbflaschen reichlich eingedeckt. Im ehemals deutschen Tsingtao wurden das Panasonic-Werk von den eigenen Arbeitern angezündet und die Schauräume von Toyota und Honda demoliert. Japanische Restaurants und Geschäfte hissten die chinesische Flagge, um sich durch den Ausweis patriotischer Gesinnung zu schützen.

Nach einigen Tagen drehte die Pekinger Führung den anti-japanischen Volkszorn wieder ab. Es bleiben jedoch die Aufrufe zum Boykott japanischer Produkte, die als Markenartikel meist gut sichtbar sind, in den Staatsmedien. Das Staatsfernsehen stellte alle Werbeschaltungen für japanische Waren ein. Die nationale Fremdenverkehrsagentur befahl den Reisebüros, alle Japanreisen, die für die nationale Urlaubswoche Anfang Oktober gebucht worden waren, abzusagen. Der Zoll begann, alle Warensendungen von und nach Japan besonders gründlich und langsam zu prüfen. Dazu wurde bald in New York das Gerücht gestreut, das chinesische Schatzamt wolle alle japanischen Staatsanleihen in seinem Besitz auf einen Streich auf den Markt werfen.

Keine Frage, bei einem gegenseitigen Handel mit einem Volumen von umgerechnet 300 Milliarden Euro jährlich sind die Abhängigkeiten zu groß, um den Streit um die menschenleeren Inseln über Gebühr willentlich eskalieren zu lassen. Ohnehin ist Japan entschlossen, sich nicht provozieren zu lassen, zumal auch die amerikanische Schutzmacht beim jüngsten Besuch von Verteidigungsminister Leon Panetta deutlich klarmachte, dass sie derzeit Ruhe in Fernost will. Die chinesische Wirtschaft leidet unter dem Einbruch der Exportmärkte in Europa und Nordamerika. Die Überkapazitäten sind groß, die Lager voll und die Unternehmensgewinne schrumpfen. Die Börsenwerte sind auf ein Drittel der Spitzenwerte von 2007 gefallen.

Der Krawall mit Japan war sicher willkommen, um von diesen Schwierigkeiten und den Machtkämpfen in der Kommunistischen Partei Chinas vor deren 18. Parteitag, bei dem eine neue Führung vorgestellt wird, abzulenken, aber die chinesische Wirtschaft, deren größter Auslandsinvestor Japan ist, darf er trotzdem nicht ernsthaft schädigen. Die Frage ist, ob dies die Japaner ebenso sehen, und ob sie ihre Investitionen nicht doch beschleunigt nach Südostasien, wo sie willkommener und sicherer sind, verlegen werden. Diese Frage wird derzeit in allen japanischen Führungsetagen aufgeworfen und es gibt keinen Zweifel über die Antwort. *Albrecht Rothacher*

Dämpfer für Schottland

Keine automatische EU-Mitgliedschaft bei Unabhängigkeit

Einen starken Dämpfer haben schottische Hoffnungen erhalten, automatisch EU-Mitglied zu werden, sobald man sich von Großbritannien getrennt hat. Es ist EU-Kommissionschef José Manuel Barroso, der den Traum von der Mitgliedschaft, die quasi von Großbritannien „geerbt“ würde, hat zerplatzen lassen. Neue Staaten, die EU-Mitglied werden, müssten sich dafür in einem eigenen Verfahren bewerben, so Barroso in einem BBC-Interview. In der Aussage steckt mehr Brisanz, als zunächst scheinen mag. Bisher hatte der schottische Ministerpräsident Alex Salmond den Eindruck verbreitet, ein unabhängiges Schottland würde nach seiner Abspaltung von Großbritannien automatisch als Nachfolgestaat die Konditionen der britischen EU-Mitgliedschaft übernehmen.

Barrosos Absage ist Wasser auf die Mühlen von Kräften, die an der Union mit Großbritannien festhalten wollen. Süffisant heißt es nun etwa aus den Reihen der sogenannten „Better Together“-Kampagne, Barrosos Bemerkungen würden auch die Zusicherungen von Salmond in Frage stellen, dass Schottland nicht den Euro oder EU-Verpflichtungen zu Grenzkontrollen übernehmen müsse.

Zusätzlich birgt das nun absehbare Prozedere von Aufnahmeverhandlungen für die schottischen Unabhängigkeitsbestrebungen noch eine andere Gefahr. Im Anschluss an die Beitrittsverhandlungen ist eine Vertragsratifizierung durch alle 27 EU-Länder erforderlich. Durch einfache Nichtunterzeichnung des Vertrages könnte nicht nur Großbritannien die EU-Mitgliedschaft Schottlands blockieren, sondern auch all jene Länder, in denen es ebenfalls Abspaltungstendenzen gibt, könnten aus taktischen Gründen dagegen stimmen.

Auch Spanien und Italien aus taktischen Gründen dagegen

Für Spanien ist der Versuch, ein Exempel zu statuieren, naheliegend. Madrid versucht selbst, die immer stärker werdenden Separationsbestrebungen in Katalonien und dem Baskenland zu unterbinden. Rein vorsorglich könnte auch Italien versucht sein, Absetzversuche der annektierten Südtiroler zu entmutigen. Verfolgt wird die Diskussion um den künftigen EU-Status von Schottland vor allem in Katalonien. Wie in Schottland ist auch dort für das Jahr 2014 eine Abstimmung über die Unabhängigkeit geplant. Zumindest nach den bisherigen Planungen, denn inzwischen mehren sich die Zeichen, dass die Loslösungsbestrebungen eskalieren könnten. Unter der Parole „Katalonien, ein neuer Staat in Europa“, sind bereits am 11. September mehr als 1,5 Millionen Menschen für die Unabhängigkeit auf die Straße gegangen. Der größten Massendemonstration seit dem Tode Francos im Jahr 1975 folgte ein spektakuläres Scheitern von Verhandlungen am 20. September zwischen dem spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy und dem katalonischen Ministerpräsidenten Artur Mas. Auf dem Tisch lag die Forderung, Katalonien ein eigenes Finanzierungssystem zu geben. Mit über 20 Prozent trägt Katalonien überdurchschnittlich zur Wirtschaftsleistung Spaniens bei, ist aber selbst soweit unterfinanziert, dass es in Madrid um Finanzhilfen bitten muss. Eigentlich dazu gedacht, separatistischen Regungen den Wind aus den Segeln zu nehmen, könnten die fehlgeschlagenen Verhandlungen über einen Fiskalpakt mit dem spanischen Zentralstaat nun sogar zum Katalysator der katalonischen Abspaltungstendenzen werden. Wohin die Entwicklung nun gehen könnte, hatte Mas bereits vor den Verhandlungen mit Rajoy klar gemacht: „Wenn es kein Abkommen gibt, ist der Weg zur Freiheit Kataloniens frei“. *Norman Hanert*

Keine Alternative

Weißrussische Parlamentswahl war nur eine Inszenierung

Nach der Wahl ist vor der Wahl. So könnte man die Situation nach der weißrussischen Parlamentswahl am vergangenen Wochenende beschreiben. Zwar hatte Alexander Lukaschenko diesmal einige Kandidaten der Opposition offiziell zugelassen, deren Wahlkampf wurde jedoch massiv behindert. Bilder von Verhaftungen Oppositioneller durch Männer in Zivil gingen um die Welt. Selbst vor ausländischen Reportern machten Lukaschenkos Häscher keinen Halt. Auch ZDF-Korrespondentin Anne Gellinek wurde zur unerwünschten Person erklärt.

Zwei Kandidaten der größten Oppositionsparteien „Vereinigte Bürgerpartei“ und „Weißrussische Volksfront“ bewiesen Mut, indem sie wenige Tage vor der Wahl ihre Kandidatur zurückzogen und zum Boykott der Wahl aufriefen. Sie begründeten ihren Schritt damit, dass sie ein Zeichen setzen wollten gegen die undemokratische Art und Weise des Regimes. Ihre Wahlkampfveranstaltungen waren behindert worden, Auftritte im Staatsfernsehen unmöglich. Es habe keinen Sinn, sich an einer Farce zu beteiligen. Nirgendwo sind die Namen der Kandidaten zu lesen. Das legt den Schluss nahe, dass sie selbst Teil der Farce sind. Der Oppositionelle Alexander Milinkewitsch behauptet, dass Lukaschenko ohnehin nur Kandidaten zugelassen habe, die ihre Kandidatur wieder zurückziehen würden. Ernsthafte Oppositionelle hätten erst gar nicht die Zulassungshürde geschafft.

Hohe Geldstrafen für „destruktive Ideen“ und der Ausschluss von künftigen Wahlen, das droht den Kandidaten, die ihre Kandidatur zurückgezogen hatten. Lydia Jermoschina, Chefin des Zentralen Wahlkomitees, hat bereits eine entsprechende Gesetzesänderung vorgeschlagen.

Oppositionsparteien setzen Hoffnung auf Präsidentenwahl 2015

Durch die Unterdrückung des oppositionellen Wahlkampfs weiß die Bevölkerung so gut wie nichts über Existenz und Ziele einzelner Parteien. In den staatlichen Massenmedien wird durchgängig negativ über sie berichtet, sie werden als Destrukteure oder Spinner herabgesetzt. Nach der Wahl triumphierte Lukaschenko ob des Rückzugs der Opposition. Er verhöhnte die Kandidaten als „feige Typen“. Experten glauben, dass die Zulassung einer begrenzten Opposition inszeniert war und Lukaschenko dazu diente, der Europäischen Union zu beweisen, wie demokratisch er ist, weil Weißrussland von Europa eine Lockerung der Wirtschaftssanktionen erwarte.

Der Boykott löste auch innerhalb der Opposition Diskussionen aus. Während Bürgerpartei und Volksfront betonen, dies sei ein erster Schritt hin zu ehrlichen Wahlen, halten die Vertreter von „Gerechte Welt“, „Weißrussische Sozialdemokraten“ und Bewegung „Sag die Wahrheit“ den Rückzug für eine Kapitulation, die nur dem Ansehen der Politiker schade. Weil eine Parlamentswahl in Weißrussland ohnehin relativ unbedeutend ist, will die Opposition ihre Kräfte nun auf die Präsidentenwahl 2015 konzentrieren. Ob sie das Volk erreicht, steht in den Sternen. Milinkewitsch, der 2005 schon einmal gegen Lukaschenko angetreten war, berichtet von einer tiefen Depression, in der die Gesellschaft stecke. Die Opposition müsse sich auf einen Kandidaten und eine klare Aussage einigen, um eine Chance zu haben. Ein Faktor könnte ihnen in die Hände spielen: Die Wirtschaft befindet sich auf ungebremster Talfahrt. Sollte die Unterstützung aus Russland ausbleiben, könnte dieser Umstand dazu beitragen, Lukaschenkos Herrschaft zu beenden. *M. Rosenthal-Kappi*

Konzept zur Entmachtung der Politik

»Geistiger Vater des Euro« sieht in der Währungskrise Chance zu radikalisierter Marktwirtschaft in der EU

Relativ ungewöhnlich erscheint der Gedanke, dass es noch jemanden geben könnte, der den bisherigen Verlauf der europäischen Währungsunion als vollen Erfolg wertet. Ein einflussreicher Nobelpreisträger ist allerdings genau dieser Ansicht – es ist der „geistige Vater" des Euro, Robert Mundell.



Euro als Mittel zur Entmachtung der Nationalstaaten?: Ökonom Robert Mundell zielt genau darauf ab Bild: pa

Das Vertrauen der Deutschen in den Euro scheint mittlerweile auf einem Tiefpunkt angelangt zu sein. Gemessen an den Versprechen, die vor allem den Deutschen zu Beginn der europäischen Währungsunion gemacht worden waren, ist der Euro tatsächlich grandios gescheitert. Dass ein am Rande des Abgrunds balancierender Euro allerdings genau das ist, was jemand beabsichtigt haben könnte, mag zunächst etwas gewöhnungsbedürftig erscheinen: „Die Idee, dass der Euro fehlgeschlagen sei, zeugt von gefährlicher Naivität. Der Euro ist genau das, was sein Erzeuger und die ein Prozent Reichen, die ihn unterstützten, vorhersahen und beabsichtigten", so die Warnung des britischen Journalisten Greg Palast im „Guardian", der sich auf einen hochkarätigen Kronzeugen berufen kann. Über die gemeinsame Bekanntschaft mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman hatte Palast die Gelegenheit, sich mit dem Ökonomen Robert Mundell über das Thema Euro zu unterhalten. Mundell gilt mit seiner „Theorie des optimalen Währungsraums" als niemand Geringerer als der „geistige Vater" des Euro. Abseits der Vorzüge, die sonst dem Euro von offizieller Seite angedichtet werden, scheint Mundell mit dem Euro ganz eigene Zwecke im Sinn zu haben: Mit dem Euro „wird die Finanzpolitik aus der Reichweite der Politiker entfernt", so gibt Palast sein Gespräch mit Mundell wieder. Ohne Rückgriff auf Fiskalpolitik könnten Nationen nur dann ihre Arbeitsplätze erhalten, wenn sie Marktregulierungen abbauen und damit wettbewerbsfähig würden. Aufschlussreich ist, was durch die Macht des Euro alles hinweggefegt werden soll: Arbeitsrecht, Umweltgesetze und Steuern.

Letztendlich läuft das Konzept auf eine Entmachtung der Politik und damit die Demokratie hinaus, die dem Markt nicht mehr in die Quere kommen soll. Wirklich erfüllen würde der Euro seinen Zweck, wenn die Krise zuschlägt, so Mundell. Tatsächlich ist die Ent-

Gemeinschaftswährung dient als Mittel zum politischen Zweck

machtung der demokratisch legitimierten Nationalstaaten im Zuge der Euro-Krise in vollem Gange. Noch vor wenigen Jahren wäre etwa die Forderung undenkbar gewesen, die Kontrolle über das „Königsrecht" der Parlamente, die Budgethoheit, überhaupt anzutasten, geschweige denn, nichtgewählten Funktionären in Brüssel weitgehende Eingriffsrechte zu geben. Profiteur ist aber nicht – wie von Mundell erhofft – der reine, freie Markt. Das Vakuum, das die entmachteten Nationalstaaten hinterlassen, wird gefüllt von der EU, welche die Euro-Krise als Chance nutzt, endgültig alle politischen Kompetenzen an sich zu reißen.

Wohin die Entwicklung geht, dürfte spätestens mit den vom EU-Ratspräsidenten Van Rompuy vorgelegten Zukunftsvisionen und vor allem mit der Rede des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso vor dem EU-Parlament klar sein: Auf der Agenda steht die Schaffung eines EU-Zentralstaats auf den Trümmern der entmachteten Nationalstaaten. Mit Begriffen wie „Föderation der Nationalstaaten" versucht Barroso zwar, den Eindruck zu vermeiden, dass ein „Superstaat" entstehen soll, tatsächlich laufen seine Pläne aber auf nichts anderes hinaus. Über die Kompetenzen, die ohnehin bereits nach Brüssel verlagert wurden, sollen noch „vor den nächsten Wahlen zum Europaparlament 2014„ weitere Vorschläge vorgelegt werden, wie die von Barroso gewünschte „Föderation" geschaffen werden kann. Nachdem im Zuge der Euro-Krise bereits die Parlamente weitgehend entmachtet wurden, schweben dem EU-Kommissions-

Auf dem Weg zur eigenen Staatlichkeit

präsidenten als weitere Zwischenschritte nun EU-eigene Streitkräfte samt gemeinsamem Verteidigungsplan und eine EU-Staatsanwaltschaft vor. Installiert würden damit weitere Institutionen, die der EU zur eigenen Staatlichkeit noch fehlen. Die Unfähigkeit einiger Euro-Länder, ein funktionierendes Steuersystem aufzubauen, dürfte alsbald die Begründung dafür liefern, der EU auch eine eigene vollständige Steuerhoheit zu verschaffen. Barrosos Fahrplan in einen europäischen Superstaat steht noch die schwierige Änderung der EU-Verträge im Wege. Entsprechend sieht der Zeitplan des EU-Kommissionspräsidenten aus.

Weitergeführt würde mit diesem schrittweisen Schaffen vollendeter Tatsachen eine Praxis, zu der sich Jean Claude Juncker bereits im Jahr 1999 mit bemerkenswerter Offenherzigkeit bekannt hatte: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert." Es sind vor allem die von Mundell gewünschten Krisenzeiten, in denen sich die Junkersche Vorgehensweise noch forcieren lässt. Anders als von Mundell erhofft, könnten am Ende allerdings nicht eine radikalisierte Marktwirtschaft und das Ende der Politik stehen, sondern ein übermächtiger Superstaat, der sich um Marktwirtschaft nicht mehr scheren wird.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Unruhen einkalkuliert: Nachdem die Wachstumsraten der indischen Wirtschaft auf fünf Prozent eingebrochen sind und die ausländischen Investitionen aufgrund schlechter Infrastruktur, starker Korruption und schlechterer Ratings um 67 Prozent zum Vorjahr zurückgegangen sind, plant die indische Regierung massive Reformen. Premier Manmohan Singh ist sich bewusst, dass die massiven Änderungen auf Widerstand bei der Bevölkerung stoßen werden, doch zielt er mit seinen Reformplänen gar nicht darauf ab, Wähler zu beeindrucken, sondern Geldgeber aus dem Ausland anzulocken, denn ohne Investitionen gibt es keine neuen Arbeitsplätze für die 1,2 Milliarden Inder. Bel

Künstliche Preistreiberei: Polens Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak spricht sich gegen eine künstliche Verteuerung von Strom aus. Statt CO2-Emissionen zur Erreichung selbstgesteckter Klimaschutzziele mit Strafkosten zu belegen, sollte die EU lieber Energieeffizienz als Maßstab für ihre Energiepolitik verwenden. Da Europa ohnehin unter hohen Preisen für Öl und Gas leide, so Pawlak, sei es wettbewerbsschädigend, auch noch zusätzlich künstlich die Preise über CO2-Zertifikate hochzutreiben. In Polen wird Strom überwiegend in CO2-intensiven Kohlekraftwerken erzeugt. Bel

Norwegen steuert auf Handelsstreit mit der EU zu: Pläne Norwegens, die Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte massiv zu erhöhen, drohen zu einem Handelsstreit mit der Europäischen Union zu eskalieren. Nachdem die Einfuhrzölle für Hortensien aus der EU bereits auf 72 Prozent angehoben worden sind, sind nun Zollerhöhungen um bis zu 250 Prozent für bestimmte Käsesorten angekündigt. Besonders betroffen von den Zollerhöhungen, die dem Schutz der norwegischen Landwirtschaft dienen sollen, sind Exporteure aus Dänemark, Deutschland und den Niederlanden. *N.H.*

Schuften für Apple

Zulieferunternehmen in Fernost beutet seine Arbeiter aus

Der Elektronikkonzern Apple präsentiert sein neustes Produkt, zeitgleich kommen die Arbeitsbedingungen bei seinen chinesischen Zulieferbetrieben ins Gerede – ein Phänomen, das sich mittlerweile mit Regelmäßigkeit einstellt. Aktuell ist es die Markteinführung des „iPhone5", die von Berichten über die Zustände bei Apples wichtigstem Zulieferer, der Firma Foxconn, begleitet wird. Das Unternehmen soll von staatlich verordneter Zwangsarbeit in China profitieren. Schüler staatlicher Berufsschulen sollen zur Akkordarbeit gezwungen werden. Offiziell als freiwillige Praktika deklariert, soll massiver Druck auf die Schüler ausgeübt worden sein, damit sie für die Hälfte des sonst üblichen Monatslohns von durchschnittlich 1550 Yuan (193 Euro) arbeiten, so Berichte chinesischer Zeitungen.

Es ist nicht das erste Mal, dass Foxconn mit derartigen Negativmeldungen für Aufsehen sorgt. Nach zahlreichen Beschwerden hatte Apple selbst eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen bei seinem Zulieferer in die Wege geleitet. Der Prüfbericht der beauftragten „Fair Labor Association" (FLA) hatte es in sich: Keines der drei untersuchten Werke habe sich an die von Apple angestrebte Maximal-Wochenarbeitszeit von 60 Stunden gehalten. Zudem wurden Meldungen über schlechte und unvollständige Entlohnung sowie haarsträubende Bedingungen beim Arbeitsschutz bestätigt. Medienberichten zufolge werden die ohnehin schon miserablen Bedingungen noch durch erniedrigende Diszi-

Foxconn weltweiter Branchenführer im Elektronikbereich

plinarmaßnahmen für die Angestellten verschärft. Neben der Anordnung, sanitäre Anlagen zu reinigen, scheint die öffentliche Bloßstellung Einzelner zum Standardrepertoire zu gehören. Folge dieser Bedingungen war, dass 2009 und 2010 mehr als ein Dutzend Foxconnarbeiter Selbstmord beging.

Die Antwort war ein ganzes Bündel von angekündigten Maßnahmen, mit denen der Elektonikkonzern seinen ramponierten Ruf aufpolieren will. Bis Juli 2013 soll die Arbeitszeit den gesetzlichen Regelungen entsprechen. Neue Wohnräume und Kantinen, zehntausende neue Mitarbeiter und selbst der Einsatz von Robotern sollen dafür sorgen, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern.

Die neuesten Vorwürfe scheinen allerdings zu belegen, dass sich in der Realität nicht allzu viel geändert hat. Ohnehin ist mit Foxconn ein Industriegigant entstanden, dem kaum noch beizukommen sein wird. Das Unternehmen in taiwanesischem Eigentum beschäftigt über eine Million Arbeiter, vorwiegend auf dem chinesischen Festland. Als Vertragspartner nicht nur von Apple, sondern fast aller großen Elektronikmarken ist Foxconn mittlerweile der weltgrößte Zulieferer im Elektronikbereich. Nach Schätzungen des Branchendienstes „iSupply" kommt er auf einen Weltmarktanteil von 50 Prozent. Langfristig gefährlich werden könnte Foxconn selbst für Apple: Beginnend auf Märkten wie Brasilien, steigt Foxconn selbst in die Vermarktung der Produkte ein, die bisher nur im Auftrag anderer hergestellt werden. Unter anderem Markennamen, allerdings mit identischer Technik, werden von Foxconn so Produkte weit unter den Preisen der westlichen Konkurrenten angeboten.

Hermann Müller

Chinas »nackte Kader«

Korruption richtet in dem Land Milliardenschäden an

Korruption gilt als einer der schädlichsten Einflüsse auf eine Volkswirtschaft. Berechnungen der Weltbank zufolge muss durchschnittlich jeder Mensch sieben Prozent seiner Arbeitsleistung für Korruptionsschäden aufbringen. Was den kommunistischen Machthabern in China als Ausdruck von Dekadenz gilt, breitet sich zunehmend in ihrem eigenen Land aus. Die Regierung zeigt sich jetzt entschlossen, gegen die gefährliche Massenerscheinung vorzugehen.

In den Spielkasinos von Macau laufen aus Sicherheitsgründen, wie überall in solchen Etablissements, Überwachungskameras. Doch die Aufzeichnungen in der ehemaligen portugiesischen Kolonie erfüllen insgeheim noch einen ganz anderen Zweck: Die Bänder wandern zu Chinas Finanzbehörden. Dort werden sie nach bekannten Gesichtern aus der kommunistischen Partei-Hierarchie ausgewertet, um korrupte Beamte der Geldwäsche zu überführen. „Luo Guang" (wörtlich: nackte Kader) ist der neue Begriff, hinter dem sich eine brisante Entwicklung verbirgt. Darunter versteht man den Funktionär, der sich an der chinesischen Staatskasse vergreift, Millionen scheffelt und sich schließlich mitsamt Familie ins Ausland absetzt. Insgesamt 50 Milliarden Dollar transferierten so nach den Recherchen von „China Digital Times" etwa 4000 korrupte Beamte allein in den Jahren 1978 bis 2003 in den kapitalistischen Westen. Nach Berichten der Zentralbank in Peking von 2011 sollen es zum

Beamte bringen Familie und Vermögen ins Ausland

Ärger des Zentralkomitees sogar 120 Milliarden sein und 16 000 bis 18 000 Beamte betreffen. Selbst die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua räumt ein, dass im Schnitt jeder der 4000 geflohenen Kadermitglieder eine Summe von 15 Millionen Dollar eingesteckt hat. Der Korruptionsexperte der zentralen Parteihochschule, Lion Zhe, spricht sogar davon, dass weit mehr als eine Million Beamte ihre Ehepartner und Kinder ins Ausland geschickt hätten und von China aus illegal mit Geld versorgten. Die Schwarzgelder, so die Praxis, werden oft über Firmen von Familienmitgliedern erwirtschaftet, die überhöhte Rechnungen an die Kommune stellen.

Spektakulär war jüngst die Flucht von Wang Guoqiang, Parteisekretär im nordostchinesischen Fengcheng. Er schaffte umgerechnet rund 25 Millionen Euro außer Landes, bevor der Skandal aufflog. Und dieser Rekord gelang ihm in einer Kommune mit nur 580 000 Einwohnern, ein Armutszeugnis für die Kontrollbehörden des sozialistischen Landes.

Eine Studie der Bank of China ergab: Mehr als 50 Prozent der wohlhabenden Chinesen planen, die Volksrepublik zu verlassen, meist Richtung USA, Kanada und Singapur. Dort unterhalten sie demnach bereits Konten im Durchschnittswert von 1,6 Millionen Dollar. Macau und Hongkong nehmen bei diesem Transfer eine Schlüsselstellung ein. Immerhin besitzen 960 000 Chinesen ein persönliches Vermögen von mindestens 1,6 Millionen Euro und 60 000 eines von mindestens 12,5 Millionen Dollar. Und es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, wann offensichtlich wird, dass die Bereicherung der kommunistischen Elite in die ersten Ränge der allmächtigen Partei reicht. *Joachim Feyerabend*

Statistisch belegt

Von Manuel Ruoff

Jetzt haben wir es statistisch belegt: Frauen drängen eher in die schlechter bezahlten Wissenschaftsrichtungen. Damit ist die feministische Behauptung zumindest relativiert, Frauen würden wegen sexistischer Diskriminierung weniger verdienen. Der „Spiegel“ spricht gar vom „selbstgemachten Karriereknick“. Den nächsten ebenso logischen wie politisch unkorrekten Schritt gehen die etablierten Medien dann aber doch nicht. Wenn in der Marktwirtschaft ein Preis niedrig ist, dann deutet das darauf hin, dass das Angebot tendenziell größer ist als die Nachfrage. Und in der Tat herrscht in den von den Frauen bevorzugten Wissenschaftsbereichen eher Arbeitslosigkeit als Überbeschäftigung. Das widerspricht aber dem Argument, wir müssten durch die staatliche Subventionierung der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf sowie den Verzicht auf ein Betreuungsgeld dem durch den demografischen Wandel angeblich drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Angesichts der Vorlieben des weiblichen Geschlechts bedeutet die Förderung ihres Dranges auf den Arbeitsmarkt wohl weniger Bekämpfung von Überbeschäftigung denn Förderung von Arbeitslosigkeit und Lohndumping.

Weidmanns Weitblick

Von Hans Heckel

Die Zeiten, da Notenbanker durch besondere Diskretion glänzten, sind vorüber. Nervosität und fundamentale Meinungsverschiedenheiten verleiten zum offenen Schlagabtausch unter den Währungshütern des Euro-Raums. Daran haben wir uns gewöhnt. Doch was Bundesbank-Präsident Jens Weidmann neulich über den Euro zum Besten gab, ließ selbst die Hartgesottenen aufhorchen.

Der Euro sei nichts weiter als „bedruckte Baumwolle“, ließ Weidmann seine Zuhörer bei einem Bankertreffen in Frankfurt am Main wissen. Kaum anzunehmen, dass der Bundesbankchef lediglich über den Werkstoff der Geldscheine aufklären wollte. In der Formulierung schwang unverhohlenen Verachtung mit. Verachtung für eine Währung, für die Weidmann als oberster deutscher Währungshüter immerhin eine Mitverantwortung trägt. Warum also wählte er derart abfällige Worte?

Weidmann ist als Verteidiger der alten D-Mark-Strategie des festen Geldes in der Führung der Europäischen Zentralbank (EZB) mittlerweile vollständig isoliert. Selbst der andere der beiden deutschen Vertreter, der Merkel-Gesandte Jörg Asmussen, ließ ihn zuletzt im Stich und stimmte mit EZB-Präsident Mario Draghi für die weitere Aufweichung des Euro. Nur Weidmann votierte dagegen.

> Denkt der Chef der Bundesbank schon über den Euro hinaus?

Eigentlich wäre zu erwarten, dass der Bundesbankpräsident nun zurückweicht, um unter Zugeständnissen wieder Freunde zu gewinnen. Aber das tut er nicht. Stattdessen zieht er unbeirrt den Kurs durch, der einst für die D-Mark bestimmend war.

Was treibt ihn an? Womöglich denkt Jens Weidmann längst über den Euro hinaus. Genauer gesagt: Über das Scheitern einer Politik des lockeren Geldes, die mittlerweile Euro, US-Dollar, Yen und Britenpfund vereint. In der Vergangenheit, das weiß nicht bloß Weidmann allein, führte eine solche Politik zum Zusammenbruch ganzer Währungen. Was, wenn es diesmal nicht anders wird? Wenn der Euro über eine galoppierende Inflation in eine verheerende Vertrauenskrise stolpert und zerbricht?

Dann bedürfte es einer neuen Währung, der die Menschen wieder vertrauen. Sei es eine neue D-Mark, ein „Nord-Euro“ – was auch immer. Nur welche Instanz besäße nach einem von Politik und EZB gleichermaßen verursachten Großdesaster noch die Glaubwürdigkeit, dass man ihr das Versprechen eines wirklich stabilen Geldes abnähme?

Wie es aussieht, geht es Jens Weidmann nur noch darum, das Ansehen der Bundesbank heil durch den drohenden Zusammenbruch zu bringen, damit eben sie diese Instanz sein kann, der die Menschen noch vertrauen. Und zwar, weil sie kompromisslos am richtigen Kurs festhielt, selbst als von allen Seiten nur noch Gegenwind kam.



„Der Euro ist nichts weiter als bedruckte Baumwolle“: Bundesbankchef Jens Weidmann, der in der Führung der Europäischen Zentralbank isoliert dasteht, denkt über den Euro hinaus

Bild: pa

Hoffnungsträger

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Ach Du meine Güte, schon wieder so eine Totgeburt!“, lautet der Kommentar auf einer Internetplattform zur „Wahlalternative 2013“. Tatsächlich hat es in der Vergangenheit viele Eintagsfliegen gegeben, die als Alternative zur etablierten Politikerkaste für Aufsehen sorgten. Erinnert sei an den „Bund Freier Bürger“, den 1994 der vormalige FDP-Politiker Manfred Brunner gründete und der 2000 schon wieder von der Bildfläche verschwand, oder an den Senkrechtstarter Ronald Schill, der im Jahr 2000 mit seiner „Partei rechtsstaatlicher Offensive“ von jetzt auf gleich den Einzug in den Hamburger Senat schaffte und sich ebenso rasant ins Abseits schoss, oder an die 2010 in Berlin gegründete Partei „Die Freiheit“ des aus der CDU ausgeschiedenen René Stadtkewitz. Sie scheiterte bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin 2011 an der Fünfprozenthürde.

Diesmal ist die Situation eine andere: Inhaltlich trifft die „Wahlalternative 2013“ den Nerv des Bürgers, den der Schuh angesichts des Eifers und der Maßlosigkeit der ihn Regierenden bei der Euro-Rettung schon lange drückt und der es leid ist, weiter verschaukelt zu werden. Ein Blick auf die Gründerliste der Gruppierung zeigt, dass es sich um gestandene Leute, bedeutende Professoren, Ärzte, Journalisten und Wissenschaftler handelt, die sich in ihren Berufen bereits bewährt haben. Profilierungssucht, Karriere oder das große Geld wird nicht das Motiv für ihr Engagement sein. Insofern dürfte die „Wahlalternative 2013“ in der Tat ein Hoffnungsträger für alle diejenigen sein, die sich das Denken noch nicht abgewöhnt haben.

Gastbeitrag



Den Stier an beiden Hörnern packen

Von Rostislaw Batalow

Auf Grund aktueller Ereignisse und des Versagens staatlicher Kontrollorgane rücken die Aktionen im Kampf gegen „Rechts“ immer mehr ins Visier der Medien. Im Schatten davon verlaufen die Aktionen der linksextremistischen Szene – der Autonomen und diverser Antifa-Gruppierungen, die oft mit Gewalt gegen Mensch und Sachen daherkommen – meist anonym und oft in schwarzer Vermummung. Straßenschlachten mit der Polizei, brennende Autos, zerstörte Einrichtungen – alles Kavaliersdelikte? Antifaschistisch – wie gut das klingt – viel besser als faschistisch. Was wissen diese Typen beider extremer Szenen überhaupt über die tatsächliche Geschichte dieser Begriffe und woher nehmen sie ihre Zielsetzungen? Ist denen bewusst, dass ihrer beider „Kampfideen“ aus einem Kopf stammen? So, wie ein gefährlicher Kampfstier zwei Hörner hat – ein rechtes und ein linkes – so wachsen doch beide aus einem Schädel, aus derselben Substanz. Und beide sind kreuzgefährlich und nicht friedlich.

Was ist überhaupt Faschismus und wer sind diese Faschisten? Wenn man die Reden der Politiker in Deutschland von 1933 bis 1945 genau analysiert hätte, dann hätte man bemerkt, dass sich niemand von denen selbst als Faschist bezeichnet hat. Sie nannten sich Nationalsozialisten, und die Partei, die die Wahlen 1933 gewonnen hatte, NSDAP – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Und Hitler selbst betonte bei jedem seiner Auftritte, dass er Sozialist sei. Das Regime selbst bezeichnete sich selbst niemals als faschistisch. Der plakativ-beleidigende Begriff „Faschist“, heute gebraucht als Synonym für alles „Schlechte“, wurde von den Internationalsozialisten geprägt, die sich Antifaschisten nannten.

> Auch der sowjetische Internationalsozialismus war ein totalitäres Regime

Der sowjetische Internationalsozialismus und der deutsche Nationalsozialismus waren zwei klar ausgebildete totalitäre Regime und einander sehr ähnlich. Beide Regime teilten sich in den Jahren 1939 bis 1940 gemeinsam Europa. Sowohl der internationale als auch der nationale Sozialismus verfluchten den amerikanischen und englischen Kapitalismus und wollten ihn vernichten. Und so wurde in Deutschland der nationale Sozialismus und in der UdSSR der internationale Sozialismus aufgebaut, der die ganze Welt erobern wollte. In Moskau begann man mit dem Bau eines riesigen Sowjetpalastes, der ein leuchtendes Symbol für den Sieg des Sozialismus werden sollte. Auf dem 400 Meter hohen Sockel sollte eine drehbare 100 Meter hohe Leninstatue stehen, die mit ausgestrecktem Arm in alle Windrichtungen zeigen könnte. Aber die Idee vom Internationalsozialismus in der ganzen Welt zerplatzte wie eine Seifenblase und an Stelle des Palastes wurde das große Freibad „Moskwa“ errichtet. Aber auch das nationalsozialistische Regime strebte nach Gigantomanie, denn in Berlin gab es Projekte für das größte Gebäude der Welt – eine große „Volkshalle“ für 180 000 Menschen. Darauf sollte der deutsche Adler thronen – in den Klauen die Weltkugel haltend. Aber stattdessen fiel das NS-Regime mit all seinen Plänen im Bombenhagel der Alliierten in Trümmer. Und nach dem Krieg waren davon nur noch Schutthaufen und Ruinen übrig, die hauptsächlich von den Frauen enttrümmert wurden. Millionen deutscher Männer mussten nach diesem sinnlosen Krieg dafür in den Kriegsgefangenenlagern der Siegerländer schuften.

Die Gemeinsamkeit der internationalsozialistischen und der nationalsozialistischen Idee zeigt sich auch noch darin, dass sowohl in der Sowjetunion als auch in Deutschland die einzig herrschende politische Kraft eine sozialistische Partei war. Der Chefredakteur der „Prawda“, Nikolai Bucharin, drückte das Wesen seines sowjetischen Regimes in einem Aphorismus so aus: „Wir haben ein Mehrparteiensystem: eine Partei ist an der Macht und die anderen sind im Gefängnis.“ Auch in Deutschland gab es damals nur eine Partei, die NSDAP. Und viele Vertreter der anderen Parteien saßen auch in den KZ und Gefängnissen. In beiden Systemen wurden die Interessen der Partei massiv durch eine Geheimpolizei mit verbrecherischen Methoden durchgesetzt. Und das erschreckende Resultat der verbrecherischen Handlungen dieser beiden totalitären sozialistischen Regime waren viele Millionen unschuldiger Menschen, die für eine wahnwitzige Idee ihr Leben lassen mussten.

Der israelische Friedensnobelpreisträger Menachem Begin, der vom NKWD verhaftet wurde und zwei Jahre im Gulag verbrachte, erstellte in seinen Memoiren „Die Geschichte eines Häftlings in Russland“ eine umfassende Diagnose der sozialistischen Gesellschaft. Er zeigt die Gesetzlosigkeit, die unbegrenzte politische Tyrannei, das völlige Vergessen irgendwelcher moralischer Prinzipien, die extreme Ausnutzung durch Sklavenarbeit, die Atmosphäre von Terror und Angst. In dem bekannten Verbrechen von Katyn zeigt sich das ganze immanente Wesen des internationalen Sozialismus – die Vernichtung der gesamten schöpferischen Elite einer jeden beliebigen Nation unter der Kaschierung von Losungen. Der Begriff „Die Tragödie von Katyn“ bedeutet die Erschießung zehntausender polnischer Bürger, die als Elite des Landes galten, im Frühjahr 1940 – ohne Verhandlung und Gerichtsurteil. Sie wurden als „Feinde der Sowjetmacht“ erschossen. Und so, wie sich in einem Wassertropfen die Sonne widerspiegeln kann, so zeigt sich im Fall Katyn das ganze Wesen dieser sozialistischen Idee. Aber auch heute noch gibt es – trotz aller historischen Erkenntnisse – Menschen in Deutschland, die davon überzeugt sind, dass die polnischen Offiziere von den Deutschen im Herbst 1941 erschossen worden seien. Ich nenne dies Masochismuskomplex nach dem Motto: „Wir sind nicht so schlecht, wie man es uns nachsagt. Wir sind noch schlimmer!“

> Demokratie setzt ehrliche Auseinandersetzung mit allen Seiten voraus

Die Bevölkerungsverluste in der Sowjetunion wurden von einigen unabhängigen Wissenschaftlern errechnet. Und sie zeugen vom Genozid der Internationalsozialisten. Dies beweisen die Zahlen der Menschenverluste in Russland. So kam beispielsweise Professor Kurganov nach einer demographischen Analyse zu dem Ergebnis, dass von 1917 bis 1959 insgesamt 110,7 Millionen Menschen gewaltsam umgekommen sind. Von diesen 110,7 Millionen waren 44 Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges, also 40 Prozent. Die Verluste aus den Nichtkriegszeiten, das heißt aus der Zeit der Revolution und der Zeit der so genannten „revolutionären Umgestaltung“, betragen 66,7 Millionen Menschen. Über die Zahl der Opfer des Nationalsozialismus gibt es auch hinreichend Angaben.

Auf Anregung der Prager Deklaration von 2008 wurde ein europäischer Gedenktag für die unschuldigen Opfer des Internationalsozialismus und des Nationalsozialismus eingeführt. Das Europaparlament bestimmte daraufhin 2009 den 23. August als jährlichen Gedenktag. Es ist der Tag, an dem 1939 der so genannte Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion zusammen mit dem geheimen Zusatzprotokoll unterschrieben wurde, nach dem diese beiden totalitären sozialistischen Staaten das übrige Europa unter sich aufteilten. Man muss sich beiden extremen Seiten entgegenstellen und eine fundierte reale Geschichtsaufklärung betreiben, damit letztendlich die Vergangenheit von allen Seiten aufgearbeitet wird. Demokratie setzt eine allseitige ehrliche Auseinandersetzung voraus. Will man diesen Kampfstier bändigen, dann muss man ihn an beiden Hörnern gleichermaßen packen.

Dr. Rostislaw Batalow lebte bis 1988 in der Sowjetunion und studierte in Moskau Philosophie, Geschichte und Regie. Er arbeitet als freier Regisseur und Sprecher.

»Metropolis« des 21. Jahrhunderts

Filmstudio Babelsberg will mit neuen Finanzierungsideen dem Hollywood-Kino die Stirn bieten

Diesen Herbst startet mit „Cloud Atlas“ der teuerste deutsche Film überhaupt. „Lola rennt“-Regisseur Tom Tykwer drehte ihn in den Babelsberger Filmstudios. Das war vor einem Jahr. Aber ausgerechnet in diesem 100. Jahr des Bestehens herrscht Flaute an Großproduktionen. Abhilfe soll ein „Englisches Modell“ schaffen.


Sieht wie großes Hollywood-Spektakel aus, ist aber „Made in Babelsberg“: Szene aus dem Film „Cloud Atlas – Der Wolkenatlas“ Bild: X-Verleih

Hollywood-Star George Clooney auf Besichtigungstour im Harz – so lauteten unlängst Medienberichte, über den Besuch Clooneys in der Weltkulturerbe-Stadt Quedlinburg und dem Besucherbergwerk Rammelsberg in Goslar. Mit den Meldungen verdichten sich die Hinweise, dass die Filmateliers in Potsdam-Babelsberg zum Produktionsort für Clooneys nächstes Filmprojekt „The Monuments Men“ werden.

Clooney will nicht nur im Film eine Rolle übernehmen, sondern auch selbst Regie führen. Auch wenn der Hollywood-Beau im Harz in Begleitung von Babelsberger Studiomitarbeitern gesichtet wurde, noch ist nicht bestätigt, dass die Studios vor den Toren Berlins den Zuschlag erhalten.

Dabei wären die dortigen Studiohallen und die historischen Schauplätze in Deutschland für Clooneys Film ideal. Die Romanverfilmung nach Robert Edsel handelt von einer Gruppe US-amerikanischer Kunstexperten, die mit dem Aufspüren von Kulturgütern im Zweiten Weltkrieg betraut waren.

Dass Babelsberg für derartige Großproduktionen attraktiv ist, wurde hinlänglich bewiesen: Filme wie „The International“, „Der Vorleser“ oder „Operation Walküre“ mit Tom Cruise haben Babelsberg wieder zu einem der bedeutendsten Filmproduktionsstandorte der Welt werden lassen.

Die Studios haben sich im internationalen Filmgeschäft fest etabliert: Von der Drehortsuche, der Drehorganisation, über den Kulissenbau bis zur Ausstattung wird den Filmproduzenten ein Komplettservice angeboten.

Das Mega-Projekt Clooneys käme für die Babelsberger Studios zur rechten Zeit. Nachdem der Film „Cloud Atlas“ mit Tom Hanks Ende 2011 abgedreht war, herrscht im hundertsten Jahr des Bestehens der Filmstudios noch weitgehende Flaute. Pro Halbjahr benötigt man im Schnitt eine

Kooperation mit England soll Aufträge sichern

Großproduktion, um rentabel zu sein. Zwar sind ständig einige der Studios mit Fernsehproduktionen wie dem Dauerbrenner „Gute Zeiten, Schlechte Zeiten“ belegt, was in diesem Jahr noch fehlt, ist aber eine Großproduktion fürs Kino. Gleich bis zu neun der insgesamt 16 Studiohallen lassen sich mit Kinoprojekten auslasten. Erst ab Oktober wird die Neuverfilmung des Märchens „Die Schöne und das Biest“ mit Gérard Depardieu für mehr Auslastung auf dem Studiogelände sorgen.

Einen wichtigen Anteil, dass Babelsberg wieder in der ersten Liga der Filmstandorte mitspielt, hat das deutsche Filmförderungssystem: Seit 2007 wurden über den Deutschen Filmförderfonds jährlich 60 Millionen Euro für Filmproduktionen bereitgestellt: Beigesteuert werden pro Film bis zu einem Fünftel der Produktionskosten. So erfolgreich das Modell bisher war, es ist inzwischen an seine Grenzen geraten. Um im internationalen Konkurrenzkampf der Filmstudios um Großaufträge mithalten zu können, reicht es nicht mehr: Die Budgets für große Kinofilme liegen mittlerweile immer öfter über der 100-Millionen-Euro-Grenze. Da die Filmförderung die Explosion der Filmbudgets nicht mitgemacht hat, ist der Förderanteil pro Film relativ gesunken.

Abhilfe soll für die Babelsberger Studios nun das „Englische Modell“ schaffen: Filmproduzenten bietet es die Möglichkeit, nicht nur die deutsche, sondern auch die britische Filmförderung in Anspruch zu nehmen. Zwar müssen dafür auch Dreharbeiten in Großbritannien erfolgen, insgesamt ist das Konzept allerdings immer noch besser, als im Kampf um die Produktion großer Kinofilme immer öfter komplett leer auszugehen, weil international andere öffentliche Förderprogramme attraktiver sind. Dass Babelsberg bei den großen Produktionen auf

Tom Hanks ist der Star in einem deutschen Film

Augenhöhe mit den Hollywood-Studios agiert, soll jetzt „Cloud Atlas – Der Wolkenatlas“ beweisen. Der Film ist mit einem Budget von über 100 Millionen Euro die bisher teuerste deutsche Filmproduktion überhaupt.

Bei den Dreharbeiten von September bis Dezember letzten Jahres standen Filmstars wie Tom Hanks, Hugh Grant, Susan Sarandon und Halle Berry vor der Kamera. Den Mystery-Film hat der Berliner Tom Tykwer gemeinsam mit dem Brüderpaar aus Hollywood, Andy und Lana Wachowski („Matrix“) gedreht.

Mit dem Mega-Projekt, das über mehrere Jahrhunderte und Kontinente hinweg in einer futuristischen Stadt spielt, wurde in mehrfacher Hinsicht Neuland für Babelsberg beschritten: Bis zu 700 Personen haben an dem Film mitgewirkt. Das dabei erworbene Spezialwissen bleibt in der Region erhalten und macht den Standort für künftige Filmprojekte interessant. Neu war auch das Finanzierungskonzept: Das Geld für den Film wurde bei insgesamt 170 Investoren, verteilt auf fünf Kontinenten eingesammelt.

Für deutsche Verhältnisse war der Aufwand bei „Cloud Atlas“ gewaltig. Doch Babelsberg hat das alles schon einmal überboten: Vor 85 Jahren kamen für Fritz Langs Stummfilm „Metropolis“ an 310 Drehtagen 27 000 Komparsen zum Einsatz. Kosten damals: „nur“ fünf Millionen Reichsmark. Der Film wurde zum Klassiker.

Norman Hanert

MELDUNGEN

20 Jahre lang politisch korrekt

Sophia Loren, Jodie Foster oder auch Clint Eastwood beehrten das Hamburger Filmfest einst. Nimmt man nur die Namen dieser Stars, dann scheint das Festival stets für viel Glamour gesorgt zu haben. Vom 27. September bis zum 6. Oktober geht es nun schon zum 20. Mal über die Leinwände.

Doch der Starfaktor hält sich im Jubiläumsjahr in Grenzen, was wohl daran liegt, dass man eher auf exotische Länder wie Nepal, Singapur, Estland oder den Irak setzt. Und der Promifaktor ist dort eher gering. Die 149 Filme, die dort gezeigt werden, kommen aus 45 unterschiedlichen Ländern. Hollywoodfilme sind eher die Ausnahme. Man will sich abgrenzen von den großen Festivals wie Berlin, Cannes oder Venedig, heißt es. In den zwanzig Jahren hat man die Latte deutlich niedriger gelegt. Statt mit Berlin mithalten zu wollen, spielt man in der zweiten Liga mit München oder den Hofer Filmtagen.

Stattdessen hofft man, mit politisch ambitionierten Filmen zu punkten. Doch welches Festival will das nicht? So wurde der deutsche Film „Lore“ bereits in Locarno vermarktet, wo er den Filmpreis gewonnen hat. Die Hamburger sind wieder nur zweiter Sieger. Macht aber nichts, denn „Lore“ ist ein schwerfälliges Seelendrama, in dem eine junge Frau ihre Geschwister kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges quer durch Deutschland zur Oma führt. Allerdings ist vom kriegszerstörten Deutschland rein gar nichts zu sehen, da die australische Regisseurin Cate Shortland geschickt durch unversehrte Wälder und Nordseehalligen ausweicht. Der Film hätte auch zu jeder anderen Zeit spielen können. So ist das auf allen Festivals: Man lobt den politisch korrekten Willen, übersieht aber die künstlerischen Schwächen. *tws*

Der kreative Hammer des Erfolges

Werke der österreichischen Künstlerin Xenia Hausner sind auch dank ihrer ungewöhlichen Einfälle in aller Welt gefragt

Ob ein Cranach, Dürer, Rembrandt, van Gogh, Monet, Menzel oder Liebermann – geht es um berühmte Maler der Vergangenheit, so sind diese nicht nur Kunstliebhabern ein Begriff. Waren die Künstler zu Lebzeiten auch oft umstritten und stießen sogar auf Ablehnung, so lösen ihre Werke heutzutage allgemeine Begeisterung hervor. Fragt man jedoch nach zeitgenössischer Kunst, so trifft man oft auf Schulterzucken. Und selbst wenn Kenntnis vorhanden ist, so polarisiert diese Kunst oft und ruft entweder überschwänglichen Jubel oder beißende Kritik hervor.

Auch die Werke der 61-jährigen Xenia Hausner sind so individuell, dass man ihren Stil entwe-

Chinesen wissen alles über Hausner

der feiert oder verdammt. Vor allem ist er auf eine Weise voller Emotionen, denen man sich entweder öffnet oder an ihnen verzweifelt. Denn wer auf klare Antworten in den Bildern der ehemaligen Bühnenbildnerin sucht, der hat schon verloren.

„Meine Situation ist, dass ich mit einer Idee anfange, und meistens passiert ein Hammer mittendrin und es wird was vollkommen anderes“, so die Österreicherin, die neben ihrem Atelier in Wien auch eines in Berlin hat. „Zum Schluss kommt man trotzdem an die Ausgangsposition zurück, aber mit einer sehr signifikanten Verschiebung, also mit einer Überraschung!“

Jedes Bild ist für Hausner eine Abenteuerpartie, deren Ergebnisse derzeit interessierte Franzosen im Museum Würth im elsässischen Erstein begutachten konnten. Von dem 24. Oktober an können Hausners Landsleute auch im Essl Museum in Klosterneuburg bei Wien die großformatige figurative Malerei der Künstlerin bewundern.

2013 steht eine Ausstellung in China auf dem Plan. Als vor einiger Zeit chinesische Künstler in Österreich ausstellten, überlegte man, im Gegenzug österreichische Maler in China zu zeigen. Die Wahl fiel auf Hausner, die ihre unter dem Titel „Damage“ laufende Schau 2011 in Shanghai zeigen konnte. Sie erfuhr dort, wie gut chinesische Kunstinteressierte informiert sind und aus dem Internet Details über die Künstlerin recherchiert hatten, die sie selber nicht sofort parat hatte.


Muss mit anpacken: Xenia Hausners Werke gehen gleich für drei Ausstellungen auf Reise Bild: fvf

Die dortige Neugier der Kunstszene auf den Westen gepaart mit einem starken Selbstbewusstsein, rufen bei Hausner Respekt hervor, wie sie im Gespräch mit der *PAZ* bekannte. 2013 geht es dann für eine Ausstellung nach Hongkong. Wann die farbintensiven Werke Hausners das nächste Mal in Deutschland gezeigt werden, ist bisher nicht bekannt. Zwar stellte sie schon mehrmals in Berlin und anderen deutschen Städten aus, dort aber überwiegend in Galerien und nicht in Museen.

Wer glaubt, Hausner wäre bei den Frauenrechtlerinnen besonders beliebt, da sie fast nur weibliche Modelle malt, der irrt. Denn oft genug betonte sie, dass dies keine politische Stellungnahme sei, sondern dass Frauen einfach die viel hübscheren Motive seien. Dem können vor allem die Männer voll zustimmen.

Und außerdem sind Hausners Frauen zumeist nicht stark, wie es sich die Frauenrechtlerinnen wünschen, sondern orientierungslos, einsam und verletzlich. All dies wird dargeboten wie in einer Momentaufnahme. Das Gemalte wirkt realistisch und abstrakt zugleich. Diese Mischung macht vor allem den Reiz der Bilder aus und es zeigt, dass Hausner sich in keine Schublade stekken lässt.

Inspiriert von Realismus, Symbolismus und Expressionismus

Frauen sind die hübscheren Motive

hat sie sich von allem das ausgesucht, was ihr in dem Moment, in dem sie an einem Bild arbeitet, am meisten anspricht. Und wie sie selbst sagt, ist das Ergebnis auch für sie jedes Mal eine Überraschung. Bei manchen Gemälden der letzten zehn Jahre durchbricht sie zudem die traditionellen Grenzen der Malerei und verbindet diese mit Fotografie. Inzwischen tendiert sie jedoch wieder stark zur reinen Malerei.

Rainer Metzger schreibt in dem im Hirmer Verlag erschienenen Ausstellungskatalog zu „Damage“, dass Hausners Bilder neugierig auf das Dargestellte machten, denn es sei offensichtlich, dass alle Figuren eine Geschichte hätten. „Nur welche?“, fragt er zu Recht, denn Blick, Ausdruck und Haltung der Dargestellten sind geheimnisvoll und voller Spannung, doch verraten sie nicht, warum.

Rebecca Bellano

Sie war »die Dame«

Ich war die Dame" lautet der Titel der 1979 erschienenen Memoiren der Lil Dagover. Und in der Tat wird sie uns insbesondere in derartigen Rollen im Gedächtnis bleiben.

Ähnlich wie Mata Hari trat auch sie in jungen Jahren mit indischen Tänzen auf und auch sie hatte vorher in Niederländisch-Indien gelebt. Lil Dagover ist dort sogar unter dem Namen Martha Seibert vor 125 Jahren, am 30. September 1887, als Tochter eines aus Württemberg stammenden Försters in niederländischen Diensten und dessen Ehefrau aus dem Rheinland zur Welt gekommen. Im Jahr 1913 heiratete sie nicht nur den Schauspieler Fritz Daghofer, von dem sich ihr Künstlername Lil Dagover ableitet, sondern sie folgte auch dem Rat eines Fotografen, indische Tänze vor der Kamera vorzuführen. Mit diesen Aufnahmen, die heute noch existieren, stellte sie der mit ihr befreundete Regisseur Robert Wiene in Berlin bei Filmproduzenten und Regisseuren vor. Es war auch Wiene, unter dessen Regie sie 1920 die Hauptrolle des expressionistischen Kultfilms „Das Cabinet des Dr. Caligari" spielte. Weitere Rollen folgten, wobei schon in der damaligen Stummfilmzeit eine Spezialisierung auf den Typus der Dame festzustellen ist.

Durch den Durchbruch beim Film wurde Max Reinhardt auf sie aufmerksam und holte sie auf die Bühne. 1931 übertrug er ihr die Rolle der „Schönheit" in Hugo von Hofmannsthals „Das Salzburger große Welttheater". In über 30 Aufführungen verkörperte sie die „Schönheit". Außer bei den Salzburger Festspielen trat sie am Berliner Theater und am Theater in der Josefstadt auf.


Lil Dagover

Der ebenfalls 1931 unternommene Versuch, mit der Produktion „The Woman from Monte Carlo" in Hollywood Fuß zu fassen, misslang zwar, aber das Theaterspiel war eine gute Übung für den Übergang vom Stumm- zum Tonfilm, der bei Dagover bruchlos verlief.

Auch der Übergang von der Weimarer Republik zum Dritten Reich führte zu keinem Bruch in ihrer Karriere. Ihre Rollen sind eher unpolitisch. Die Spezialisierung auf die galante Dame, auf Kaiserinnen, andere Adlige sowie Künstler- und Unternehmersgattinnen fand ihre Fortsetzung. Mit insgesamt 23 Rollen bis 1944 gehörte sie zu den bekanntesten und beliebtesten Leinwanddarstellern der NS-Zeit.

Nach Kriegsende und Entnazifizierung konnte Dagover bei Theater wie Film relativ bruchlos an die alten Erfolge anknüpfen. Hatte sie das NS-Regime mit dem Titel Staatsschauspieler und dem Kriegsverdienstkreuz für ihr Engagement in der Truppenbetreuung geehrt, so erhielt sie in den 50er und 60er Jahren das Filmband in Silber und Gold, den Bambi und das Große Bundesverdienstkreuz.

In diesen 50er und 60er Jahren ist eine gewisse Spezialisierung auf seltsame alte Damen festzustellen. So spielte sie mit Erfolg die Titelrollen in Friedrich Dürrenmatts „Besuch der alten Dame" und John Patricks „Eine etwas sonderbare Dame", aber auch im Edgar-Wallace-Film „Die seltsame Gräfin".

Auch in den 70er Jahren ist Lil Dagover noch gut im Geschäft. So ist es bezeichnend, dass sie ein Haus auf dem Bavaria-Filmgelände in Grünwald-Geiselgasteig bewohnte und dort auch am 23. Januar 1980 verstorben ist.

Manuel Ruoff

Wie es zur Schuldenunion kam

Auf Wunsch von Paris verzichtete Bonn auf die für eine Währungsunion notwendigen Voraussetzungen

Auch nachdem das Bundesverfassungsgericht den umstrittenen ESM-Rettungsschirm weitgehend durchgewunken hat, lohnt sich die Frage: Braucht Europa den Euro? Brauchen die in der EU vereinten europäischen Nationen eine gemeinsame Währung, damit der Frieden erhalten bleibt, wie es Politiker „alternativlos" verkünden? Das scheint nicht der Fall zu sein, wenn man in die Geschichte der europäischen Nationen und Währungen schaut, bevor es 1999 zur Einführung des Euro (ab 2002 als Bargeld) kam. Es muss also andere Gründe geben, aber welche?

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges sagte der Visionär des Europa-Gedankens, Richard Coudenhove-Kalergi, auf einer Europa-Konferenz, die auf Initiative des englischen Premiers Winston Churchill 1948 in Den Haag stattfand: „Wir wollen Europa einigen, um durch einen freien kontinentalen Markt mit einer stabilen Währung den Lebensstandard von Millionen Europäern zu heben und sie aus dem unbeschreiblichen Elend zu retten, unter dem sie leiden." Auch Jahre später erläuterte er seine Vision von einem europäischen Bundesstaat, wo die bisherigen Nationalstaaten dann „Kantone", eine gemeinsame Außenpolitik, Verteidigung, Währung und Wirtschaft auf der Basis einer „Garantie europäischer Menschenrechte" bilden sollten.

Harmonisierung der Wirtschaften blieb aus

Doch bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts dauerte es, dass nach der deutsch-französischen Aussöhnung unter dem Deutschen Walter Hallstein die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr 1962 ihre Arbeit aufnahm. Zwei Jahre später arbeitete bereits ein Gouverneursausschuss, in dem die Präsidenten der Zentralbanken Europas tagten. Auf dem EWG-Gipfel 1969 beauftragten die Staats- und Regierungschefs dann den luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner mit der Erarbeitung eines Plans für die Währungs- und Wirtschaftsunion.

Der 1970 offiziell vorgelegte sogenannte Werner-Plan schlug vor, binnen eines Jahrzehnts eine Währungsunion zu gründen. Zunächst sollte die Wirtschaft, die Geld- und Kreditpolitik koordiniert und schließlich eine Harmonisierung der Steuern erfolgen. Der Plan scheiterte an strittigen Fragen zwischen Deutschland und Frankreich. Bonn war für eine Harmonisierung der Wirtschaft, Paris dagegen und wollte zuerst die Währungsunion einführen.

So wurde an Stelle des Werner-Plans, unter der Ägide des SPD-Kanzlers Helmut Schmidt und des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, im Jahr 1979 das „Europäische Währungssystem" (EWS) in Betrieb genommen. Die Wechselkursschwankungen der Währungen einzelner europäischer Länder sollten so in einem gewissen Rahmen gehalten, der freie Verkehr von Waren, Kapital und Dienstleistungen erleichtert und intensiviert werden. Als europäische Währungseinheit diente der ECU (European Currency Unit).

Bereits zu diesem Zeitpunkt, vor über 30 Jahren, verpflichteten sich die europäischen Länder zu einer gewissen wechselseitigen Solidarität. Sobald nämlich eine der europäischen Währungen eine vorher vereinbarte Bandbreite verließ, waren die anderen Länder gehalten, durch An- oder Verkauf von Devisen zu intervenieren. Deutschland tat dies mehrmals zugunsten von Frankreich, womit letztere sich als Profiteure dieses Systems sehen konnten. Auch die Bereitstellung von „Beistandskrediten" in wirtschaftlichen Spannungszeiten gehörte zum Interventionsarsenal des ECU, wovon Frankreich ebenfalls profitierte.


Bild: Eric Chan

Placebo für die Deutschen: Sitz der EZB im Land der D-Mark

1988 schließlich erhielt der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors vom EG-Gipfel den Auftrag, einen neuen Plan zur Währungsunion zu erarbeiten. Der sogenannte Delors-Plan bekam dann 1992 mit dem Maastricht-Vertrag eine rechtliche Grundlage.

Die bereits bestehende Zusammenarbeit der Zentralbanken erhielt mit dem „Europäischen Währungsinstitut" (EWI) einen neuen Rahmen. Das EWI sollte die nationalen Geldpolitiken kontrollieren und die Unabhängigkeit der jeweiligen Nationalbanken sichern. Am 1. Januar 1999 trat dann die „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion" in Kraft und die EWI wurde gleichzeitig durch die „Europäische Zentralbank" (EZB) ersetzt. Alle EU-Mitglieder mit Ausnahme von Griechenland, Großbritannien, Dänemark und Schweden führten den „Euro" als Parallelwährung zu den noch im Umlauf befindlichen nationalen Währungen ein.

Als maßgebliche Motoren wirkten der damalige CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel (CSU). Mit den „Konvergenzkriterien" versuchte Deutschland ein System zu installieren, das die Stabilität der Währungen garantieren sollte. Da Griechenland diese Kriterien nicht erfüllte, blieb es außen vor und konnte erst – nach Fälschung der eigenen Bilanzzahlen – im Jahr 2002 unter dem SPD-Kanzler Gerhard Schröder aufgenommen werden. In der Folgezeit wurden die vier Konvergenzkriterien (Inflationsrate, Zinssatz für langfristige Staatsanleihen, Gesamtschuldenstand, jährliche Neuverschuldung) auch von Deutschland und Frankreich mehrfach verletzt, ohne dass es zu Sanktionen kam. Wo ein Regelwerk aufgestellt wird, muss es auch die Möglichkeiten zu Sanktionen und Strafen geben, um die Einhaltung der festgelegten Grenzen kontrollieren zu können. Genau dies aber fehlte dem Regelwerk. So gab es nicht die Möglichkeit, einen „Euro-Sünder" auszuschließen. Zudem verhinderten die Regierungen von Gerhard Schröder und Jacques Chirac aktiv, dass die von der EU-Kommission eingeleiteten Sanktionen wirksam werden konnten. Daher stand dem fröhlichen Schuldenmachen zulasten anderer nichts mehr im Wege. Der Weg in die Schuldenunion war beschritten. Jetzt steckt der Euro-Karren im Dreck, weil man die lange geforderten Voraussetzungen für eine Währungsunion (gemeinsame Wirtschaftspolitik, Steuer-, Finanz- und Außenpolitik) in sträflicher Weise übergangen hat.

Hinrich E. Bues

Jubiläum in »Goldgräberstimmung«

50 Jahre ESO – Die Organisation betreibt in Chile mit europäischem Geld Astrophysik

Am 5. Oktober wird die Europäische Südsternwarte (ESO) 50 Jahre alt. Die „Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre", so ihr korrekter offizieller Titel, ist die führende europäische Organisation für astronomische Forschung; sie zählt heute 15 Mitgliedsländer und betreibt Teleskope in Chile.

Angefangen hat alles vor sechs Jahrzehnten. Als einer der ersten sprach sich der Astrophysiker Walter Baade für einen Zusammenschluss der astronomischen Forschung in Europa aus. 1953 schlug er ein gesamteuropäisches Institut zur Erforschung des südlichen Himmels vor, weil einerseits nur im Süden interessante Himmelsregionen wie das Zentrum der Milchstraße im Sternbild Sagittarius, die sonnennächsten Sterne Alpha Centauri und Proxima Centauri sowie unsere Nachbargalaxien, die große und die kleine Magellansche Wolke, beobachtet werden können, andererseits die Sternwarten in Argentinien, Chile, Südafrika und Australien lediglich kleinere Instrumente besaßen oder schlechter ausgestattet waren als die großen Observatorien Europas. So entstand die Idee, mit dem Geld des vergleichsweise reichen Europas auf der geographisch günstigeren Südhälfte der Erde Astrophysik zu betreiben.


Die erste ESO-Sternwarte: Das La-Silla-Observatorium Bild: Iztok Boncina/ESO

In der Folgezeit trafen sich unter anderem die Astronomen Baade, Jan Hendrik Oort, André Danjon, Bertil Lindblad, Pieter Oosterhoff, Adriaan Blaauw und Otto Heckmann an verschiedenen europäischen Forschungseinrichtungen. Gemeinsam betrieben sie Lobbying für diese Idee. Nachdem die Astronomen bei ihren Regierungen intensive Überzeugungsarbeit geleistet hatten, unterzeichneten Vertreter aus Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Schweden am 5. Oktober 1962 die Gründungsvereinbarung für die ESO.

Ihr erster Direktor wurde noch im selben Jahr mit Heckmann einer der bekanntesten Befürworter des Projektes in Deutschland. Bereits ein Jahr vor der ESO-Gründung hatte er an Oort geschrieben: „... es würde mir als lohnende Aufgabe erscheinen, den Rest meines wissenschaftlichen Lebens dem Aufbau des ESO zu widmen". Im selben Schreiben zeigte er allerdings auch ein Problem auf: „Da ich aber mit der Universität Hamburg und der Hamburger Sternwarte sehr fest verknüpft bin, so ist die Lösung dieser alten Bindungen schwierig ..."

Da kam es Heckmann entgegen, dass das Zentrum der ESO anfangs in Hamburg lag. Die Sternwarte in Hamburg verlor jedoch an Bedeutung und München lief der Hansestadt den Rang ab. In den 70er Jahren entstand in Garching eine Wissenschaftsstadt, wo neben mehreren Max-Planck-Instituten und anderen Forschungseinrichtungen auch die ESO hinzog.

»Erfolgreichstes Observatorium der Welt«

Die erste Sternwarte der Organisation wurde auf dem 2400 Meter hohen La Silla in Chile errichtet. Das Observatorium besitzt optische Teleskope mit Spiegeldurchmessern von bis zu 3,6 Metern. Der HARPS-Spektograf in La Silla ist derzeit eines der besten Instrumente weltweit zur Suche nach Exoplaneten. 1999 ging das Very Large Telescope (VLT) auf dem Cerro Paranal in der Atacamawüste in Betrieb. Das VLT ist führend in der europäischen Astronomie und lieferte zum Beispiel die ersten direkten Bilder eines Exoplaneten und bestimmte genauer den Durchmesser wie die Temperatur des Plutomonds Charon. Im Norden Chiles wird derzeit das Atacama Large Millimeter/submillimeter Array (ALMA) errichtet, das 2013 fertiggestellt sein soll und von Europa, Nordamerika und Ostasien in Zusammenarbeit mit der Republik Chile getragen wird. Insgesamt 66 Präzisionsantennen arbeiten wie ein einzelnes Teleskop und untersuchen die Grundbausteine von Sternen, Planetensystemen und Galaxien.

ESO-Generaldirektor Tim de Zeeuw, sozusagen der aktuelle Nachfolger Heckmanns, ist hinsichtlich der Zukunft optimistisch gestimmt: „Das 50-jährige Jubiläum der ESO kommt genau zur rechten Zeit, denn in der europäischen bodengebundenen Astronomie herrscht Goldgräberstimmung. Seit ihrer Gründung im Jahr 1962 hat die ESO einen langen Weg zurückgelegt. Heute spielt die ESO als erfolgreichstes Observatorium der Welt eine führende Rolle in der astronomischen wissenschaftlichen Gemeinschaft."

Ulrich Blode

Friedrich der Große hasste und vertraute ihm

Der Günstling des Soldatenkönigs und Lobbyist Österreichs Friedrich Wilhelm von Grumbkow

„Seit Grumbkows Tode hat sich alles in Berlin gewandelt; sein Hingang hat bei uns den öffentlichen und den häuslichen Frieden hergestellt. Dank dem Himmel, ich stehe jetzt mit dem Könige so gut wie nur möglich.“ So schreibt Friedrich im Jahr 1739 an seine Schwester Wilhelmine, drei Monate nach dem Dahinscheiden eines der engsten Vertrauten seines Vaters, des alten Ministers Friedrich Wilhelm v. Grumbkow.

Die Friedrich-Literatur kennt den am 4. Oktober 1678 in Berlin geborenen Grumbkow als Günstling Friedrich Wilhelms I., galant und von schlechtem Charakter. Tatsächlich gehörte er für den Kronprinzen zum festen Personal seiner dunkelsten Stunden. Grumbkow war Zeuge der Misshandlungen im Tabakskollegium, war einer der Hauptakteure im Intrigenspiel um die preußisch-englische Doppelhochzeit und Leiter jener Kommission, die 1730 den verunglückten Fluchtversuch zu untersuchen hatte. Und ausgerechnet mit diesem Mann, dem chamäleonhaften Diplomaten und Vizepräsidenten des allmächtigen Generaldirektoriums, nahm Friedrich 1731 eine umfangreiche Korrespondenz auf. Knapp 130 Briefe sind erhalten, und gerade hier finden sich viele der prägnantesten Selbsteinschätzungen des zukünftigen Königs.

Noch im Herbst 1730 hatte Grumbkow angedeutet, beim König einiges erreichen zu können, wenn Friedrich seinem Vater nur etwas entgegenkäme. An Hans Hermann von Kattes Schicksal hatte auch das nichts mehr ändern können. Friedrich hoffte aber, mit Grumbkow als „Sekundanten“ die Zwangsverlobung mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern im letzten Moment noch abwenden zu können. Wenigstens ein paar Alternativen wollte er ins Spiel bringen, zumal die Beschreibungen der Prinzessin, die ihn erreichten, ein denkbar unvorteilhaftes Bild zeichneten. Ohne das arme Mädchen überhaupt zu kennen, bezeichnete er die Prinzessin mal als „corpus delicti“, mal ganz schlicht als „hässliche Kreatur“. Friedrich sträubte sich mit allen Mitteln. Er drohte, sie bei der nächsten Gelegenheit zu verstoßen und sich auch sonst schlecht zu benehmen. Auf dem Höhepunkt seiner Verzweiflung kündigte er Grumbkow schließlich an, seinem Leid notfalls mit einer Pistolenkugel ein Ende zu setzen. Der Minister, der sich ohnehin schon auf gefährlichem Terrain bewegte, war außer sich vor Empörung und nahm dabei ausnahmsweise kein Blatt vor den Mund. Dem erschrockenen jungen Prinzen wurde endlich klar, dass die Zeit der Ausflüchte nun vorbei war. Sechs Tage später gab er seinem Vater die Zustimmung zur Verlobung.

Reger Briefverkehr zwischen Grumbkow und Friedrich

Überraschenderweise hatte dieser Eklat kaum Auswirkungen auf den Briefwechsel. Friedrich brauchte Grumbkows Verbindungen, sei es, um Freunden zu helfen, Schulden zu tilgen oder die Verbreitung gewisser Gerüchte über ihn zu verhindern. Beide, Friedrich wie auch der Minister, gingen dabei ein hohes Risiko ein, zumal der eigenwillige Kronprinz sich mit der bevorstehenden Eheschließung immer noch nicht abgefunden hatte. Er ließ keinen Zweifel daran, dass seine Zuneigungsbekundungen an Elisabeth Christine reines Theater waren.

Natürlich war so viel schonungslose Offenheit kein Selbstzweck. Indem der Prinz den General Grumbkow als seinen „censeur“ betitelte, der es mit leichter Hand versteht, „uns von unserm Unrecht und unsern Verkehrtheiten zu überzeugen“, stellte er ihm eine persönliche Beziehung in Aussicht, die der eines Lehrmeisters zu seinem Schüler entsprach. Das brachte allerdings den Minister in eine zunehmend komplizierte Lage. Er war jetzt nicht nur der Vertraute des Königs, sondern auch noch der des Kronprinzen. Dazu kam, dass er als Lobbyist einer an Österreich orientierten Außenpolitik auch gegenüber Wien in der Pflicht stand. Wie eng seine Verbindungen zum habsburgischen Hof tatsächlich waren, dürfte zu dieser Zeit weder dem König noch dem jungen Friedrich ganz klar gewesen sein. Aber spätestens seit dem Fluchtversuch waren die Seelenzustände des preußischen Thronfolgers eben keine Privatsache mehr, sondern ein europäisches Politikum. Grumbkows wichtigste Mission war es, Friedrichs Blick von den Einschränkungen der Gegenwart auf die Möglichkeiten in der Zukunft zu lenken – und ihn dabei sanft auf einen kaiserfreundlichen Kurs zu lotsen. Er ahnte nicht, wie gründlich ihm das misslingen würde.



Friedrich Wilhelm von Grumbkow: Ölgemälde Beschekys Bild: Archiv

Erst zwei Jahre nach der erzwungenen Hochzeit mit Elisabeth Christine kommt die Korrespondenz mit Grumbkow wieder in Fahrt. Der stets bestens informierte Minister hatte heimlich damit begonnen, seinen Prinzen nicht nur mit französischen Neuerscheinungen für die Privatbibliothek zu versorgen, sondern auch mit größeren Mengen diplomatischer Akten und aktuellen Korrespondenzen. Es entspann sich ein lebhafter und andauernder Austausch über die Bedingungen und Möglichkeiten der Diplomatie, über die Machtverschiebungen in Europa und über Preußens Position in diesem Gefüge. Sogar die Leistungen des Vaters erschienen dem Sohn jetzt in einem helleren Licht. Intensiv beschäftigte er sich in diesen Jahren mit der philosophischen Frage nach den Grundsätzen politischen Handelns.

Anfang 1738 werden die Briefe zwischen Friedrich und Grumbkow plötzlich seltener, im Sommer reißt die Korrespondenz ganz ab. Friedrich hatte sich verändert. Er war nun bereit, wie ein König zu handeln. Und der Vater, erleichtert über die Wandlung seines Sohnes, erkannte in ihm schließlich doch noch den Mann, der sein Werk fortsetzen würde, wenn nötig, auch mit militärischem Nachdruck. Außen- und innenpolitisch behielt Grumbkow noch alle diplomatischen Fäden in der Hand. Aber der Kronprinz brauchte ihn nicht mehr. Für Friedrich repräsentierte Grumbkow eine politische Praxis, die er von ganzem Herzen ablehnte. Er empfand sie als amoralisch, als eines souveränen Herrschers ganz und gar unwürdig. Tatsächlich nahm in dieser Zeit die Idee zu seinem berühmten „Antimacchiavel“ schon feste Gestalt an. Friedrich wollte keine geheimen Koalitionen mehr, keine Hintertürchen und keine bestochenen Kammerdiener. Friedrich wollte nur noch klare Fronten – und Ruhm.

Von Kindesbeinen an hat Friedrich Wilhelm v. Grumbkow dem Haus Hohenzollern gedient, und bis zuletzt genoss er das Vertrauen seines Königs, der ihm ein Staatsbegräbnis erster Klasse spendierte, mit Glockengeläut, Salut und Militärparade. Kronprinz Friedrich schrieb an seine Schwester. Er konnte sich sein bissiges Resümee einfach nicht verkneifen:

„Hier liegt ein Marschall und Minister,
Finanzgenie und Laienpriester.
Oh, Wandrer, kennst du seine krummen Pfade,
Weih’ beides der Vergessenheit in Gnade:
Der Laster und der Tugenden Register!“ *Jochen v. Grumbkow*

Legende schon zu Lebzeiten

Vor 70 Jahren starb der Jagdflieger Hans-Joachim Marseille

Als Sohn eines Jagdfliegers des Ersten Weltkrieges und späteren Luftwaffengenerals war dem am 13. Dezember 1919 in Berlin-Charlottenburg geborenen Hans-Joachim Marseille die Fliegerei in die Wiege gelegt worden. Dass er aber schon zu Lebzeiten zu einer Jagdfliegerlegende werden würde, dürften hingegen am wenigsten seine Eltern vorausgesehen haben. Von schwacher körperlicher Kondition und in der Schule eher als unvernünftiges, wenn auch stets fröhliches, Problemkind verrufen, schien er für nichts weniger geeignet zu sein als für eine berufliche Laufbahn beim Militär. Doch Eltern und Lehrer sollten sich gründlich irren. Nachdem er die Schule mit dem Abiturzeugnis in der Tasche verlassen und die Pflichtzeit beim Reichsarbeitsdienst absolviert hat, kann sich Marseille im Frühjahr 1939 endlich seinen Traum erfüllen und Fliegeroffizier werden. Schon während der Ausbildung macht er sich als überdurchschnittlich begabter und passionierter Flieger einen Namen. Allerdings fällt er immer wieder durch riskante Flugmanöver und Verstöße gegen die Vorschriften auf. Doch sein fliegerisches Können sowie seine jugendliche Heiterkeit und Ausstrahlung machen es seinen Vorgesetzten und Kameraden schwer, ihm seine Disziplinlosigkeiten nachzutragen.

Im August 1940 kommt Marseille an die Front, wo ihm an der Kanalküste schon beim dritten Feindflug sein erster Luftsieg gelingt. Ein Jahr später wird er zum Jagdgeschwader 27 nach Afrika versetzt. Hier gelingen ihm am 22. November 1941 zum ersten Mal mehrere Luftsiege bei einem einzigen Einsatz. Von nun an reißt seine Erfolgsserie nicht mehr ab. Immer heller strahlt der „Stern von Afrika“, wie ihn die

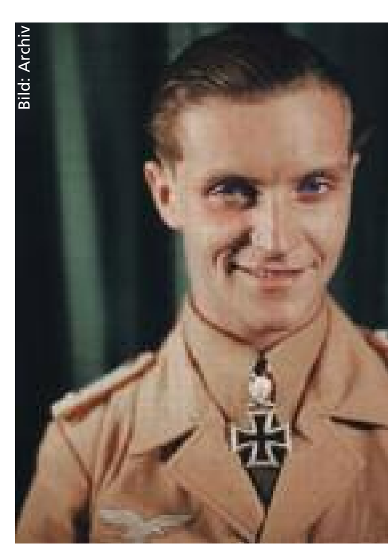


Bild: Archiv

Hans-Joachim Marseille

deutschen Soldaten und die Propaganda bald nennen. Einmalig ist Marseilles Taktik, aus der Überhöhung heraus anzugreifen, die Maschine abzufangen, mit letzter Motorkraft die Maschine für einen kurzen Augenblick gerade zu legen und dabei zu schießen, bevor er wegtrudelt. Im Urteil Adolf Gallands, General der Jagdflieger und selbst ein Flieger-As, macht ihn das zum „unerreichten Virtuosen unter den Jagdfliegern“.

Im Februar 1942 erzielt Marseille seinen 50. Abschuss und wird als erfolgreichster Pilot seines Geschwaders mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet. Vier Monate später erhält er das Eichenlaub, nachdem er 75 Gegner im Luftkampf besiegt hat, davon sechs innerhalb von nur elf Minuten. Knapp zwei Wochen später kann er 100 Abschüsse verbuchen und erhält die Schwerter, Anfang September die Brillanten. Am 24. September 1942 wird er im Alter von erst 22 Jahren zum jüngsten Hauptmann der Luftwaffe befördert. Seine Persönlichkeit, sein Können und seine Erfolge nötigen selbst seinen Gegnern Hochachtung ab. Am Ende kann Marseille 158 Luftsiege verbuchen, was ihn zum erfolgreichsten Jagdflieger auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz macht. Vom Feind unbesiegt, ereilt ihn am 30. September 1942 das Schicksal. Bei der Rückkehr von einem Feindflug fängt seine Me 109 durch einen technischen Defekt Feuer. Marseille dreht die Maschine auf den Rücken und steigt aus. Entsetzt beobachten die deutschen Soldaten am Boden, wie er gegen das Seitenleitwerk geschleudert wird, noch bevor er den Fallschirm öffnen kann. Als sie seinen Leichnam bergen, haben sie Tränen in den Augen. Der „Stern von Afrika“ ist erloschen. *Jan Heitmann*

Umzug nach Marienburg

Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen bewirkte eine Zäsur

Vor seiner Wahl zum Hochmeister war Siegfried von Feuchtwangen kaum hervorgetreten. Wir begegnen ihm zwar 1298 als Deutschmeister, aber bereits ein Jahr später war er „nur“ noch Komtur von Wien. Das legt die Vermutung nahe, dass bei der Wahl des Generalkapitels 1303 weniger seine Erfahrung und Bewährung im Amt als seine Verwandtschaft mit dem geachteten Vorgänger des Gottfried von Hohenlohe, Konrad von Feuchtwangen, entscheidend war.

Kaum in Elbing gewählt, begab sich Siegfried erst einmal in die Zentrale nach Venedig, um klarzustellen, wer der legitime Hochmeister des Deutschen Ordens ist. Dort blieb Siegfried auch die nächsten Jahre. 1307 jedoch führte der König von Frankreich einen vernichtenden Schlag gegen den Templerorden. Und niemand wusste, wer das nächste Opfer sein würde. Da schien es sicherer, seine eigene Zentrale fernab von Frankreich in einem eigenen Flächenstaat zu haben. Zudem eskalierte der Streit zwischen Venedig und dem Papst und der Deutsche Orden drohte zwischen die Fronten zu geraten. Siegfried verließ die Lagunenstadt und 1309 finden wir ihn in Wien, seiner alten Kommende. Noch im selben Jahr reiste er weiter nach Preußen, das noch im selben Jahr neuer Sitz des Hochmeisters wurde.

Innerhalb Preußens fiel die Wahl auf die Marienburg. In dem 1998 von Udo Arnold herausgegebenen Buch „Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190–1994“ heißt es zur Begründung der Wahl der Marienburg, es sei „nicht auszuschließen, daß Siegfried sie aus mehr persönlichen Motiven als Sitz erwählte, hatte sie doch Konrad von Feuchtwangen einst erbauen lassen“. 13 Jahre später schreibt Arnold: „Marienburgs Gründung ist dem Landmeister Konrad von Thierberg zuzuschreiben, nicht dem späteren Hochmeister Konrad von Feuchtwangen.“ Uwe Ziegler wiederum vertritt die Ansicht, dass die Marienburg bereits bei Baubeginn um 1279 für herausgehobene Aufgaben vorgesehen gewesen sei. Er verweist dazu auf die außerordentlich großzügige Anlage und auf den Namen. „Marienburg“ habe schon die Hauptburg des Deutschen Ordens im Burzenland geheißen. Dem gegenüber verweist Ulrich Nieß auf ein erst in der Hochmeisterzeit des Siegfried von Feuchtwangen entstandenes Argument für die Marienburg, wenn er schreibt: „Die Marienburg empfahl sich durch die geographische Nähe zu dem neugewonnenen Danzig.“

Es folgte ein Jahrhundert der Blüte

Wie Danzig gewonnen wurde, soll den Abschluss dieser kleinen informellen Reihe über die Hochmeister in der Frühzeit des Deutschordensstaates bilden. 1308 eskalierte der brandenburgisch-polnische Konflikt um Pomerellen zum Sundischen Krieg. In diesem besetzte der Deutsche Orden auf Wunsch des späteren polnischen Königs Herzog Wladyslaw IV. Danzig. Als der Herzog jedoch den vereinbarten Lohn schuldig blieb, blieb der Orden in Danzig und forderte den Piasten auf, ihm seine Ansprüche auf Pomerellen zu verkaufen. Als Wladyslaw das nicht tat, kaufte der Orden dem brandenburgischen Gegner dessen Ansprüche auf Pomerellen am 13. September 1309 im Vertrag von Soldin für 10 000 Silbermark ab und legitimierte damit seine Besetzung und Einverleibung Pomerellens.

Am darauffolgenden Tag zog der Hochmeister in seine neue Residenz ein, die Marienburg. Knapp zwei Jahre später verstarb der Hochmeister in seiner neuen Residenz an der Nogat, an der roten Ruhr.

Der Wechsel der Zentrale des Deutschen Ordens in den Deutschordensstaat stellte eine Zäsur dar. Es folgte ein Jahrhundert der Blüte, die 1410 mit der Schlacht von Tannenberg endete. *Manuel Ruoff*

Widerstand gegen den Euro leisten

Zu: „Wer zahlt denn die Zeche?“ (Nr. 37)

Die Bundesrepublik ist nach dem Grundgesetz als Demokratie konzipiert. Alle Staatsgewalt soll auf den mehrheitlichen Volkswillen zurückzuführen sein. Die politische Praxis weicht jedoch in wesentlichen Politikfeldern vom Demokratieprinzip ab. Konkret lässt sich dies am Beitritt der BRD zur Europäischen Währungsunion (EWU) nachweisen.

Vor der Bundestagswahl 1994 bewarben sich Politiker um ein Mandat mit der Versicherung, dass der Beitritt zur EWU nur erfolgen solle, wenn alle Beitrittsländer die vereinbarten Kriterien strikt erfüllen würden. Nach ihrer Wahl beschlossen sie den Beitritt, obwohl nur wenige Staaten die Kriterien erfüllten.

Für diese Entscheidung können sich die Volksvertreter nicht auf einen Wählerauftrag berufen. Auch in einer Demokratie sind Abgeordnete und Parteien an ihre Wahlversprechen gebunden. Die Währungsunion wurde den Deutschen aber nicht nur von ihren Volksvertretern aufgezwungen. Diese ließen sich trotz des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung von den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges in die von ihnen gewollte Währungsunion „zwingen“.

Ein Austritt wäre nur mit Zustimmung aller anderen Mitgliedsstaaten möglich. Aber, europäische Verträge sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Es ist gängige Praxis, sie bei Bedarf zu brechen.

Inzwischen ist die gegen wirtschaftswissenschaftliche Vernunft gegründete Währungsunion in einer Krise. Einige Mitgliedsstaaten stehen vor der Pleite und sollen mit dem Geld deutscher Steuerzahler gerettet werden. Wegen der Missachtung der grundgesetzlichen Ordnung beim Beitritt zur Währungsunion haben alle Deutschen nach Artikel 20 des Grundgesetzes das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Da die Einführung des Euro durch Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht nicht gestoppt werden konnte, ist der Weg für einen aktiven Widerstand frei. Das Volk kann entscheiden: Die Missachtung der grundgesetzlichen Ordnung akzeptieren oder Widerstand leisten.

Dieter Bliesener, Hamburg

Knopps liebster Zeitzeuge ist er selbst

Zu: „Volkspädagoge“ (Nr. 37)

Knopp promovierte 1975 an der Philosophischen Fakultät der Universität Würzburg mit einer Dissertation über die SPD und USPD zum Dr. phil. 1994 wurde er zum Professor ernannt. Laien mag seine Arbeit allein schon wegen seines Professortitels glaubwürdig erscheinen. Verliehen wurde das vermeintliche Siegel fachlicher Seriosität allerdings nicht für zeitgeschichtliche Forschungsarbeit, sondern für eine Lehrtätigkeit.

Der sich um die Wahrhaftigkeit bemühende Historiker Professor Dr. Werner Maser: „Guido Knopps Geschichtsdarstellungen folgt Oscar Wildes ironischem Rat, ‚lasst nie Fakten einer guten Story in die Quere kommen‘.“

Knopp wurde zum Direktor des neu geschaffenen journalistischen Instituts an der Gustav-Siewert-Akademie in Weilheim-Bierbronnen berufen. „Der theologisch-philosophische Hintergrund der Hochschule stimmt skeptisch“, meint „journalist“ im August 1994 mit Verweis auf Verbindungen der Hochschule zu Opus Dei. Knopp will von dem Weltanschauungshintergrund der Akademie nichts gewusst haben.

US-Publizist Walter Lippman sagte: „Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von nachfolgenden Generationen geglaubt wird, kann die Umerziehung als gelungen angesehen werden.“ In seinem „Welt“-Interview am 23. Oktober 2007 offenbarte sich Guido Knopp als Vollstrecker Lippmans. Der Professortitel lässt seine Tätigkeit als seriös und glaubwürdig erscheinen. Er erhielt ihn aber nicht für zeitgeschichtliche Forschungsarbeit, sondern für eine Lehrtätigkeit an der Gustav-Siewerth-Akademie in Weilheim, wo Knopp den Studenten vermittelt hat, wie man „historische Aspekte einem großen TV-Publikum nahe bringt“.

Vor zehn Jahren entfachte die Ausstellung über „Verbrechen der Wehrmacht“ eine hitzige Debatte in Deutschland. Nun liefert eine Dokumentarreihe weitere Fakten nach. „Welt online“ sprach mit ZDF-Chefhistoriker Knopp über neue Forschungserkenntnisse – und „seine eigene Zeitzeugenschaft“. Ist Knopp also Historiker? Dann wäre ein Reporter für Gesundheitsthemen ZDF-Chefarzt. Knopp ist Jahrgang 1948 und müsste im vorembryonalen Stadium „eigener Zeitzeuge“ von Wehrmachtsverbrechen gewesen sein! Ein Fall für das „Buch der Rekorde“ – oder besser noch für den Pannonicus in der *PAZ*.

Knopp wörtlich: „Ich glaube die Geschichte der Wehrmacht wird mit jedem Fortschritt der Wissenschaften in einigen Teilbereichen neu geschrieben. Es ist eine sehr wissenschaftliche Reihe.“ Und auch die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der Zeitzeugenaussagen beantwortete Knopp so: „Zum einen ist schon vor der Aufzeichnung eine Qualitätskontrolle da. Diejenigen, die dann ausgesucht werden, sind wirklich Leute, auf die man sich einlassen kann.“

Und der ZDF-Geschichtsexperte weiter: „Es muss alles stimmen, das ist unser öffentlich-rechtlicher Auftrag. Aber es muss auch aufbereitet sein für ein großes Publikum, das die Filme verstehen soll. Und dass wir international in der ersten Reihe der Geschichtsprogramme stehen, wird uns von unseren internationalen Partnern immer wieder gesagt. Die Emotion ist und bleibt der Schlüssel. Der emotionale Zugang zu solch schwierigen Themen ist ein probates Mittel, um im zweiten Schritt auch Wissen zu vermitteln. Wer sich aber emotional auf ein Thema einlässt, ist viel eher bereit, sich auch die Fakten anzuhören. Deswegen stellen wir neben die Emotion sehr konsequent auch die Information.“

Ein Beispiel für die erbärmliche Verlogenheit, mit der in den Knopp-Sendungen versucht wird, Emotionen hervorzurufen, ist das Folgende: Die Sendung über die Terrorangriffe der „Befreier“ auf die Zivilbevölkerung wurde eingeleitet mit der gezielten Lüge, sie seien die Folge des deutschen Luftangriffs auf die britische Stadt Coventry gewesen. Dabei war das genaue Gegenteil der Fall, wie sämtliche ausländischen und damit nicht der deutschen „Politischen Korrektheit“ unterworfenen, Historiker immer wieder betonen. Darunter sogar selbst die damaligen verantwortlichen britischen Befehlshaber der Royal Air Force!

Früher war Knopp das Aushängeschild für diese Umerziehermachwerke. Warum versteckt er sich nunmehr zwischen seinen Hilfswissenschaftlern? Weil nicht nur viele Deutsche sofort abschalten, wenn sie den Namen Knopp vernehmen!

Zwangsläufig wird man erinnert an die offene und ehrliche Aussage des englischen Deutschland-Korrespondenten Sefton Delmer am 9. Mai 1945 im Sender Calais: „Nun fangen wir erst richtig an. Wir werden diese Gräuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Besiegten annehmen, bis alles zerstört sein wird, bis sie beginnen, von sich aus das eigene Nest zu beschmutzen.“

Zu dem sich um Wahrhaftigkeit bemühenden Historikern zählt Professor Dr. Werner Maser. In seinem Werk „Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin“ widmet er ein ganzes Kapitel seinem Schüler Guido Knopp. Bei dessen Sendungen handele es sich um einen wüsten Zusammenschnitt von Originalaufnahmen, phantasievoll nachgestellten Szenen und Kurzinterviews angeblicher und tatsächlicher Zeitzeugen, ständig begleitet von der Stimme eines Kommentators, der ersichtlich bemüht ist, das Gezeigte nicht dem Urteil des Zuschauers zu überlassen, sondern im Geiste der von den Siegern nach 1945 verordneten Umerziehung der Deutschen zu interpretieren.“

Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. April 1998 bezeichnete die Sendereihe „Hitlers Helfer“ als unseriös und konstatierte: „Aufgeregt, zerschnipselt, verwirrt. Guido Knopps Reihe ‚Hitlers Helfer‘ hat mit ernsthafter Zeitgeschichte nichts mehr zu tun. Ein Video-Clip-Geraschel. Ein Fanal bedeutungsloser Anpassung an das Zeitgeistgespenst. Was wir sehen, ist der Untergang eines Genres. Und die Couch-Potatoes? Lachen sich schief über die wirre Anmache und greifen nach einem guten Zeitgeschichtsbuch.“

Für Knopp, der nicht der Geschichte, sondern dem Zeitgeist Tribut zolle – und da wird Maser konkret –, sei Hitler „nur ein Psychopath“, der sein „Selbstvertrauen“ als Junge verloren habe und ihm „als Mann hinterherlief“.

Knopp plant nun die Einrichtung einer privat finanzierten Stiftung nach dem Vorbild von Spielbergs „Shoa-Foundation“. Ein „ZDF-Jahrhundertbus“ soll von Ort zu Ort fahren und innerhalb von 17 Jahren 100 000 Interviews mit Zeitzeugen der Nazizeit und Holocaust-Überlebenden einholen, die digitalisiert gespeichert werden. Diese Meldung erschien 2004 im Internet. Wie alt dürften diese „Zeitzeugen“ dann sein?

Helmut Panzer, Locarno/Schweiz

Der Euro entzweit

Zu: „Den Deutschen reicht es“ (Nr. 38)

Ich bin es satt, immer diese Märchen zu hören, Europa würde scheitern, wenn der Euro scheitert. Durch ständige Wiederholung dieser Lüge soll diese wohl irgendwann zur Wahrheit werden, aber das ist verlogen: 50 Jahre lang hat Deutschland gut ohne den Euro gelebt und war wirtschaftlich genauso erfolgreich. Die Länder Europas haben ebenso friedlich zusammengelebt. Es gibt auch ohne Euro Reisefreiheit. (Es gibt sogar mit Grenzkontrollen Reisefreiheit, niemand wird am Grenzübertritt gehindert, nur, weil er seinen Pass vorzeigen muss.) Stattdessen werden uns von den Politikern Ammenmärchen erzählt.

Und letztlich wird es so sein, dass durch den Euro die Länder Europas mehr entzweit werden als ohne ihn. Eine famose Bilanz!

Jochen Reimar, Osnabrück

Knopp abschalten

Zu: „Handkolorierter ‚Weltenbrand‘“ (Nr. 37)

Knopp folgt in seinen Arbeiten offensichtlich dem ironischen Rat von Oscar Wilde, „lasst nie Fakten einer guten Story in die Quere kommen“. Ich selbst bin geschichtlich interessiert und bewandert, mache aber um Knopp schon lange einen großen Bogen, auch um die aktuelle Serie.

Professor Dr. Werner Maser, Deutschlands bedeutendster Hitler-Biograph und Doktorvater von Guido Knopp, hat in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ gesagt, hätte er gewusst, was aus Knopp wird, hätte er ihm nie die akademischen Weihen gegeben.

Was bleibt, ist die Frage nach seinem Nachfolger. Wie das Beispiel Guido Knopp gezeigt hat, muss er kein ausgewiesener Historiker sein, so lange seine Geschichtsvorstellung nur „politisch korrekt“ ist. Armes Deutschland!

Rolf Bürgel, Darmstadt

Das Ende des ZDF-Geschichtslehrers: Guido Knopp Bild: ZDF, Kerstin Bänsch

Mundtot gemacht

Zu: „Zu viel Profil für die CDU“, (Nr. 37)

Und wieder ist eine der wenigen in der CDU verbliebenen konservativen Stimmen über die Wupper (oder passender: die Havel) befördert worden – diesmal wohl nicht von Frau Merkel, oder vielleicht doch?

Brandenburgs CDU-Landeschefin Saskia Ludwig hat der märkischen Politik gut getan, sprach sie doch unverblümt Themen an, die viele Bürger bewegen, die jedoch aus heutigen Politikerkreisen ob der zur Räson gewordenen politischen Korrektheit kaum noch zu vernehmen waren. Auch wenn sie zuweilen zuspitzte, was für den Bürger beim sonst weithin gängigen nebulösen Politikersprech ganz erfrischend sein konnte – in jeder ihrer Positionen dürfte ein wahrer Kern stecken, weshalb es gelohnt hätte, über die Inhalte zu streiten, statt Frau Ludwig kaltzustellen, weil sie in den „falschen“ Zeitungen publizierte. Es sollte doch in einer Demokratie selbstverständlich sein, dass konservative Meinungen auch in konservativen Zeitungen stehen; bislang gab es jedenfalls keine mediale Aufregung, wenn zum Beispiel ein Vertreter der Linkspartei im „Neuen Deutschland“ seine Meinung kundtat.

Das Verhalten der Massenmedien sowie der „Parteifreunde“ Saskia Ludwigs geben ihr letztendlich recht. Das Bestreben derer, die ihr Fähnlein in jeden Wind hängen, um bei den nächsten Wahlen wieder an die Fleischtöpfe der Macht zu gelangen, setzte sich wieder einmal gegen das aufrechte Eintreten für eine Sache und die Verteidigung der Meinungsfreiheit durch – ein ziemlich unpreußischer Zug im preußischen Kernland!

René Jäck, Bad Belzig

Knopp-Schmarren

Zu: „Handkolorierter ‚Weltenbrand‘“ (Nr. 37)

„Mein Publikum sind Fernsehzuschauer ohne allzu großes historisches Wissen.“ Sehr richtig, Herr Knopp! Und exakt diese Klientel ist es, die sich sonst jeden politisch korrekten Schmarren zum Fraß vorsetzen lässt. Der selbstbestimmte, sich der Gehirnwäsche entziehende Bürger und TV-Konsument jedoch betätigt den roten Knopf. So auch im bodenständigen Appenzellerland.

Vincenz Oertle, Gais/Schweiz

Hauptmanns Grab

Zu: „Auf deutschen Spuren im Riesengebirge“ (Nr. 34)

Bei einem Besuch auf Hiddensee kann man das Gerhard-Hauptmann-Haus und sein Grab auf dem Klosterfriedhof von Vitte besichtigen. Im Haus sind sein Arbeitszimmer, persönliche Ehrungen sowie Erinnerungsstücke zu besichtigen. Auf Hiddensee hat er mit seiner Frau gelebt und meines Wissens auf seinen eigenen Wunsch hin schließlich auch seine letzte Ruhestätte gefunden.

Walter Rentrop, Marsberg

Wohlstand ist besser ohne EU und Euro zu erreichen

Zu: „Den Deutschen reicht es“ (Nr. 38)

Ich stimme dem Beitrag voll und ganz zu: Den Deutschen reicht es! Natürlich bin auch ich für ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben der Völker Europas, besonders nach zwei barbarischen Weltkriegen, die den geschundenen Kontinent schwer verwüstet und zerfetzt haben. Die Gründungsväter der Europäischen Union hatten sicherlich die besten Absichten gehabt, als sie damit begannen, die europäische Einheit zu formen.

Ich denke aber, dass diese Idee aus dem Rahmen gelaufen ist. Es ist einfach nicht machbar. Man kann nicht nach dem Beispiel der USA eine Art „Vereinigte Staaten von Europa“ schaffen, noch dazu mit einer gemeinsamen Währung. Die USA wurden im Laufe mehrerer Generationen von Menschen aus vielen Staaten besiedelt, vorher gab es dort nur die Indianer.

In Europa aber existieren seit 1000 und noch mehr Jahren viele entwickelte Nationalstaaten mit verschiedenen Volkswirtschaften unterschiedlicher Kulturen und Mentalitäten sowie verschiedenen politischen Interessen. Da kann man nicht dem Ganzen eine überstaatliche Superbehörde überstülpen, die alle Länder der EU dirigiert und fremdbestimmt die nationalen Parlamente und Regierungen schrittweise entmachtet.

Wieso sollen wir uns von Brüssel und Straßburg gängeln lassen und uns sinnlose Regelungen wie zum Beispiel das Verbot der Glühlampen gefallen lassen? Jeder weiß doch, dass die Energiesparlampen wegen des Quecksilberanteils giftig sind. Und was nun das Geld betrifft: Deutschland zahlt Jahr für Jahr 40 Prozent des EU-Haushalts, hinzu kommen jetzt Hunderte Milliarden für die Rettung der Gemeinschaftswährung und wirtschaftlich maroder EU-Länder. Das ist fürwahr ein Fass ohne Boden.

Deutschland zahlt sich dumm und dämlich getreu der Kanzlerin-Devise, „wir retten den Euro, koste es, was es wolle“. Und es kostet eine Menge, nämlich unser Geld. Und der Erfolg ist gleich Null. Wieso sollen wir auf lange Sicht die Schulden anderer EU-Länder bezahlen? Die Frage wird sein, wie sehr Deutschland immer mehr finanziell ausbluten wird. Und die Reisefreiheit im grenzenlosen Europa nutzen vor allem osteuropäische Banden, die unsere Grenzregionen ausplündern.

Ich denke, ohne EU und Euro würde Deutschland ein Land sein, in dem alle Deutschen in Wohlstand leben würden.

Bernhard Ax, Halle-Neustadt

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt



Nr. 39 – 29. September 2012

Bevorstehende Wahl macht's möglich

Königsbergs Bürgermeister zeigt wohlwollendes Interesse an der Wiedererrichtung der Luisenrotunde im Park Luisenwahl

Seit gut zwei Jahren setzt sich eine Gruppe engagierter Königsberger für die Wiedererrichtung der Luisenrotunde im Park Luisenwahl ein. Spärliche Spendeneingänge und fehlendes Interesse der breiten Öffentlichkeit schienen das Projekt scheitern zu lassen. Kurz vor der Bürgermeisterwahl bekundet nun jedoch Bürgermeister Alexander Jaroschuk sein Interesse an der Initiative.

Ein halbes Jahr ist vergangen, in dem Spenden für den Wiederaufbau des Luisen-Denkmals im Park Luisenwahl gesammelt wurden. Am Eingang zum Park war eine Spendendose angebracht worden, in die Spaziergänger Geld hineinwerfen konnten. Immerhin gingen umgerechnet knapp 1800 Euro auf diese Weise ein, zu wenig, um damit die auf umgerechnet knapp 90000 Euro geschätzten Rekonstruktionsarbeiten zu schultern. Im März 2011 hatte das Museum Friedländer Tor eine Präsentation des Projekts der Wiederherstellung des Architektur-Denkmals erarbeitet und der Öffentlichkeit eine aus Kunststoff hergestellte Kopie der Luisen-Büste gezeigt. Sie war von einer St. Petersburger Meisterwerkstatt für Rekonstruktionen nach einer Gipskopie hergestellt worden, die deutsche Sponsoren finanziert hatten. Zurzeit befinden sich die Überreste der Halbrotunde in unansehnlichem Zustand. Sie wurden mit Zement geflickt und mit bunter Farbe angestrichen.

Eine Gruppe engagierter Bürger, die am Erhalt des noch vorhandenen Erbes der Stadt interessiert ist, hat nun, kurz vor der Bürgermeisterwahl, darauf gesetzt, die Politiker direkt auf das Problem der Luisenrotunde anzusprechen. Sie lud Vertreter der Stadtverwaltung zu einem Treffen im Park ein, damit diese sich selbst ein Bild von der Lage machen konnten. Gleichzeitig wollten sie die Gelegenheit nutzen, mit den Politikern zu diskutieren. Stadtoberhaupt Alexander Jaroschuk und sein für Grundstücks- und Eigentumsfragen zuständiger Stellvertreter Alexander Sujew nahmen an der lebhaften Debatte teil.

> Jaroschuk diskutierte vor Ort mit der Initiative

Die Soziologin Anna Karpenko verlangte als Sprecherin der Gruppe von den Politikern, das Rekonstruktionsprojekt zu einem städtischen zu erheben. Bei dem Treffen ging es auch um die Einrichtung eines zusammenhängenden Architektur- und Parkkomplexes zum Gedenken an Königin Luise. Damit dieser auch zur Geltung kommen kann, müsste zunächst das zwischen der Halbrotunde und der heute als Puppentheater genutzten Luisenkirche liegende Café beseitigt werden, weil es die Sicht auf die Halbrotunde verdeckt. Dieses Thema nahm einen Großteil der Diskussion in Anspruch, bevor man sich im zweiten Schritt Gedanken über die Finanzierung des Wiederaufbaus machte.

Alexander Sujew vertrat Bürgermeister Jaroschuk, der erst später dazustieß, erfolgreich. Er parierte jeden verbalen Angriff und bewies, dass er sich gut auf das Treffen vorbereitet hatte. Mit Hinweisen auf die Gesetzeslage und die juristische Praxis fegte er die meisten Argumente seiner Gesprächspartner beiseite. Als Spezialist für Grundstücks- und Eigentumsfragen verwies er darauf, dass zwischen dem Betreiber des Cafés und der Stadt ein rechtsgültiger Pachtvertrag existiert. Zwar laufe dieser im kommenden Jahr aus, doch sei die Stadt verpflichtet, ihn zu verlängern, da die Stadt dem Café-Betreiber keinen Ersatzort in gleichwertiger Lage anbieten könne.



Vor der Rotunde: Bürgermeister Jaroschuk im Gespräch mit Bürgern Bild: Tschernyschew

Darüber hinaus kritisierte Sujew die Höhe der Kosten für den Wiederaufbau, zumal die Stadt für das Geld gemäß den gegenwärtigen Planungen nur eine Luisen-Büste aus Kunststein erhielte. Wenn man schon so viel Geld ausgeben wolle, so der Einwand des Politikers, dann müsse die Figur auch schon aus echtem Stein sein, sonst entstünde ein Ungleichgewicht.

Der hinzugekommene Bürgermeister gab dann dem Gespräch eine positive Wendung. Er erklärte, dass er den Park auch nicht in dem Zustand sehen möchte, in dem er heute ist. Er bejahte nicht nur die Idee der Versammelten, dass der Park nicht nur der Erholung dienen solle, sondern auch ein kulturelles und historisches Zentrum der Stadt sein müsse. Vielmehr legte er mit Pathos seine Vorstellung von der Zukunft des Parks dar: Er möchte gepflegte Blumenbeete, ein ansprechendes Landschaftsdesign, kleine Kioske und Bänke, Fontänen und darüber hinaus neben dem Luisendenkmal noch weitere Büsten bedeutender Persönlichkeiten der Geschichte sehen.

In Bezug auf das Café äußerte der Bürgermeister die Idee, mit dem Betreiber darüber zu verhandeln, es an einem anderen Ort aufzubauen, den er dann selbst gestalten könne. Jaroschuk riet der Initiativgruppe, ihr Engagement für die Gewinnung potenzieller Investoren noch zu verstärken. Bei ausreichenden finanziellen Mitteln und guter Koordination der Arbeiten könnte die Luisenrotunde innerhalb eines Jahres wiedererstehen.

Jurij Tschernyschew

Vielleicht die letzte Chance

Das heruntergekommene Haus Nummer 2 an Allensteins Kopernikusplatz hat einen neuen Besitzer

Das Haus Nummer 2 am Allensteiner Kopernikusplatz ist für zweieinhalb Millionen Zloty (rund 60000 Euro) in den Besitz von Fortlofty übergegangen. Dieses in Pruszków in der Woiwodschaft Masowien sitzenden Unternehmens hat viel Erfahrung beim Umwandeln renovierungsbedürftiger Bausubstanz in Wohn- und Büroflächen, arbeitet in Allenstein bereits an einem ähnlichen Bauprojekt und hat den Willen bekundet, in seinem neuen Besitz nach einer sorgfältigen Restaurierung Büros einzurichten.

Der Kopernikus-Platz in Allenstein gehörte einst zu den schönsten Flecken in der Stadt. Umrahmt von beeindruckenden Jugendstilhäusern und mit einer Grünanlage in seiner Mitte bildete er einen der beliebtesten Orte der Kreisstadt. Nach dem Krieg behielt er seinen Charakter, obwohl eine seiner Zeilen mit einem einfachen Wohnblock ohne jeglichen künstlerischen Wert ausgefüllt und eine andere mit einem tristen Gewerbegebäude bebaut wurde. Wenigstens blieben dort zwei weitere Gebäude relativ unversehrt und bestachen durch ihre prunkvollen und zum Teil geheimnisvoll wirkenden Verzierungen.

Eines dieser Häuser, das ursprünglich die Nummer 2 trug und heute mit einer Fünf beschildert ist, hielt man lange Zeit durch seine Stattlichkeit für besonders widerstandsfähig. Mit der Zeit erwies sich aber, dass es ebenfalls seinem Ruin entgegenzugehen scheint.



Hat schon einmal bessere Zeiten erlebt: Kopernikusplatz Nr. 2 Bild: Supady

Der Hauptverantwortliche ist der Vorgänger des jetzigen Besitzers, ein bekannter örtlicher Unternehmer, dem es gelang, durch eine Allenstein mit Warschau verbindende Buslinie ziemlich vermögend zu werden. Die auf diese Art und Weise erwirtschafteten Einkünfte investierte er dann in Immobilien, so dass er 2006 unter anderem dieses Gebäude erwerben konnte. Dabei wurde er von der Kommunalbehörde verpflichtet, dessen bevorstehende Sanierung unter Einhaltung aller Vorschriften der Denkmalpflege durchzuführen. Anfangs gingen entsprechende Umbau- und Restaurationsarbeiten auch tatsächlich rasch voran, aber dann gerieten sie ins Stocken. Schwierigkeiten ergaben sich aus zweierlei Gründen: Zum einen wurden einige Räume unsachgemäß restauriert. Zum anderen wurde bei der Sanierung in unverantwortlicher Weise gespart, da dem Besitzer die Gelder ausgingen. An dem unbewohnten Haus wurde kaum noch etwas gemacht, im Winter blieb es unbeheizt und über die Jahre verwandelte es sich in ein Dornröschenschloss mitten im Stadtzentrum. Unter dem Druck vieler durch diesen Sachverhalt beunruhigter Stadtbewohner beschlossen die Stadtväter und -mütter, das Gebäude von seinem offenkundig überforderten Besitzer zurückzukaufen. Allerdings forderte der Besitzer mehr, als die Stadt bereit beziehungsweise in der Lage war zu zahlen. Die ganze Sache glich dem Gordischen Knoten.

Anfang dieses Jahres kam dann wieder Bewegung in die Sache. Der Syndikus verordnete nämlich einen Zwangsverkauf. Als einziger Kaufinteressierter meldete sich wider jedes Erwarten der gerade mündig gewordene Sohn des bisherigen Besitzers. Da ernsthafte Zweifel an der Seriosität der Motive dieses Mannes aufkamen, wurde die Transaktion gestoppt und eine neue öffentliche Versteigerung angekündigt. Im März dieses Jahres wurde sie durchgeführt. Ein Unternehmer aus dem pommerschen Stolp erhielt mit von ihm gebotenen dreieinhalb Millionen Zloty (etwa 85000 Euro) den Zuschlag. Plötzlich verzichtete er jedoch auf den Kauf, wodurch er folglich die Kaution in Höhe von 100000 Zloty (zirka 2400 Euro) verlor. Somit war das von vielen so ersehnte Geschäft wiederum auf einem toten Gleis. Vergangenen Monat bekam das Jugendstilmiethaus nun endlich mit Fortlofty seinen aktuellen Besitzer.

> Nach eingehender Restaurierung sollen Büros in das Haus

Die Geschichte des Hauses reicht bis in die Anfänge des vorigen Jahrhunderts zurück. Nach seiner Errichtung im Jahr 1905 diente es zunächst als Mietwohnhaus für wohlhabende Stadtbürger Allensteins, darunter Richard Fuchs, der große Gärtnereien um Allenstein betrieb, sowie der Regierungspräsident Wilhelm von Hegel, Urenkel des großen deutschen Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Nach Flucht und Vertreibung zog die kommunistische Polnische Arbeiterpartei ein. Dann übernahmen es verschiedene staatliche Unternehmen, später eine Mittelschule für Krankenschwester, bis es 1962 zum Sitz des Ermländischen Priesterseminars Hosianum wurde. Nach der Errichtung eines neuen Gebäudes für das Hosianum außerhalb des Stadtkerns wurde das Gebäude an die aus Lodz stammende Versicherungsanstalt Westa-Life veräußert, die kurz darauf ganz unerwartet zahlungsunfähig und liquidiert wurde. Nach einer Warschauer Bank, die das Haus mit der Absicht kaufte, Büroflächen für den Eigenbedarf zu gewinnen, landete das Haus schließlich in den Händen des besagten Busunternehmens, bevor es nun hoffentlich im Besitz von Fortlofty einen zweiten Frühling erleben wird.

Grzegorz Supady



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es hat sich wieder viel getan, unsere Familiengemeinde hat sich sehr rege an den oft schwierigen Fragen beteiligt und versucht, Lösungen zu finden oder jedenfalls auf mögliche Wege hinzuweisen. Beginnen möchte ich mit dem Schreiben von Frau **Ute Eichler** aus Hamburg, die wieder einmal erfreut über die schnelle Beantwortung ihrer Fragen war, die sich diesmal auf ihre in der *PAZ* Nr. 34 gestellten Suchwünsche bezogen. Die für das Lötzener Heimatarchiv und die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen Verantwortliche erwartet in diesen Tagen drei polnische Wissenschaftler von der Universität Bialystok zu intensiven Arbeitsbesprechungen in Neumünster. Für die Forschungsaufgaben der beiden Archäologen und des Historikers war Frau Eichler die Brücke zu Zeitzeugen aus unserer Leserschaft, denn vor allem von ihnen konnten die Fragen beantwortet werden. Ute Eichler schreibt:

„Nach der Veröffentlichung meiner Suchwünsche gab es – wie es wohl die Regel bei der aufmerksamen Leserschaft der Ostpreußischen Familie ist – prompte Reaktionen. Auf die Fragestellung nach Erinnerungen an das Leben der deutschen Bevölkerung zwischen 1945 und 1949 in Lötzen meldete sich allerdings nur eine Leserin, die bereit ist, ihre Erfahrung aus dieser Zeit einem polnischen Historiker mitzuteilen. Eine weitere Frage war die nach den Beständen der Vaterländischen Gedenkhalle in Lötzen, an die sich ehemalige Besucher erinnern konnten. Hier war es Herr **Heinz Czallner** aus Frankfurt am Main, der sofort in seiner großen historischen Postkartensammlung nachsah und seine Hilfe anbot. Eine sehr schöne historische Ansicht des Heldenfriedhofs am Schwenzaitsee schickte Frau **Ingetraut St.** aus Elsnigk. Herr **Friedrich-Karl M.** aus Detmold war der erste, der mir die Zusendung von Material zum Thema Denkmale und Friedhöfe für Gefallene des Ersten Weltkrieges in Stadt und Land Lötzen in Aussicht stellte und es dann auch prompt zusandte. Ihm verdanke ich den wichtigen Hinweis auf Veröffentlichungen in der damaligen Presse, beispielsweise in der ‚Königsberger Hartungschen Zeitung‘ über die Einweihung granitener Ehrentafeln am 18. September 1921 in der Kirche zu Orlowen. Der Redakteur des Lötzener Heimatbriefes, Herr **Hans-Werner Erdt**, besaß in seinem Bestand von bisher unveröffentlichtem Material noch zwei Aufsätze, die ebenfalls ein wichtiger Beitrag zu diesem Thema sind. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, noch weitere Erinnerungsbruchstücke zusammenzutragen, wenn ich ergänze, dass die polnische Archäologin **Małgorzata Karczewska** genau wissen möchte, woraus die Umzäunungen der Friedhöfe bestanden. Waren es Hecken, Holzzäune, Steinmauern? Näheres möchte sie auch über die Gedenksteine, -tafeln, -kreuze wissen. Sie sehen, jedes Detail interessiert.“

Bild: privat

Vaterländische Gedenkhalle
der Stadt Lötzen und der Feste Boyen
im Schloß

1. Vorgeschichtliche Sammlung
Funde aus der Stein- und Bronzezeit
Gräberfeld aus der Eisenzeit an der Kullabrücke

2. Ehrenhalle
mit Bildern und Aussprüchen der Fürsten und großen Heerführer

3. Kriegsgeschichtliche Sammlung
mit Erinnerungen an die Kämpfe um Lötzen; Bilder aus dem zerstörten Masuren

4. Heimatkundliche Sammlung

Täglich geöffnet von 9–12 Uhr vormittags und 2–5 Uhr nachmittags

Eintritt 50 Pf. Militär und Kinder 25 Pf.
Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung

Aus einem Masuren-Reiseführer von 1927

Soweit die E-Mail von Frau Eichler, die nun hofft, weitere Informationen aus unserem Leserkreis zu erhalten. Vielleicht kann sie diese direkt an die polnischen Wissenschaftler weitergeben, wenn diese noch in Neumünster weilen sollten. (Ute Eichler, Bilenbarg 69 in 22397 Hamburg, Telefon 040/6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de)

Bei Herrn Czallner möchte ich mich übrigens noch persönlich bedanken. Er besitzt anscheinend einen unsichtbaren Geigerzähler für ostpreußisches Kulturgut, von dem ich dann auch profitiere. Eine bibliophile Kostbarkeit entdeckte er jetzt auf einem Antikmarkt und sandte sie uns zu. Dass ich sehr erstaunt und noch mehr erfreut war, kann man verstehen, denn es handelt sich um einen in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts bei der Hartungschen Zeitung und Verlagsdruckerei in Königsberg erschienenen Band „Ostpreußisches Lachen“ von **Hermann Bink**. Nun kannte ich den Autor und seinen Bruder **Karl** Bink noch persönlich, weil ich auf dessen „Niederpreußischen Bühne“ in meinen eigenen Stücken gespielt hatte, und so las ich die mundartlichen Gedichte und Histörchen mit innigem Vergnügen. Das Büchlein trägt den Untertitel „Königsberger Marzipan und andere heimatliche Leckereien heiteren Inhalts“, und eine davon bezieht sich auf unsere heimische Spezialität. Sie ist so köstlich, dass ich sie unserer Leserschaft nicht vorenthalten kann. Deshalb habe sie für die „Weihnachtsfamilie“ vorgemerkt. Aber Herrn Czallner möchte ich jetzt schon danken für dieses herrliche Fundstück!

Das Bild über dem Schreibtisch im Büro des Königsberger Lederkaufmanns **Albert Kremp** in der Altstädtischen Bergstraße, das eine der sieben Pregelbrücken zeigt, hat trotz seiner Unschärfe Herrn Dr. **Klein** aus Schwörstadt veranlasst, über hundert Brückenbilder genau zu betrachten, um das Motiv bestimmen zu können. Das ist schwierig, zumal die Aufnahmen aus einem über 30 Jahre dauernden Zeitraum stammen, in dem sich die Baustruktur mit Sicherheit verändert hat. Nach einigem Hin und Her glaubt Herr Dr. Klein doch, dass es sich – wie ich auch vermutete – um die Schmiedebrücke handeln müsste, da das Bild nach dem hellen Gebäude eine dunkle „Spitze“ zeigt, wie sie auch in einer alten Aufnahme aus seiner Sammlung zu erkennen ist. Diese weist das Motiv als „Königsberg i. Pr. – Pregel-Partie mit Schmiedebrücke“ aus, die unterhalb der Altstädtischen Bergstraße lag. Wollen mal sehen, ob diese Spur zu einem befriedigenden Ergebnis führt.

Frage – Antwort – Frage: Das Rotationsprinzip unserer Ostpreußischen Familie zeigt sich in vielen Zuschriften, wie in dem mehrere Themen aufgreifenden Schreiben von Herrn **Friedrich-Karl Meller** aus Detmold. Zuerst möchte ich mich bei ihm für die nette Anrede bedanken, denn „liebe bemutternde Betreuerin der Ostpreußischen Familie“ wurde ich noch nie genannt, und das lasse ich mir gerne gefallen. Herr Meller geht in seinem Schreiben zuerst auf die Fragen zu Alt-Lappienen ein, die von Herrn Prof. **Hertel** gestellt wurden, und weist auf einen Namensfehler hin, den er korrigieren konnte. In der Folge 27 wurde ein Lappiener Familienname mit „**Suttkus**“ angegeben, es handelt sich aber um den Namen „**Luttkus**“ wie ein Auszug aus dem „Niekammer“, dem Güterverzeichnis von 1932, beweist, den Herr Meller zur Übermittlung an Herrn Prof. Hertel seinem Schreiben beilegte. Zu dem Foto aus einem Internierungslager in Dänemark in Folge 22, das entweder in Oksböl oder in Silkeborg aufgenommen wurde, meinte Herr Meller, dass es nicht das erstgenannte Lager sein könnte, denn dort war er mit seiner Familie interniert. Und zu Oksböl richtet sich auch seine Frage, die sich vor allem an ehemalige Mitinsassen wendet. Es geht um den von **Veit Harlan** gedrehten Film „Immensee“, der in dem Lager etwa 30-mal aufgeführt wurde und somit von fast 25 000 Zuschauern gesehen wurde. Herr Meller schreibt: „Mein Gedächtnis sagt mir, dass in Zusammenhang mit diesem Film ein Wettbewerb ausgeschrieben wurde. Ein Gewinner war Studienrat **Hans Heine** mit der Vertonung des Gedichts ‚Meine Mutter hat's gewollt‘ aus der Storm-Novelle. Mein Vater **Fritz Meller**, *1895, †1961, leitete damals einen der Chöre und hatte somit mit der Uraufführung zu tun. In den ‚Deutschen Nachrichten für deutsche Flüchtlinge in Dänemark‘ wird in Nr. 46 vom 9. Dezember 1946 über **Max Seeboth** und Hans Heine als ‚neue viel beachtete Komponisten‘ berichtet, letzterer mit dem Storm-Lied und dem heiteren Schätzellied. Ich habe damals als Elfjähriger die Uraufführung miterlebt und das hat mich stark beeindruckt. Ich muss das Storm-Lied mehrfach gehört haben, die Melodie hat sich fest ins Gedächtnis geschrieben. Leider finde ich in den hinterlassenen Noten meines Vaters den Chorsatz nicht, bin aber natürlich interessiert, ihn zu besitzen. Meine Hoffnung ist nun, dass frühere Chormitglieder oder deren Nachkommen dieses Notenblatt in ihrem Familienarchiv bewahrt haben. Über eine Kopie des Chorsatzes – oder aller Einzelstimmen – würde ich mich sehr freuen!“

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Soweit der Wunsch von Herrn Meller, dessen Bemühungen um diese Heine-Komposition bisher vergeblich waren. Eine Anfrage bei der Musikabteilung der Staatsbibliothek in Berlin wurde negativ beschieden und eine weitere bei der Schulleitung der Berliner Humboldt-Oberschule, zu deren Lehrkörper Heine wahrscheinlich gehörte, blieb sogar unbeantwortet. Ein Teil der Schüler und Lehrer waren damals in Öksböl interniert. Für uns Ostpreußen ist aber das ebenfalls von Heine vertonte „Schätzellied“ interessant, denn der Text stammt von dem Königsberger **Walter Scheffler**, der zusammen mit **Agnes Miegel** in das dänische Lager kam. Sie wurde Trauzeugin, als der Mittsechziger sein „Schätzel“, seine langjährige, treue Lebensgefährtin, im Lager heiratete. Der Dichter selber hat die Vertonung nicht hören können, er war seit seinem 16. Lebensjahr taub. Herr Meller ist noch im Besitz des Schefflerliedes. (Friedrich-Carl Meller, Matthias-Claudius-Weg 7 in 32756 Detmold, Telefon 05231/67797.)

Wenn man Freude bringen oder vermitteln kann, ist das eine unserer schönsten Aufgaben. Und so erfülle ich gerne den Wunsch unseres Lesers **Ditmar Hinz** aus Berlin, der einer lieben Brief- und Heimatfreundin aus Königsberg zu deren 85. Geburtstag eine freudige Überraschung bereiten will. Dieses stolze Alter erreicht **Margot Lange** aus Buxtehude am 2. Oktober, und deshalb ist dies die letzte Möglichkeit, ihre ehemaligen Mitschülerinnen über den Termin zu informieren. „Als sie uns unlängst alle 35 Schülerinnen ihrer 8. Klasse als Ergebnis ihrer Nachtgedanken mit Familien- und Vornamen auflistete, kam mir die Idee, in der Ostpreußischen Familie nach diesen zu suchen“, schreibt Herr Hinz. Die heutige Seniorin hieß damals Margot **Neumann**. Es handelt sich um das Schuljahr 1941/42 in der Hippelschule, Stägemannstraße 56, unter Rektor **Steinger**. Die Mädchenklasse wurde im März 1942 wegen militärischer Belegung in der Johanna-Ambrosius-Schule, Luisenstraße, entlassen. Es ist natürlich fraglich, ob und wie viele ehemalige Mitschülerinnen von Margot Neumann diese Zeilen lesen, aber die Familie Hinz konnte bereits vor einiger Zeit der Königsbergerin helfen, ihre Jugendfreundin **Ellen** wiederzufinden. Das berechtigt natürlich zu der Hoffnung, dass sich einige der ehemaligen Mitschülerinnen bei Margot melden, um ihr zu gratulieren. Das würde der tapferen Ostpreußin gut tun, die nach einer bitteren Kindheit das Schlimmste während der Vertreibung durchmachen musste. Ihre Adresse: Margot Lange, Braunschweiger Straße 2 in 21614 Buxtehude, Telefon (04161) 3011168.

Eure



Ruth Geede

Irmgard Funk stand Modell für das Kaskaden-Mädchen

Das Rätsel um die Bronzefigur am Königsberger Schlossteich ist teilweise gelöst

Ich freue mich auf Hinweise“ – so hatte ich geschrieben und damit die erhofften Zuschriften zu der in Folge 36 gezeigten Bronzefigur in den Kaskaden am Königsberger Schlossteich gemeint. Ein Leser hatte gefragt, ob sie 1933 als „entartete Kunst“ entfernt worden sei, und wollte ferner wissen, welcher Künstler die schmale „Mädchenfigur“ geschaffen hatte. Als solche hatte ich sie auch in meinem Archiv gesucht, weil sie allgemein so bezeichnet wurde, aber ich war nicht fündig geworden und hatte deshalb unsere Leserschaft bemüht. Als dann die ersten Erklärungen kamen und der Künstler einwandfrei feststand, zog ich noch einmal Mühlpfords „Königsberger Skulpturen und ihre Meister“ zu Rate und siehe da, diesmal fand ich den die Plastik betreffenden Vermerk, wenn auch anders, als ich gedacht hatte. Da noch weitere Zuschriften kamen, die zu neuen Erkenntnissen – aber auch Zweifeln! – führten, muss ich nun dieses interessante Thema aus der Familien-Kolumne ausgliedern und ihm diesen Extraplatz einräumen.

Also vorweg: Geschaffen wurde die Bronzefigur in den Königsberger Kaskaden von dem Bildhauer **Hermann Brachert**, der das ostpreußische Kunstschaffen in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mit einer Fülle von Arbeiten bereichert hat. Unter den bei Mühlpfordt aufgeführten 37 Werken steht unter der Nr. 26 dieser Vermerk: „Kinderfigur. Bronze. Um 1930. Standort: Kaskaden am nordlichen Schlossteich. Schicksal: Wurde nach 1933 als entartete Kunst entfernt. Weiteres Schicksal unbekannt“. So oder ähnlich lauteten auch die meisten Zuschriften, die aber schon in Bezug auf das Entstehungsjahr auseinander drifteten (1927 oder 1930) und die unterschiedlichsten Aussagen über die Entfernung enthielten. Vor allem werden in zwei Mitteilungen sehr genaue Angaben gemacht, weil hier die eigenen Erinnerungen eine Rolle spielen. Im Falle unseres Lesers **Reinhard Tollkühn** aus Neumünster sogar eine Hauptrolle, denn er schreibt:

„Den Bericht habe ich mit großem Interesse gelesen und kann über das Mädchenstandbild bei den Kaskaden etwas aussagen, weil meine Mutter und Tante (Familie **Braag**), die in der Grolmannstraße 6 wohnten, dazu viel erzählt haben. Von meinen Verwandten wurden ähnliche Aussagen wie das in Folge 36 abgebildete Foto gemacht, diese sind mir bekannt und namentlich beschriftet. So kann ich auch über das Mädchen, das dem Bildhauer Brachert Modell gestanden hat, etwas aussagen. Es handelt sich um die Königsbergerin **Irmgard Funk**, die etwa 1923 geboren wurde und noch drei weitere Geschwister hatte. Da mein Großvater und der Vater dieses Mädchens bei der Stadt Königsberg beschäftigt und damit Arbeitskollegen waren, dazu noch die Familie Funk in dem Nachbarhaus Grolmannstraße 10 gewohnt hat, weiß ich das so genau. Aus den Fotos meiner Verwandten geht hervor, dass die Entfernung der Figur sehr viel später erfolgt sein muss, denn meine Cousine wurde erst 1941 geboren und die Aufnahmen mit ihr und der Bronzefigur wurden also noch später gemacht.“



Die verkommenen Kaskaden sollen restauriert werden Bild: Pekrul

Das bestätigt auch Herr **Walter Perkuhn** aus Oldenburg in seinem Schreiben: „Meine Großeltern und meine Tante wohnten in Königsberg, Hintertragheim 58, und ich war oft bei ihnen, denn als Fahrschüler blieb mir reichlich Zeit bis zum nächsten Zug. So bin ich auch in den Kriegsjahren immer wieder an den Kaskaden gewesen und habe dort die Figur gesehen. Insofern kann der Hinweis auf die ‚Entfernung entarteter Kunst‘ zeitlich nicht stimmen. Muss allerdings gestehen, dass ich bei der Figur immer von einem Fischerknaben ausgegangen bin – hätte wohl genauer hinschauen müssen! In den 90er Jahren habe ich mit meiner Frau in Georgenswalde das als Museum eingerichtete Wohnhaus und Grundstück des Künstlers Hermann Brachert besucht und dort die Figur ausgestellt gesehen, auch als kleines Modell.“ Das bestätigt auch Herr **Peter Perrey** in seiner E-Mail, in der er auf die aktuellen Restaurierungspläne der verkommenen Kaskaden Bezug nimmt, über die in unserer Zeitung bereits berichtet wurde. Im Internet wird auf der Königsberger Internetseite Russland-aktuell diese Aktion erwähnt, die Figur wird allerdings als „Tanzendes Mädchen“ bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Kopie der Figur im Brachert-Museum in Georgenswalde [Otradnoje] hingewiesen.

Augenblickliche Bestandsaufnahme: Ob Kinderfigur, Tanzendes Mädchen, Fischerknabe – es handelt sich um eine Bronzeplastik von Hermann Brachert, von der glücklicherweise eine Kopie im Brachert-Museum in Georgenswalde vorhanden ist. Anhand des Geburtsjahres des Modells Irmgard Funk müsste die knabenhafte Figur um 1930 entstanden sein. Wann die Bronzeplastik als „entartete Kunst“ entfernt wurde, dürfte sich wohl nicht mehr klären lassen. Aber unsere Ostpreußische Familie ist ja immer für Überraschungen gut – wie hier und heute bewiesen!

R.G.

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Bodsch, Elfriede, geb. **Kiehl**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Radszuweit, Gertrud, geb. **Kieselbach**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Krüger, Charlotte, geb. **Ulrich**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 3. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Neumann, Charlotte, geb. **Schirmacher**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 5. Oktober
Skorzinski, Otto, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 2. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lucka, Charlotte, geb. **Pawellek**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
Neumann, Gertrude, geb. **Nelz**, aus Windkeim/Rejothen, Kreis Heiligenbeil, am 5. Oktober

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

ZUM 94. GEBURTSTAG

Lischek, Herbert, aus Kreis Rastenburg, am 6. Oktober
Motzkau, Marta, geb. **Rudzinski**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 3. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brauns, Willi, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 1. Oktober
Blum, Walter, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
Hartebrodt, Erna, geb. **Nimzik**, aus Treuburg, am 3. Oktober
Kanzenbach, Margarete, geb. **Schröder**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Kern, Ida, geb. **Laggies**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober
Konopka, Horst, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 1. Oktober
Lembke, Charlotte, geb. **Felker**, aus Kreis Rastenburg, am 4. Oktober
Miertsch, Frieda, geb. **Schirrmacher**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 3. Oktober
Mögel, Julius, aus Birkenau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Schneider, Marie, geb. **Brozio**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 7. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Braunhausen-Neumann, Ilse, geb. **Loyda**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Czarnetzki, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober
Heysel, Max, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 2. Oktober
Jocksch, Eva, geb. **Janz**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Müller, Waltraut, geb. **Lasarzik**, aus Treuburg, am 6. Oktober
Ristau, Helene, geb. **Bruisch**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober
Rosmus, Edith, geb. **Jeworrek**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 3. Oktober
Stank, Edith, geb. **Czarnojan**, verwitwete **Klein**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 3. Oktober
Wagner, Ursula, aus Leipzig, am 6. Oktober
Willamowski, Gerda, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fexer, Ewals, aus Allenstein, am 2. Oktober
Gelszus, Charlotte, geb. **Tobehn**, aus Tapiau, Wasserstraße, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
Heidt, Anna, geb. **Fleischhauer**, verwitwete **Skornetzki**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 2. Oktober
Jestrimsky, Paul, aus Schönfeld, Kreis Preußisch Holland, am 24. September
Killewald, Ilse, aus Lyck, am 3. Oktober
Klagge, Luise, geb. **Becker**, aus Tapiau, Wasserstraße, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Mast, Erna, geb. **Meyhöfer**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Neuhäuser, Margot, geb. **Wermke**, aus Stradaunen, Abbau, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Otto, Emma, geb. **Zielske**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober
Schuldt, Erna, geb. **Spang**, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 7. Oktober
Steinberg, Hildegard, geb. **Samusch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 7. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bergatt, Max, aus Rauschen, Kreis Samland, am 5. Oktober
Bystron, Helena, geb. **Keil**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Fratzke, Herbert, aus Wehlau, Bahnhofstraße, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Frischmuth, Max, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Gebauer, Frieda, geb. **Oehlert**, aus Sanditten, Götzendorf, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Lieder, Ursula, geb. **Kannenberg**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 128, am 1. Oktober
Lotzkat, Günther, aus Insterburg, Skagerrakstraße 20, am 1. Oktober
Lyhs, Lieselotte, geb. **David**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Mahlo, Margret, geb. **Mehl**, aus Treuburg, am 4. Oktober
Schachtner, Hans, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 3. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Andersen, Ruth, geb. **Kretschmann**, aus Windkeim/Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 7. Oktober
Bernsmeyer, Hildegard, geb. **Jendrny**, aus Lahna, Kreis Neidenburg, am 1. Oktober
Clauß, Hildegard, aus Lyck, am 7. Oktober
Denda, Willi, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober
Grigat, Hildegard, geb. **Szech**, aus Walden, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Heusner, Anni, aus Königsberg, am 7. Oktober
Jacobsen, Traute, geb. **Patz**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Lange, Martha, geb. **Schlizio**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 2. Oktober
Lorenscheit, Gerda, geb. **Girnus**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober
Mikolayczik, Elfriede, geb. **Naroska**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober
Mueller, Erna, geb. **Schumacher**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 1. Oktober
Paul, Erika, geb. **Blaurock**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober
Schlösser, Ruth, geb. **Findling**, aus Klein Nuhr, Klein Nuhr Dorf, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Schöler, Ursula, geb. **Böhm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Sczepan, Gertrud, geb. **Kraushaar**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 5. Oktober
Thimm, Erika, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober
Vortlage, Martha, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 3. Oktober
Wenk, Christa, geb. **Liedtke**, aus Lyck, Lycker Garten 11, am 5. Oktober
Wistoff, Irmgard, aus Treuburg, am 5. Oktober
Zakrzewski, Erich, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 7. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahl, Günter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 5. Oktober
Bartsch, Ernst, aus Dollkeim, Kreis Samland, am 5. Oktober
Barzik, Maximilian, aus Kielen, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Biesterfeldt, Hildegard, geb. **Sandau**, aus Schönwalde, Kreis Samland, am 6. Oktober
Burmeister, Hildegard, geb. **Tusnat**, aus Seedranken, am 4. Oktober
Chaymowski, Horst, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Dziarstek, Herbert, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Oktober
Fischer, Ewald, aus Lissau, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Fritz, Herbert, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober
Fuchs, Annemarie, geb. **Lemme**, aus Neidenburg, am 5. Oktober
Hammer, Manfred, aus Ebenrode, am 2. Oktober
Hartel, Elfriede, geb. **Joswig**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Haußer, Hertha, geb. **Hardwig**, aus Kreis Rastenburg, am 7. Oktober
Kowalewski, Eva-Maria, geb. **Dorss**, aus Treuburg, am 3. Oktober
Linke, Ilse, geb. **Ganseleiter**, aus Lyck, Morgenstraße 27/28, am 7. Oktober
Löslein, Elly, geb. **Latzke**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 4. Oktober
Mizhereit, Siegfried, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 2. Oktober
Pedina, Adalbert, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 6. Oktober
Pellny, Brunhilde, geb. **Bondzio**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 3. Oktober
Piper, Ingrid, geb. **Topat**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Rupprecht, Reinhold, aus Walden, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Schiwy, Richard, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 1. Oktober
Schnierda, Ursula, geb. **Nowakowski**, aus Lyck, Morgenstraße 3, am 4. Oktober
Schütt, Gertrud, geb. **Blumental**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Silvester, Hilla, geb. **Jundelaus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Stanko, Werner, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Oktober
Tietz, Gerhard, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober
Zintarra, Reinhold, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gronau, Gerhard, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
Haschke, Jürgen, aus Guben, Kreis Samland, am 7. Oktober
Heckl, Christel, geb. **Wittkowski**, aus Stauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober
Jankowski, Herta, geb. **Lopian**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 3. Oktober
Junga, Günter, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 1. Oktober
Kamisas, Lilli, geb. **Marzinzik**, aus Ortelsburg, am 5. Oktober
Kwiatkowska, Klara, geb. **Doppelstein**, aus Mohrungen, am 1. Oktober
Littek, Horst, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 7. Oktober
Meier, Elisabeth, geb. **Wischniewski**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Nowak, Konrad, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Papke, Hartmut, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober

Pokropp, Horst, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 5. Oktober
Zienow, Erika, geb. **Zimmermann**, aus Geidau, Kreis Samland, am 2. Oktober



Dzewas, Gustav, aus Kullik/Grünheide, Kreis Johannisburg, und Frau Ilse, am 27. September
Olloch, Werner, aus Ortelsburg, und Frau Irmhild, geb. **Benninghaus**, aus Kierspe, am 7. Oktober

Ostpreußisches Landesmuseum – Dienstag, 2. Oktober, 14.30 bis 16.30 Uhr: Vortrag von Friederike v. Natzmer in der Reihe „Museum erleben“: **Ida Kerkovius – ein Künstlerinnenschicksal im Wirrwarr des 20. Jahrhunderts.** In der Biographie von Ida Kerkovius spiegeln sich die Umbrüche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besonders wider. Sie beeinflussten ihren Lebensweg. Ihr expressionistisch geprägtes Werk wurde von den Nationalsozialisten als „entartete Kunst“ diffamiert, so dass sie sich stärker der Landschaftsmalerei zuwandte. Erst spät erlangte sie verdiente Anerkennung. 1970 starb sie nach schwerer Krankheit in Stuttgart. Eintritt 5 Euro (inkl. Kaffee, Tee und Gebäck). *PAZ*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, , 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599-50, E-Mail: info@ostpreussisches-landesmuseum.de

TERMINE DER LO

Jahr 2012

8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 29. September, 15 Uhr, Phoenix: Böttger und das Meißner Porzellan.
SONNABEND, 29. September, 17.40 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1945: Die Kapitulation Japans.
SONNABEND, 29. September, 19.30 Uhr, Phoenix: Fremde Heimat.
SONNABEND, 29. September, 22.30 Uhr, Phoenix: Geheimsache Mauer.
SONNTAG, 30. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 30. September, 13 Uhr, Arte: Philosophie: Höflichkeit.
SONNTAG, 30. September, 16 Uhr, 3sat: Der Kanzlersturz – Die Wende von 1982.
SONNTAG, 30. September, 18 Uhr, Phoenix: Um Gottes Willen – Christliche Parallelwelten in Deutschland.
SONNTAG, 30. September, 23.35 Uhr, ZDF: Joachim Gauck – Der gewünschte Präsident.
MONTAG, 1. Oktober, 22 Uhr, WDR: Die Wut der Mieter – Eine Stadt und ihr Investor.
MONTAG, 1. Oktober, 22.30 Uhr, BR: Für Bayern mit Napoleon (1/2): Der Russlandfeldzug von 1812 – Täter und Opfer.
MONTAG, 1. Oktober, 23.15 Uhr, WDR: Alle Menschen werden Brüder – Die Freimaurer und die Musik.
DIENSTAG, 2. Oktober, 17.15 Uhr, Phoenix: Die dunkle Seite der Energiesparlampe.
DIENSTAG, 2. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: Weltenbrand.
DIENSTAG, 2. Oktober, 20.15 Uhr Arte: Die große Finanzpumpe. Banken, Banker, Bankster.
DIENSTAG, 2. Oktober, 22.05 Uhr, MDR: Praktica – Kameras aus Sachsen.
MITTWOCH, 3. Oktober, 11.05 Uhr, ZDF: Die verschwundene Mauer.
MITTWOCH, 3. Oktober, 20.15 Uhr, ARD: Der Turm (1/2). TV-Gesellschaftschronik um Stasi-Erpressung in Dresden 1982.
MITTWOCH, 3. Oktober, 20.15 Uhr, RTL: Operation Walküre – Das Stauffenberg-Attentat.
MITTWOCH, 3. Oktober, 21,45 Uhr, ARD: Der Turm – Die Dokumentation.
MITTWOCH, 3. Oktober, 22.05 Uhr, 3sat: Eine Frau in Berlin. Kriegsdrama.
DONNERSTAG, 4. Oktober, 12.30 Uhr, 3sat: Kampf ums Pflegekind.
DONNERSTAG, 4. Oktober, 17.45 Uhr, 3sat: China auf der Überholspur.
DONNERSTAG, 4. Oktober, 20.15 Uhr, ARD: Der Turm (2/2).
DONNERSTAG, 4. Oktober, 22.35 Uhr, MDR: Wir hatten nichts zu verlieren. Die Dombesetzer von Erfurt.
FREITAG, 5. Oktober, 20.15 Uhr, NDR: die nordstory: Hamburgs Hafenmeile – Fischhändler, Bordsteinschwalben, Glaspaläste.
FREITAG, 5. Oktober, 21.15 Uhr, NDR: SOS auf dem Traumschiff: Wie sicher sind Luxusliner?

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Unser 57. Jahrestreffen – Es waren mehr als 380 Allensteiner aus Stadt und Land, die sich vom 14. bis 16. September in Gelsenkirchen zum diesjährigen Treffen eingefunden hatten. Den Auftakt des Jahrestreffens bildete wie immer die Stadtversammlung am Freitagnachmittag, zu der 12 der 14 Stadtvertreter erschienen waren. Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach begrüßte die anwesenden Stadtvertreter und besonders die Angehörigen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit und unser Ehrenmitglied Dr. Ernst Jahnke, der sich trotz seines hohen Alters und gesundheitlicher Probleme nicht hatte nehmen lassen, zu unserem Jahrestreffen zu kommen. Er berichtete über seine diesjährigen Besuche in Allenstein zum „Tag der Minderheiten“, der jeden Sommer von der AGDM veranstaltet wird, und dem Sommerfest der deutschen Vereine, das diesmal von der Landsmannschaft ausgerichtet wurde. Im Amphitheater vor dem Allensteiner Schloss wurde ein abwechslungsreiches, farbiges Programm geboten, zu dem besonders eine Tanzgruppe aus Schlesien beitrug. Während des Aufenthalts in Allenstein wurde auch mit der Auszahlung der Bruderhilfe begonnen. Erfreulicherweise konnten in diesem Jahr wieder 40 Euro pro Person ausgezahlt werden. Den Berichten über die Arbeit der Geschäftsstelle folgte eine ausführliche Darstellung der Tätigkeit der AGDM, die neben dem Angebot von Sprachkursen und der Betreuung zahlreicher, auch prominenter Besucher ein umfangreiches kulturelles Programm umfasst. Lesungen und Ausstellungen im Haus Kopernikus, das Fest der Minderheiten und der Weihnachtsmarkt sind nur einige der durchgeführten Veranstaltungen. Das 20-jährige Bestehen der AGDM wurde am 8. Oktober 2011 in feierlichem Rahmen in der neuen Allensteiner Philharmonie begangen. Nach den Berichten des Schatzmeisters und der Kassenprüfer, die die ordnungsgemäße Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2011 bestätigten, wurde der Vorstand entlastet und man konnte den Tag mit einem fröhlichen Beisammensein in der Gaststätte Dubrovnik ausklingen lassen. Mit einer ökumenischen Gedenkandacht und der Kranzniederlegung an der Gedenktafel für die verstorbenen Allensteiner in der Propsteikirche begannen die Veranstaltungen am Sonnabend. Anschließend nahmen zahlreiche Besucher die Gelegenheit wahr, unser Heimatmuseum „Treudank“ zu besichtigen. Besondere Beachtung fand ein von der Allensteinerin Waltraut Porr gestifteter handgeknüpfter Wandteppich, der Ostpreußen und etliche seiner Sehenswürdigkeiten abbildet. Gegen Mittag fanden sich die ersten Besucher in Schloss Horst ein und zu Beginn der Feierstunde waren alle Plätze in der lichtdurchfluteten Glashalle besetzt. Nach Begrüßung und Totenehrung erinnerte der Vorsitzende an das erste Treffen vor 57 Jahren, als sich mehr als 7000 Allensteiner erstmalig in Gelsenkirchen versammelten, um die Übernahme der Patenschaft und das 600-jährige Bestehen ihrer Heimatstadt zu feiern. Gefeiert wurde in zwei großen Zelten auf dem Wildenbruchplatz, und der große Saal im Hans-Sachs-Haus war beim Festakt bis auf den letzten Platz gefüllt. Seitdem fühlten sich die Allensteiner in dieser Stadt zu Hause und kommen jedes Jahr wieder, um Freunde und Bekannte zu treffen. Die Zahlen der Besucher hätten leider mit den Jahren abgenommen, aber nicht die Gastfreundschaft der Stadt Gelsenkirchen. Er dankte der Stadt, dass die Allensteiner in all den Jahren auf vielfache Weise unterstützt wurden und stets ein offenes Ohr für ihre Anliegen fanden. Die Patenschaft der Stadt Gelsenkirchen über die Allensteiner sei im Jahre 1992 durch die Begründung einer Städtepartnerschaft zwischen Gelsenkirchen und Allenstein ergänzt worden. Regelmäßige Begegnungen zwischen Bürgern beider Städte waren die Folge, und der damals ins Leben gerufene Schüleraustausch mit dem Max-Planck-Gymnasium besteht noch heute. Das 20-jährige Jubiläum der Partnerschaft werde in diesem Jahr in beiden Städten gefeiert: eine Delegation der Stadt Gelsenkirchen reise Anfang Oktober nach Allenstein und eine Delegation der Stadt Allenstein werde zum Jahrestag der Unterzeichnung der Partnerschaft im November in Gelsenkirchen sein. So habe die feierliche Übernahme der Patenschaft der Stadt Gelsenkirchen vor 57 Jahren die Grundlage für eine lebendige Städtepartnerschaft gelegt, die zu den ersten gehöre, die zwischen einer polnischen und einer deutschen Stadt geschlossen wurden. Die Allensteiner hätten diese Entwicklung immer positiv begleitet und vor acht Jahren in einer Vereinbarung mit ihrer Heimatstadt und ihrer Patenstadt den Willen bekräftigt, die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen und die partnerschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen. Daran würden sie auch in Zukunft arbeiten. Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied würdigte Bezirksbürgermeister Gill die positive Rolle der Stadtgemeinschaft in der Städtepartnerschaft zwischen Allenstein und Gelsenkirchen. Anschließend verlasen Gottfried Hufenbach und Herbert Monkowski Grußworte des Stadtpräsidenten und der Landräte von Allenstein und Osnabrück. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde, die auch in diesem Jahr von dem Bläser- und Posaunenchor Erle umrahmt wurde. Danach war der Besuch der Bücherstände sowie der Ausstellung alter Postkarten von Bruno Mischke angesagt. Munteres Schabbern und die flotte Musik von Andreas Kokosch sorgten für gute Stimmung und besetzte Tische bis in den späten Abend. Mit den Gottesdiensten am Sonntag ging ein rundum gelungenes Jahrestreffen zu Ende.

Verena Berg-Ausstellung in Nürnberg – Dienstag, 2. Oktober, 18 Uhr, Presseclub Nürnberg, Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg: Redakteurin Verena Berg stellt ihre audiovisuelle Dokumentation über die Vertreibung und ihre Folgen aus. (Ruth Geede berichtete, siehe *PAZ* 38, Seite 14).



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Gute Laune und Sonnenschein bei den 58. Angerburger Tagen – Eingeleitet wurden die Angerburger Tage am 8. September um 9 Uhr mit einem Gedenken am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche auf dem Kreishausgelände durch Pfarrer i.R. Gerhard Mörchel. Für die Kreisgemeinschaft sprach Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski Worte des Gedenkens und erinnerte an die Opfer beider Weltkriege. Von der Kreisgemeinschaft wurde am Patenschaftsstein ein Kranz niedergelegt. Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied endete das Gedenken am Patenschaftsstein. In der anschließenden Sitzung der Angerburger Kreisvertretung überbrachte der stellvertretende Landrat des Landkreises Rotenburg/Wümme, Gerhard Oetjen, die Grüße des Patenschaftsträgers. Brisante Themen standen nicht auf der Tagesordnung. In seiner ausführlichen Arbeitsbilanz sprach der Kreisvertreter von einem arbeitsreichen Jahr. Im Berichtszeitraum vom 1. September 2011 bis zum 31. August war er an 57 Tagen für die Kreisgemeinschaft tätig gewesen. Insbesondere der Umzug des Angerburger Zimmers vom Honigspeicher auf dem früheren Heimatbundgelände und die Wiedereinrichtung am Weicheler Damm 11 waren sehr arbeits- und zeitaufwändig. Am Ende seiner Arbeitsbilanz dankte der Kreisvertreter allen Freunden und Förderern der Kreisgemeinschaft, ganz besonders aber Schatzmeisterin Brigitte Junker und der Schriftleiterin des Angerburger Heimatbriefes Susanne Hagen, die gerade an ihrem zehnten Heimatbrief arbeitet. Der von der Schatzmeisterin Brigitte Junker für das Jahr 2011 vorgelegte Kassenbericht und der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2013 wurden von der Kreisvertretung einstimmig genehmigt. Die Kassenprüfer Günther Büttner und Georg Malz bescheinigten der Schatzmeisterin eine sehr gewissenhafte Kassenführung und beantragten die Entlastung der Schatzmeisterin und des Vorstandes, die einstimmig erteilt wurde. Nachmittags fand eine Kaffeefahrt nach Sittensen in das Tister Bauernmoor statt. Insbesondere die Fahrt mit der Moorbahn ist bei allen Teilnehmern gut angekommen. Ein weiterer Höhepunkt war abends ein Filmvortrag von Bernd Naumann „Naturparadies Masuren und Danzig“ in der Aula der Theodor-Heuss-Schule. Nach Jagdsignalen hieß Kurt-Werner Sadowski am Sonntag unter anderem Landrat Hermann Luttmann, die stellvertretenden Landräte Doris Brandt und Gerhard Oetjen sowie Reinhard Grindel MdB, der auch ein Grußwort sprach, willkommen. Mit herzlichen Worten begrüßte Landrat Hermann die aus nah und fern Erschienenen. In seinem Grußwort wies Reinhard Grindel besonders darauf hin, dass im Bundeshaushalt die Mittel nach § 96 Bundesvertriebenengesetz für das Jahr 2013 von 17,5 auf 19,7 Millionen Euro erhöht werden sollen. Die zusätzlichen Mittel sollen unter anderem einer Verstärkung der Jugendaustauscharbeit dienen. Die Gastrede hielt in diesem Jahr der Rotenburger Bürgermeister Detlef Eichinger. Die Rede, die im nächsten Angerburger Heimatbrief vollständig abgedruckt wird, war kritisch, versöhnlich und der Zukunft zugewandt. Mit diesen Worten berichtete die Rotenburger Kreiszeitung am 10. September ausführlich über die Angerburger Tage und die kluge Rede des Bürgermeisters, die bei den Besuchern gut angekommen ist und mit Beifall bedacht wurde. Mit der gemeinsam gesungenen dritten Strophe unserer Nationalhymne endete die gut besuchte Feierstunde. Nach dem Mittagessen verblieb für die Besucher noch genügend Zeit, um sich mit Bekannten, alten und neuen Freunden auszutauschen und sich über alte Zeiten zu unterhalten oder das neugestaltete Angerburger Zimmer und das Angerburger Archiv zu besichtigen. Trotz der verkehrsbedingten Erschwernisse waren es zwei schöne und sonnige Tage in der liebenswerten Kreisstadt an der Wümme. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft würde sich sehr freuen, wenn im nächsten Jahr mehr Teilnehmer die Angerburger Tage besuchen würden. – **Angerburger Archiv und Angerburger Zimmer geöffnet** – Wie immer, tagte einen Tag vor den Angerburger Tagen der Vorstand der Kreisgemeinschaft in einem Dienstgebäude des Landkreises in Rotenburg / Wümme am WeicheIer Damm 11. In diesem Hause sind nicht nur die Geschäftsstelle, sondern auch das Archiv und das Angerburger Zimmer, das sich über viele Jahre im Honigspeicher auf dem Heimatbundgelände befand, untergebracht. Es sind sehr schöne Räume, die uns vom Patenschaftsträger zur Verfügung gestellt wurden. Zu erwähnen ist auch, dass der Umzug und auch die Aufstellung der Regale und Vitrinen vom Landkreis Rotenburg / Wümme übernommen wurden. Das Angerburger Archiv und das Angerburger Zimmer waren zu den diesjährigen Angerburger Tagen erstmalig wieder für Besucher zugänglich. Das Angerburger Zimmer ist klein aber fein, war die Meinung der Besucher. Gestaltet wurde es von der Verdener Kulturwissenschaftlerin Ulrike Taenzer. Neben historischen Informationen sind Arbeiten Angerburger Künstler und weitere Exponate zu sehen. Ein Besuch lohnt sich in jedem Fall, der aber mit Frau Mischok (dienstags und mittwochs von 8.30 bis 12.30 Uhr) telefonisch unter Telefon (04261) 983-3100 abgesprochen werden sollte. Michael Meyer berichtete in der Vorstandssitzung, dass die CDU/FDP-Gruppe des Rotenburger Kreistages in der Zeit von Sonntag 9. September bis Sonntag 16. September die Partnerkreise Marienburg, Stuhm und Angerburg besuchen wird. Die Kreisverwaltung hat Ärzte und Apotheken um Medikamente für die Sozialstation in Angerburg gebeten und auch erhalten, die mindestens noch sechs Monate zugelassen sind. Nach wie vor werden in der Angerburger Sozialstation Medikamente benötigt, die auf Rezept an Bedürftige kostenlos abgegeben werden. Herr Meyer wird an der Informationsfahrt ebenfalls teilnehmen, um sich einen persönlichen Eindruck auch von der Heimat der Angerburger zu verschaffen. Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski konnte mitteilen, dass die Vorbereitungen für die 55. heimatpolitische Tagung am 23./24. Februar 2013 in Rotenburg/Wümme weitgehend abgeschlossen sind. Prof. Dr. Ingo von Münch, Oberstudienrat a.D. Wilfried Gerke aus Diepholz und Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens haben als Referenten zugesagt. Der Termin für die nächsten Angerburger Tage am 14./15. September 2013 steht dagegen wegen der Bundestagswahl im nächsten Jahr noch unter Vorbehalt. Der von Schatzmeisterin Brigitte Junker vorgelegte Kassenbericht für das Jahr 2011 und der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2013 wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie konnte außerdem über eine stabile finanzielle Lage der Kreisgemeinschaft berichten, die wir unseren Spendern verdanken. Dennoch ist die Kreisgemeinschaft dringend auf Spenden angewiesen, um den Angerburger Heimatbrief und humanitäre sowie kulturelle Aufgaben finanzieren zu können. Schriftleiterin Susanne Hagen teilte mit, dass die Arbeiten für den Angerburger Heimatbrief Nr. 150 planmäßig vorangehen. Berichte für den Angerburger Heimatbrief sind jedoch nach wie vor erwünscht. Weiter verlas Susanne Hagen den Bericht des Internetbeauftragten Michael Kukis, der zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Es erfolgten noch allgemeine Informationen des Kreisvertreters und die Bekanntgabe des Termins für die nächste Vorstandssitzung, die am 10. November 2012 in Rotenburg/Wümme stattfindet. Damit endete die harmonisch verlaufene Sitzung.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Einladung Sondertreffen Kirchspiel Brandenburg und Pörschken – Dieses findet diesmal am zweiten Oktoberwochenende, also von Freitag, 12. bis Sonntag, 14. Oktober in Rotenburg an der Wümme in der allseits bekannten und beliebten Jugendherberge statt. Die Herbergseltern lassen wie immer um eine zentrale Anmeldeliste bitten, daher mögen die Anmeldungen wieder bei mir oder bei Ernst Perbandt, fernmündlich oder via E-Mail, getätigt werden. Den Anmeldeschluss muss ich dieses Jahr nach Rücksprache mit der Jugendherberge auf Sonntag, 30. September legen. Das bedeutet für alle spät Entschlossenen, bitte bei Ernst Perbandt anrufen. Für alle „Neuen“ hier nochmal die Adresse: Jugendherberge Helmut-Tietje-Haus, Verdenerstraße 104, 27356 Rotenburg/Wümme, Telefon (04261) 83041. Wir haben also von Freitag 12. Oktober an für zirka 20 Personen (2 Nächte) reserviert, ab Freitag Kaffee und Kuchen bis einschließlich Frühstück am Sonntag für 72,70 Euro je Doppelzimmer und 83,70 Euro je Einzelzimmer. Und ab Sonnabend haben wir Möglichkeiten für zirka 30 Personen (1 Nacht) ab Mittagessen bis einschließlich Frühstück am Sonntag für 40,10 Euro je Doppelzimmer und 45,10 Euro je Einzelzimmer.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Gemeindefusion im Landkreis Labiau [Polessk] – „Asyl“ wurde zur Dauerlösung – Zu den Maßnahmen, die aufgrund des Sparzwangs der Propstei Königsberg

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

ins Auge gefasst wurden, gehören auch Fusionen von Kirchengemeinden. Solche sind wegen der meist großen Entfernungen voneinander aber nur selten möglich und sinnvoll. Eine Fusion ist nun im Kreis Labiau erfolgt. Ihre Hintergründe und Folgen beleuchten wir hier: In einer früheren „von tohus“-Ausgabe berichtete ich über das 15-jährige Bestehen der größten evangelischen Landgemeinde Laukischken / Saransk. Nun, wenige Jahre später, gibt es sie nicht mehr als eigene Gemeinde. Sie hat sich seit diesem Frühjahr mit der Gemeinde Groß Legitten vereint. Dazu führte allerdings nicht nur der Sparzwang der Propstei, sondern es kamen auch andere Gründe hinzu. Der erste Grund ist das Schrumpfen der Gemeindegliederzahl auf jetzt nur noch rund 25 Familien durch weitere Auswanderungen nach Deutschland oder Wegzüge in die Gebietshauptstadt. Für die Verbliebenen ist der Unterhalt des großen Gemeindehauses in Mauern [Lomonossowka] gerade in der kalten Jahreszeit bei nur 14-tägig stattfindenden Gottesdiensten zu teuer. Die Hoffnung des Erbauers, Hans Karalus, hier auch einen Raum für soziale Zwecke, etwa mit einer Krankenschwester, einrichten zu können, oder eine zusätzliche Verwendung als Kindergarten, ging nicht in Erfüllung. So beschloss der Propsteirat, das Gemeindehaus zu verkaufen und von dem Erlös einen kleineren, kostengünstigeren Gottesdienstraum mit Teeküche und Toilette zu kaufen oder zu mieten. Bis heute hat sich aber kein Käufer oder Pächter für das große Gebäude gefunden. Ohne diesen Erlös konnte nichts Anderes gekauft werden. Dann kam als zweiter Grund etwas völlig Unerwartetes hinzu: Als der nach Deutschland verzogene Eigentümer der dem Gemeindehaus benachbarten Schreinerei von seinem russischen Pächter keine Miete bekam, veranlasste er die Sperrung von Wasser und Strom für die gesamte kleine Siedlung, zu der das Gemeindehaus gehört. Ungeheizt wurde es unbenutzbar. Die Gemeinde muss deshalb seit zwei Jahren im Gemeindehaus von Gr. Legitten und im Sommer in der Kirche zusammen mit der dortigen Gemeinde ihre Gottesdienste feiern. Dieses eigentlich nur für kurze Zeit geplante „Asyl“ wurde nun zur Dauerlösung. Das Gestühl und die beiden aus der Partnergemeinde Heroldsberg stammenden Sinnbildtücher („Weinstock und Reben“, „Gemeindeschiff auf hoher See“) aus dem Gemeindehaus sind inzwischen in der Kirche nützlich und ansehnlich. Ein dritter Grund besteht darin, dass Pastor Wladimir Michelis, der im vorigen Dezember 65 Jahre alt wurde, nur noch eine Dreiviertelstelle bekleidet und vier weitere Gemeinden im Osten auf einer Strecke von rund 100 Kilometer bis nach Lesgewangen [Sabrodino] zu versorgen hat, dringend von zu vielen Gottesdiensten an weit verstreuten Orten mit jeweils nur wenigen Teilnehmern entlastet werden muss. Diese Fusion trägt dazu bei. Von Westen her kommen nun auch Evangelische aus Nautzken und Pronitten, wo früher eigene Gottesdienste stattfanden, nach Gr. Legitten. Auch das ist eine Art Fusion. Die Frage stellt sich, ob sich nicht ebenso die inzwischen sehr kleine Gemeinde in Labiau, deren Gemeindehaus in schlechtem baulichen Zustand ist, sich an Legitten anschließt, auch um die Fahrkosten für den extra aus der Gebietshauptstadt zu ihnen anreisenden Pastor Ronge einzusparen. Die bange Frage ist, ob die russisch-orthodoxe Kirche auf Dauer bei ihrem vor Jahren ausgesprochenen Verzicht auf die Kirche Gr. Legitten bleibt. Denn leider gibt es enttäuschende, bittere Gegenbeispiele. Auf seiner Fahrt von Gr. Skaisgirren [Bolschakowo], wo er mit seiner Frau im Gemeindehaus wohnt, nimmt Pastor Michelis unterwegs einige Gemeindeglieder aus Laukischken zum Gottesdienst nach Legitten mit und bringt sie auf seiner Rückfahrt auch wieder nach Hause. Da jedoch die ganz im Osten, in Gr. Baum und Szargillen Wohnenden nun nach Legitten einen zu weiten Weg haben, hält er für sie am frühen Nachmittag in einer Wohnung am Rand von Gr. Baum [Sosnovka] einen zweiten Gottesdienst; das bedeutet für Pastor Michelis, eine zusätzliche Fahrtstrecke wird von ihm gerne getan und von den Teilnehmern dankbar angenommen. Die fusionierte Gemeinde hat nun den amtlich eingetragenen russischen Namen Turgenjewo, wie üblich und vorgeschrieben nach dem Versammlungsort und Wohnsitz des Gemeindeleiters, in diesem Fall von Sergej Molodawkin, welcher der Kirche gegenüber wohnt und diese auf freundliche Bitte und gegen einen Obolus auch gerne für Führungen öffnet. Außer der wieder hergestellten Architektur der Kirche ist auch die von Herrn Molodawkin geführte Fotochronik über die Kirche sehr sehenswert. Weil es seit Jahren in der Marktgemeinde Heroldsberg (bei Nürnberg) aufgrund der schon seit 17 Jahren bestehenden kirchlichen Partnerschaft eine Saransk-Straße gibt, der Name Saransk deshalb nicht einfach aufgegeben werden sollte, setzte Pastor Michelis durch, dass die fusionierte neue Gemeinde zumindest kirchlich den Doppelnamen Turgenjewo–Saransk erhält. Da der bisher einzige Zugang zur Kirche nur durch eine schmale Sakristeitür führt, musste der frühere Haupteingang durch den Turm wieder eröffnet werden. Herr Molodawkin gestaltete nun den Zugang von außen auch mit einer Zufahrt für Rollstühle. Die Feuerschutzpolizei fordert aber noch eine zweite große Türe durch die nördliche Seitenmauer. Ob diese auch in mehreren orthodoxen Kirchen nicht erfüllte Forderung endgültig ist, muss noch rechtlich geklärt werden. Die Kosten für die notwendigen weiteren Baumaßnahmen trägt die „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V.“ (GeO). Dazu hat sie sich nach Auflösung des bisherigen Fördervereins verpflichtet. Die viele Jahre lang sehr erfolgreiche Vorsitzende des Fördervereins Frau Prof. Dr. Margarete Pulver, ohne die der Wiederaufbau gar nicht gelungen wäre, ist weiterhin mit Rat und Tat für die Kirche engagiert. – **Heroldsberger Partnerschaftsbesuch** – Anfang August weilte, wie seit 17 Jahren alljährlich, wieder einmal eine Gruppe aus Heroldsberg bei Nürnberg im Gebiet der Partnergemeinde Laukischken. Eine Woche lang besuchten die Sechs wieder fast jede der ihnen vertrauten Familien, um die persönliche Verbundenheit zu pflegen und mit eigenen Augen zu sehen, wie es den Besuchten geht, und wo im Einzelfall finanzielle Hilfe nötig ist. Diesmal war Unterstützung unter anderem in Gr. Baum und Szargillen geboten, wo gerade ein furchtbarer Sturm Bäume umgerissen und Dachschäden verursacht hatte. Die Gruppe erlebte fast immer eine große Gastfreundschaft und vertrauensvolle Offenheit der Gemeindeglieder bei den Gesprächen. Auch wegen der drei Taufen war der Gottesdienst am 5. August in der Ordenskirche in Gr. Legitten gut besucht. Winfried Gayko aus Berlin übernahm die Lesung, Pfarrer Plorin hielt die Predigt, die Pastor Michelis übersetzte. Nach dem anschließenden Festessen im benachbarten Margarete-Pulver-Haus bot der zweite Gottesdienst im Haus von Vera Frisen in Gr. Baum durch seine sehr persönliche Atmosphäre einen fröhlichen Abschluss der Besuchswoche der Heroldsberger Partner. (aus „GeO-Rundbrief 3/ 2012) Pfarrer i.R. Klaus Plorin, 2. Vorsitzender GeO.

Neuer Kalender: Ostpreußen und seine Maler 2013



Heinz Sprenger: Fischerskat Bild: typeart

Mit dem Bild „litauischer Bauernmarkt in Memel“ begrüßt der diesjährige Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ uns im kommenden Jahr. Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und verfügte mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie Nidden über eigene Kunstzentren. Die von Jörn Barfod, Kustos im Ostpreußischen Landesmuseum, getroffene Auswahl an Bildern aus dem 20. Jahrhundert beschäftigen sich mit dem Thema Menschen. Gezeigt werden Werke von Gustav Boese, Ernst Bischoff-Culm, Heinz Sprenger, Louis Ziercke und anderen. Nur noch bis zum 30. September gilt der Vorzugspreis von 21,50 Euro für die Leser der PAZ (später 22,60 Euro).

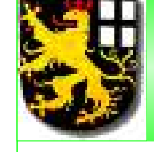
Zu bestellen bei type art satz & grafik, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

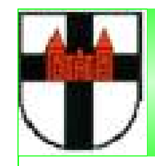
Lycker Kreistreffen in Hagen – Am 1. und 2. September fand das alljährliche Lycker Kreistreffen in der Patenstadt Hagen in Westfalen statt. Wir hatten 286 Besucher. Leider 87 weniger als im Vorjahr. Das ist eine auch bei anderen Kreisgemeinschaften zu beobachtende Tendenz. Das Treffen begann mit einer Tagung der Orts- und Bezirksvertreter. Diskutiert wurde über Einzelheiten der im Jahre 2013 stattfindenden Kreistagswahl. In der anschließenden Kreistagssitzung wurden in erster Linie die Formalien, die nach dem Vereinsrecht verpflichtend sind, abgewickelt. Diskutiert wurde auch darüber, wie man in Zukunft die Beziehungen zum Heimatkreis aufrecht erhält und verbessert. Am Sonnabend fand um 17 Uhr die Kranzniederlegung an den Lycker Gedenksteinen im Stadtgarten statt. Die Gedenkrede hielt Pater Eduard Prawdzik. Die Stadt Hagen war durch Bürgermeister Dr. Hans-Dieter Fischer vertreten. Um 19 Uhr traf man sich zum fröhlichen Heimatabend. Der Sonntag begann mit der Feierstunde, in der Pfarrer Hans-Joachim Welz das Geistliche Wort sprach. Oberbürgermeister Jörg Dehm richtete an die Versammelten ein Grußwort. Die Festrede hielt Bürgermeister Christian Wagner aus Nettetal. Er sprach über den Unterschied zwischen Patenschaft und Partnerschaft. Nettetal ist die Partnerstadt der Stadt Lyck in Ostpreußen. Musikalisch umrahmt wurde die Feierstunde vom Hagener Ostdeutschen Heimatchor unter der Leitung der Chordirigentin Ingrid Struck. Danach folgte bis zum Ausklang ein gemütliches Beisammensein im Großen Saal der Stadthalle.



MOHRUNGEN

Geschäftsführender Vorstand: Gisela Harder stellvertr. Kreisvertreterin, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, stellvertr. Kreisvertreterin, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462)2452. Geschäftsstelle Lothar Gräf, Dr. Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, Fax (02333) 5570.

Hauptkreistreffen der Mohrunger am 18./19. August in Bad Nenndorf. Wollte man diesem Treffen einen Namen geben, würde „Treffen der Mohrunger Familie“ passen. Kreisausschuss und Kreistag trafen sich schon am Freitag in den Räumen des Esplanade Hotels. So war an beiden folgenden Tagen Zeit, sich den Landsleuten zu widmen. Das Orga-Team hatte alles unglaublich gut vorbereitet. Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön. Nach der Begrüßung am Sonnabend durch die beiden Vorsitzenden Gisela Harder und Ingrid Tkacz stellten sich die Kreistagsmitglieder vor und berichteten über ihre Ämter. Unser Ehrenmitglied Gerhard Janzen ermunterte zur Weiterarbeit und würde sich über telefonischen Kontakt freuen. Leider waren viele Absagen gekommen, so auch durch einen Anruf aus der Nähe von Marienburg. Ein Autounfall zwang die beiden Mohrunger zur Umkehr. Zur großen Freude aller kamen aber unsere „Mohrunger Ur-Ortsverwandte“ aus dem Harz. Die Postkartenausstellung „Unser schönes Oberland“ wurde von Gisela Harder zusammengestellt und eröffnet. Am Nachmittag zeigte Joachim Berg die DVD „Das Heimattreffen 2011 in Mohrungen/Harz.“ Das Interesse für beide Angebote war groß. Weitere waren: Schmuck und Bilder aus dem Gold der Ostsee hergestellt, aber auch Bilder unter Glas mit Motiven aus Mohrungen. Bücher gab es viele. Interessant zum Ansehen „Das Rathaus zu Mohrungen/Ostpreußen“. Hartmut Krause hatte als Leiter des Sanierungsprojekts den gesamten Werdegang (Ende 2007) in Fotos, Briefen und Berichten in ein Album eingeordnet. Elisabeth Krahn legte die Zusammenfassung von Wohnplätzen, Gewässern und so weiter zur Einsicht vor. Neue Doppelbriefkarten mit Ansichten aus dem Kreis Mohrungen und Marzipan konnte man kaufen. Die Mitgliederversammlung fand zum ersten Male unter freiem Himmel statt. Nach dem Abendessen folgte der Bunte Abend mit Musik, Tanz und Sketchen. Am Sonntagvormittag wurde am Denkmal von Agnes Miegel ein Blumengebinde niedergelegt und mit Wort und Gedicht der „Mutter Ostpreußens“ gedacht. Zu Füßen der Ehrenbürgerin von Bad Nenndorf stehen die von ihr geprägten Worte: „... und nichts ist zu hassen als den Hass“. Auch heute eine Realität. Zur Feierstunde erschien Christine Cronjäger, 2. stellvertretende Bürgermeisterin von Bad Nenndorf. Nach Grußworten Gisela Harders und Ingrid Tkaczs sangen wir unser Heimatlied „Land der dunklen Wälder“. Frau Cronjäger überbrachte Grüße der Bad Nenndorfer Gemeinde und sprach über ihr Interesse an unserer Heimat. „Willkommen in der Heimat“ – Entwicklungen von Elisabeth Krahn folgte. Pastor Johannes Haese fragte in der Kurzandacht, wer ist für mich das Wichtigste in meinem Leben? Die Erklärung war nachvollziehbar. Während der Totenehrung wurde mitgeteilt, dass vom Sommer 2011 bis Ostern 2012 44 Landsleute uns verlassen haben. „Großer Gott, wir loben dich“ war ein würdiger Abschluss. Die Festansprache hielt Wolfgang Warnat. Thema: „Unser schönes Oberland“. Wie wir es wissen, ist unsere Heimat wirklich einmalig. Denken wir nur an die Schiffe, die über die Berge fahren, wie Mutter immer sagte. Nach dem Lied „Ännchen von Tharau“ wurden Hartmut Krause und Gerhard Hahn das Silberne Ehrenzeichen beziehungsweise das große Goldene Ehrenzeichen für ihre Arbeit zugunsten der Heimat verliehen. Leider konnte Herr Hahn nicht kommen. „Freude schöner Götterfunken“, die Europa-Hymne, erklang und die dritte Strophe des Deutschlandliedes beendeten die Feierstunde. Viele der zirka 100 Mohrunger blieben noch nach dem Mittagessen ein Weilchen, um zu schabbern. Die Hitze an den Tagen war gewaltig. Die Gespräche untereinander wunderbar.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Treffen in Ellingen – Unser diesjähriges Heimattreffen fand bei schönstem Spätsommerwetter im Kulturzentrum Ostpreußen am Sonntag, 9. September, in Ellingen statt. Nachdem im Jahre 2008 eine Zusammenkunft im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, im Jahre 2010 im Grenzdurchgangslager Friedland stattfand, entscheid man sich in diesem Jahr für den süddeutschen Raum. Vorgelagert war am Sonnabend die jährliche Kreistagssitzung, bei der immer alle zur Diskussion anstehenden Themen ausführlich abgehandelt werden. Zum Sitzungsbeginn begrüßt und in die Museumsarbeit eingeführt wurden die Neidenburger durch Museumsdirektor Wolfgang Freyberg. Am Sonntag begann pünktlich um 11 Uhr das Heimattreffen. Der Kreisvertreter begrüßte seine Landsleute, nahm die Totenehrung vor und gab einen kurzen Rechenschaftsbericht ab. Wolfgang Freyberg hielt einen Vortrag über die Entstehung und Entwicklung des Kulturzentrums Ostpreußen. Seiner angenehmen Art des Vortragens hörten alle Anwesenden gerne aufmerksam zu. Am Nachmittag besuchten ausnahmslos alle Gäste das sehr schön strukturierte Museum im Kulturzentrum. Die Gestaltungsart wurde vielfach lobend hervorgehoben. Wenn auch die Besucherzahl übersichtlich war, so kam das knappe Dutzend der Familienforscher dieses Mal voll auf seine Kosten. Ihnen kam der nicht so große Kreis der Besucherzahl wie jeweils in Bochum, wo im kommenden Jahr das 60-jährige Patenschaftsjubiläum gefeiert wird, „zugute“. Ein gelungenes, ja fast familiäres Heimattreffen, das seinen speziellen Reiz hatte.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357931, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

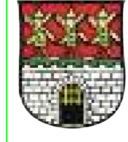
Hauptkreistreffen – Am Sonntag, 16. September, war es wieder so weit: Das Kulturzentrum in Herne war für das Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg festlich hergerichtet. Vor dem Kulturzentrum kündigten die gehissten Flaggen Ostpreußens (Elchschaufel) und Ortelsburgs (springender Hirsch) neben der Deutschlandflagge sowie den Flaggen Nordrhein-Westfalens und der Stadt Herne dieses besondere Ereignis bereits an. Schon vor Veranstaltungsbeginn warteten die ersten Besucher an der Tür. Dann kamen sie in kleineren und größeren Gruppen. Am Ende wurden über 700 Teilnehmer gezählt: Eine große Ortelsburger Familie, die den Veranstaltungssaal füllte. Die Feierstunde um 11.30 Uhr wurde mit dem Geläut der Ortelsburger Glocken eingeleitet. Die Gespräche verstummten, und eine feierliche Stille kehrte ein. Dann erschallte das erste Lied „Großer Gott wir loben Dich“, begleitet von der Bläsergemeinschaft der evangelischen Pauluskirche Gelsenkirchen-Resse. Ja, Dankbarkeit und Freude spürte man überall darüber, dass man sich hier nach einem Jahr wieder gesund getroffen hatte. Dieter Chilla, der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Ortelsburg, begrüßte die Anwesenden. Namentlich genannt wurden die Ehrengäste: Dr. Renate Sommer, Mitglied des Europaparlaments, Ingrid Fischbach, Mitglied des Bundestages, Bürgermeisterin Birgit Klemczak, die in diesem Jahr den Oberbürgermeister der Stadt Herne vertrat, der Alt-Oberbürgermeister Wolfgang Becker, Alexander Letzel als Ratsvertreter der Stadt Herten, unsere Freunde von der deutschen Minderheit aus Ortelsburg [Szczytno], angeführt von dem Vorsitzenden Arkadiusz Leska. Ebenso anwesend waren der Pfarrer der evangelischen Kirche aus Ortelsburg Szymon Czembor mit seiner Ehefrau Karolina, der Pfarrer der Passenheimer Kirchengemeinde Witold Twardzik, die Vertreterin der Landesgruppe Jauer Irene Hänsel, der Vorsitzende des Freundeskreises

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

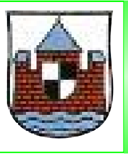
Ortelsburg-Herten Karl Heinz Egger, der Ehrenvorsitzende der Kreisgemeinschaft Ortelsburg Edelfried Baginski und der ehemalige Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Wilhelm Geyer. Eine lange Liste. Und weitere Personen waren zu begrüßen. Aus Brasilien war das Ehepaar Araci und Antonio Gemballa angereist. Selbst aus den USA konnte das Ehepaar Oswiensimko begrüßt werden. Sie besuchten das Land ihrer Väter und zeigten sich berührt, an dem Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg teilnehmen zu können. Bei der Totenehrung gedachte Herbert John, der stellvertretende Vorsitzende, der durch die Kriegseinwirkung verstorbenen Landsleute, sei es beim Kriegseinsatz, auf der Flucht oder in Gefangenschaft. Er gedachte aber auch der Verstorbenen des letzten Jahres, wobei er Heinz-Georg Mosdziel besonders hervorhob, der im Februar dieses Jahres plötzlich und unerwartet im Alter von 53 Jahren verstarb. Heinz-Georg Mosdziel war Mitglied des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Ortelsburg. Sein Einsatz war vielfältig. An der Digitalisierung der Bildbestände und Ortspläne, der Erstellung mehrerer Bildbände sowie an der Ausgabe alter Schriftwerke war er maßgeblich beteiligt. Herbert John endete mit den Worten; „Heinz-Georg Du fehlst uns sehr“. Dann folgte ein Trompetensolo mit dem Lied vom alten Kameraden. Die Festansprache hielt Dr. Renate Sommer. Sie überbrachte den Versammelten die Grüße des Europäischen Parlaments. Sie beleuchtete das erfolgreiche Bemühen der Vertriebenen um Aussöhnung, die bereits mit der Charta der Vertriebenen im August 1950 wegweisend waren. Sie machte nachhaltig deutlich, dass die gelungene Integration der Vertriebenen, deren Fleiß und Einsatz ein spürbarer und nachhaltiger Gewinn für das Nachkriegsdeutschland waren. In Ihrer Ansprache beleuchtete Dr. Renate Sommer auch das Thema „Völkerverständigung“, hier besonders das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Sie nannte die Vertreibung eine Verletzung der Menschenrechte und sprach von der Öffnung der Ostblockländer durch die Solidarnosc-Bewegung. Heute fahren wir in Europa, auch nach Polen, über offene Grenzen hinweg. Damit haben wir die verlorene Heimat nicht wieder, aber sie ist uns ein Stück näher gerückt. Sie betonte, dass Polen unter den Transferstaaten auch aus eigener Kraft besondere Erfolge vorzuweisen hat. Es folgten Grußworte der Herner Bürgermeisterin Birgit Klemczak. Sie wies darauf hin, dass die Patenschaft der Stadt Herne sich in diesem Jahr zum 50. Male jährt. Im Dezember findet eine Jubiläumsveranstaltung mit dem Vorstand der Kreisgemeinschaft und dem Rat der Stadt Herne in der Heimatstube im Gebäude der Musikschule in Herne statt. 50 Jahre, in denen die Stadt treu zu den vertriebenen Ortelsburgern stand und steht. Es folgte ein Grußwort des Vorsitzenden der deutschen Minderheit aus Ortelsburg Arkardiusz Leska. Er bedankte sich für die vielfältige gute Zusammenarbeit und Unterstützung der Landsleute im Kreis Ortelsburg. An einem so schönen Tag dürfen Ehrungen natürlich nicht fehlen. Sie wurden vorgenommen von dem Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft, Dieter Chilla. Mit der Ehrenmitgliedschaft und dem Silbernen Ehrenabzeichen der Kreisgemeinschaft wurden in diesem Jahr die Mitarbeiter der Heimatstube: Ingrid Becker, Lili Kruppa und Gisela Nötzel für ihren unermüdlichen Einsatz in der Heimatstube geehrt, ebenso Irene Pichottka für ihre über 20-jährige Mitarbeit im Kreistag der Kreisgemeinschaft Ortelsburg. Die Ehrenmitgliedschaft mit dem Goldenen Ehrenabzeichen erhielt Edmund Kucinski, der ehemalige Vorsitzende der deutschen Minderheit Ortelsburg, für seine 20-jährige gute Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Ortelsburg. Edmund Kucinski ist Gründer des Vereins „Heimat“ der deutschen Minderheit in Ortelsburg. In schwierigen Zeiten steuerte er den Verein durch schweres Fahrwasser und brachte ihn zu seinem heutigen Erfolg. Nach der Ehrung überreichte Dieter Chilla seinem Vorgänger, Edelfried Baginski, ein gebundenes Werk aller „Yorckschen Jäger“, dem Vorläufer des heutigen Heimatboten. In seinem Schlusswort bedankte sich Edelfried Baginski für das Buch, vor allem aber dafür, dass die „Ortelsburger“ ihrer Heimat treu geblieben sind und nicht nachlassen, die Treffen zu besuchen. Er erinnerte noch einmal an die in diesem Jahr stattfindende Kreistagswahl und wies auf die am Eingang bereit gestellte Wahlurne und die Wahlscheine hin. Der restliche Tag stand zur freien Verfügung. Nun wurde plachandert. An Büchertischen wurden Bildbände sowie Literatur der Kreisgemeinschaft angeboten. An anderer Stelle Heimatboten, auch ältere Ausgaben. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* war ebenso vertreten wie der „Bund junges Ostpreußen“. Natürlich war auch ein Stand für Familienforschung eingerichtet. Aber was ist das schon alles gegenüber den vielen schönen Gesprächen mit den altvertrauten Bekannten und ehemaligen Nachbarn der großen Ortelsburger Familie. Das nächste Hauptkreistreffen findet am 15. September 2013 an gleicher Stelle statt. Ich hoffe und wünsche, dass wir uns spätestens dann alle wiedersehen.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Bericht vom 18. Schirwindter Treffen 2012 in Meiningen – Na, wer wird kommen, wer wird da sein? Während der ganzen Fahrt gen Meiningen bewegte uns die Frage, wer wohl die Reise noch riskieren kann. Und dann waren wir in Schirwindt – natürlich in Meiningen – aber wo Schirwindter sich treffen, da ist für uns jetzt Schirwindt! Wo sollte es sonst sein? Woran sollten wir uns denn sonst festhalten, wenn nicht an den Heimatfreunden, seit unsere liebe kleine Stadt ausgelöscht und von der Natur überwuchert ist? Am 31. August trafen wir uns, wie nun schon seit 18 Jahren, auf Einladung von Gerhard Preikschat im Schlundhaus in Meiningen. Nach endlosen Begrüßungen, denn trotz angeschlagener Gesundheit hatte Gerhard Preikschat schon am Freitag wieder mehr als 20 Schirwindter um sich versammelt, ging das Plachandern los. Bilder wurden gezeigt, Erlebnisse ausgetauscht und aufgefrischt. Schließlich wurde die Erinnerung an Harry Gertschuis und die Schirwindter Stube in Naumiestis zum Abendgespräch. Am Sonnabend stießen noch Tagesgäste dazu, wie zum Beispiel Walter Wolf, der es sich trotz seiner über 90 Jahre nicht hatte nehmen lassen, mit seiner Frau aus Vlotho anzureisen. Ja, wenn Schiwindt, wenn Gerhard ruft! Auch über den Besuch von Joachim Löwe, dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden, der die Grüße der Kreisgemeinschaft Schloßberg überbrachte, freuten wir uns sehr. In Gedanken wanderten wir ein bisschen zurück in die Geschichte Schirwindts und der Immanuel-Kirche und genossen unser Beisammensein. Abends saßen wir gemütlich in den Schloßstuben zusammen, wo die Bedienung uns freudig begrüßte, obwohl Meiningen anlässlich der Gartentage sich vor Gästen nicht retten konnte. Sie kennt bereits die Wünsche und Vorlieben der einzelnen Schirwindter. Gedichte in Hochdeutsch und Platt, Anekdoten und Erinnerungen brachten Stimmung und ließen alle Wehwehchen vergessen. Nach dem gemeinsamen Besuch des Gottesdienstes am Sonntag verabschiedeten wir uns voneinander im Vertrauen darauf, dass der Herrgott uns auch im nächsten Jahr wieder in Meiningen sehen möchte.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Schulgemeinschaft SRT Realgymnasium/Oberschule für Jungen – Unser nächstes, das 60. SRT-Schultreffen, findet vom 4. Mai bis 6. Mai 2013 in Verden/Aller statt. Im Akzent Hotel Höltje, gelegen im Zentrum der Stadt (Obere Straße 13–17, 27283 Verden/Aller), sind eine ausreichende Anzahl von Einzelzimmern zum Preise von 69 Euro/Nacht einschließlich Frühstück und Doppelzimmer zum Preise von 98 Euro/Nacht einschließlich Frühstück für dieses Treffen reserviert. Anmeldungen sollten schon jetzt unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2013“ gebucht werden, telefonisch unter (04231) 8920, per Telefax unter (04231) 892111 oder per e-Mail unter empfang@hotelhoeltje.de. Das Hotel ist auch im Internet anschaubar unter www.hotelhoeltje.de. Wir treffen uns am 4. Mai 2013 gegen 15 Uhr im Klubraum des Hotels zum gemeinsamen Kaffeetrinken. Der Ablauf des Schultreffens wird im Einzelnen dann dabei bekannt gegeben. In jedem Falle werden wir aber traditionsgemäß natürlich auch „Dampferchen fahren“. Der für das 60. SRT-Schultreffen geplante Austragungsort Hamburg ließ sich aus Kostengründen nicht realisieren. Mit Verden/Aller haben wir aber auch einen sehenswerten Ort mit einigen historischen Bauten und geschichtlichem Hintergrund ausgesucht, der uns angenehme Stunden verheißt. Liebe Schulkameraden, bitte meldet Euch rechtzeitig an, damit der Ablauf des Treffens gut geplant werden kann!



TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, E-Mail: eusebius@kabelmail.de. Stellvertreter: Siegfried Schmidtke, Marienweg 31, 50858 Köln, Telefon (02234) 996441, schmidtke@ubcom.de. Geschäftsführer: Mattias Lask, Amselweg 51, 44822 Mettmann, Telefon (0211) 1699118, mlask@online.de. Präsidentin der Kreisgemeinschaft: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, iklink@gmx.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Treffen der Heimatfreunde des Kirchspiels Herzogskirchen vom 17. bis 19. August im Hotel Schaperkrug in Celle – Am Freitag, vor dem gemeinsamen Abendessen, begrüßte Irene Kleiner die 35 Teilnehmer des Treffens und erläuterte das Programm für die beiden Tage. Bei Manfred Szibalski bedankte sie sich für seine aktive Mitarbeit und überreichte ihm als Anerkennung eine Katzenfigur. „Heimattreffen“ hieß das Gedicht, das Irene Kleiner anschließend vortrug; der Verfasser ist leider nicht bekannt. Danach folgte das Gedicht „Vaterland“ von Ernst Moritz Arndt. Irene Kleiner berichtete vom ersten Treffen der Treuburger, das am 12. Mai 1948 in Celle stattfand. Nach dem Abendessen erfolgte eine DVD -Vorführung vom letzten Treffen und vom 450. Stadtjubiläum in Treuburg von Manfred Szibalski. An Otto Gallmeister, Waltraut Pfeiffer, Werner Weylo, Kurt Jeworrek, Irmgard Grille und Hildegard Rohloff wurden von allen Teilnehmern unterzeichnete Grußkarten übersandt. Am Sonnabend eröffnete Irene Kleiner das diesjährige Treffen offiziell und berichtete vom Kreistreffen der Treuburger in Fintel, an dem zirka 200 Personen teilnahmen. Frau Irmgard Klink hat ihr Mandat als Kreisvertreterin aufgegeben. Zur neuen Kreisvertreterin wurde Frau Ingrid Meyer-Huwe gewählt. Irene trug anschließend das Gedicht „Zeit“ vor. Burkhard Kannenberg leitete die Totenehrung ein. Es wurde der Landsleute gedacht, die hier verstorben sind, aber auch derer, die im Krieg und auf der Flucht ihr Leben lassen mussten. Danach sangen wir das Ostpreußenlied. Heinz Hugel aus Saiden dankte Irene Kleiner für die Organisation des Treffens und überreichte ihr ein Präsent. Willi Bekker aus Kiöwen, ältester Teilnehmer, bedankte sich ebenfalls bei Irene und sagte, unsere Aufgabe bestehe darin, die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten und an unsere Kinder und Enkel weiterzugeben. Irene Kleiner stellte die Frage, ob überhaupt noch weitere Treffen gewünscht werden. Es gab unterschiedliche Meinungen. Die Mehrheit plädierte für ein weiteres Treffen. Vorgeschlagen wurden Potsdam oder Werder. Ronny Haase erklärte sich bereit, einen geeigneten Tagungsort zu suchen. Wer die Organisation für das Treffen übernimmt, konnte leider nicht festgelegt werden. Nach Beendigung des offiziellen Teils stand am Hotel ein Bus bereit, der uns nach Misselhorn in die Lüneburger Heide brachte. Von dort startete eine Planwagenfahrt durch die blühende Heide. Unter Gesang von Volksliedern ließen wir die prächtige Heidelandschaft auf uns wirken und verzehrten mit Appetit ein Original-Heide-Vesper. Nach der Rückkehr erwartete uns abends im Hotel ein exzellentes Buffet, das allen Teilnehmern ausgezeichnet mundete. Der Abend war ausgefüllt mit angeregten Gesprächen und dem Austausch von Lebenserinnerungen. Irene Kleiner berichtete über den Dichter Carl Friedrich August Dewischeit, der das Masurenlied „Wild flutet der See“ schrieb. Zu diesem Lied existieren unterschiedliche Texte. Der Originaltext dieses Liedes ist leider nicht mehr vorhanden. Für die gute Laune sorgte Friedhelm Keil am Keyboard. Es wurden Volkslieder gesungen, geschunkelt und auch getanzt. Am Sonntag nach dem Frühstück hat uns im Celler Schloss eine Kunsthistorikerin vom Leben der dänischen Königin Caroline Mathilde erzählt, die hier im Exil im Alter von fast 24 Jahren verstarb. Mit einem Kaffeetrinken im Cafe Müller klang das harmonische Treffen aus. Wir freuen uns schon auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

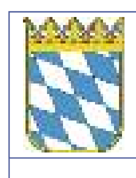


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Das Treffen der Landsmannschaft bot wieder mal eine schöne Gelegenheit, ostpreußisches Gedankengut und altes Brauchtum aufleben zu lassen. Leider kollidierte der Termin dieses Mal mit der 60-Jahrfeier der Baden-Württembergischen Landsmannschaft und des BDVs in der Stuttgarter Liederhalle. Einige Mitglieder waren natürlich dort mit dabei, so dass in der Gaststätte „Frisch Auf“ in Göppingen nur 37 Teilnehmer waren. Das Kaffeetrinken mit leckeren Kuchen fand an herbstlich gedeckten Tischen statt, wobei die dekorierten Äpfel und Pflaumen, die man dann am Schluss mitnehmen konnte, von Familie Bimbinneck gespendet waren. Der 2. Vorsitzende Wolfgang Korn begrüßte die Anwesenden, vor allem den Ehrenvorsitzenden Günter Rudat und erklärte die Abwesenheit einiger anderer Mitglieder. Er endete mit einem schönen Gedicht über den Herbst. Günter Rudat folgte mit einer Betrachtung über den Erntedank heute und im Jahre 1946. Nach dem gemeinsam gesungenen Lied „Bunt sind schon die Wälder“ las Frau Seeger eine Geschichte über „Sechs Lorbasse mit Herz“ aus dem Ostpreußenblatt vor, das alle zum Schmunzeln brachte. Ein weiteres Lied schloss sich daran an. Nach einer kurzen Pause folgte dann eine halbstündige Filmvorführung: „Eine Flussfahrt auf dem Pregel“. Der Film und die dabei eingespielten alten Fotos ließen vielen Landsleuten die Stadt Königsberg wieder ganz nah sein. Das Erzählbedürfnis im Anschluss war groß. Hatten doch viele ihre Jugend dort verbracht. Weiter ging es mit Singen aus dem eigenen, extra für die Gruppe erstellten Liederheft mit ostpreußischem Liedgut. Es folgten die Gedichte „Pilze“, (A. Lau), vorgetragen von W. Korn, sowie der Sketch: „Immobilienverkauf“ mit Frau Hattenauer und Frau Meister. Der Vortrag „Ostpreußischer Herbst“ mit dem Gedicht: „Goldener Herbst“ (von M. Sirowatka), nacherzählt von Frau Nagel, und das Gedicht „Letzter Sommer daheim“, vorgetragen durch Frau Hattenauer, beendete den kulturellen Teil des Herbstfestes. Die Teilnehmer standen auf, fassten sich an den Händen und sangen gemeinsam das Ostpreußen-Lied. Nun konnte der Wirt die vorbereiteten Grützwürste, mit Salzkartoffeln und Sauerkraut und mit viel Wurstbrühe servieren. Es durfte nachgefasst werden. Mit der Versicherung der Landsleute, es sei ein sehr schönes Herbstfest gewesen, ging die Gruppe dann auseinander.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 11. Oktober, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 17. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi: Vortrag „Die Agrarwirtschaft Ostpreußens bis in die Gegenwart“.

München Nord/Süd – Freitag, 12. Oktober, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Starnberg – Donnerstag, 11. Oktober, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Erntedankfeier.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.

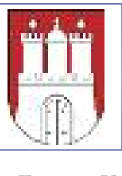
Brandenburg – Freitag, 12. Oktober, 14 Uhr, Rolandsaal des Altstädtischen Rathauses, Altstädtischer Markt 10, 14770 Brandenburg: 16. Tag der Heimat des BdV-Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark und der LO, Kreisgruppe Brandenburg. Eine Delegation der Gesellschaft der Deutschen Minderheiten aus Heilsberg wird auch teilnehmen. Interessenten sind herzlich eingeladen. Kontakt über Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 212922.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Sonnabend, 13. Oktober, 9.30 Uhr, BEW. Treffen der Kreisgruppe Elbing. – Sonntag, 14. Oktober, Große Kirche: Kranzniederlegung.



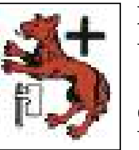
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

KREISGRUPPE



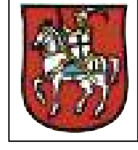
Heiligenbeil – Sonntag, 30. September, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihr Herbstfest. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen, bei Kaffee und Kuchen einige gesellige und fröhliche Stunden miteinander zu verbringen sowie in Erinnerungen zu schwelgen bei einem Film aus dem Schätzkäst-

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 19

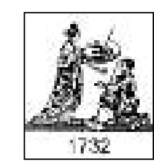
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

chen Ostpreußen aus den 1920/30er Jahren in Originalaufnahmen. Der Seniorentreff ist zu erreichen mit der Buslinie 116 bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek-Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien bis zum 28. September. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. – Für die Freunde der Heimatkreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg gibt es jetzt im Internet für den Kreis und seine Kirchspiele eine neue „Homepage“ unter dem Link www.Kirchspiel-Bladiau.de. Hier kann man außer den Kirchspielen Balga und Zinten auch das ländliche Kirchspiel Bladiau aufrufen. Viel Spaß beim „Surfen“.



Osterode – Sonnabend, 13. Oktober, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572 (unmittelbar am Bahnhof Ohlsdorf): Die Gruppe lädt herzlich zur Erntedankfeier ein. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel werden Lieder zum Herbstanfang gesungen. Zur Ausschmückung des Erntetisches freut sich die Gruppe über Spenden.

SALZBURGER VEREIN



Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein/ Nordniedersachsen – Sonnabend, 6. Oktober, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Hamburg, Adenauerallee 41: Zum Treffen wird herzlich eingeladen zu folgenden Vorträgen: 1. „Von Kiew nach Lemberg – auf der Suche nach Wurzeln der Familie“, Referent: Dr. Frank Stewner, Hamburg, 2. Film: „Wien – Porträt einer Stadt“. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt – Sonnabend, 13. Oktober, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus Am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel Erntedank mit musikalischer Begleitung.

Frankfurt am Main – Am 12. September trafen sich Mitglieder der Kreisgruppe zu einem kulturell informativ gestalteten Nachmittag. Nach der Begrüßung und Einleitung durch die Vorsitzende Gerlinde Groß und dem Singen einiger Volkslieder kam man zum Thema des Tages. Das Augenmerk richtete sich auf das Friedenspapier der deutschen Heimatvertriebenen, die Charta aus den fünfziger Jahren, den „Tag der Heimat“ und die Rückbesinnung auf beinah siebzig Jahre Vertriebenengeschichte. Die Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, brachte es unter anderem in ihrer Festrede zum „Tag der Heimat“ in Berlin auf den Punkt. In der Charta lautet es: „Die Verteilung der Lasten des Krieges auf die gesamte Bevölkerung und ihre wahrhaftige Durchführung.“ Erika Steinbach mahnte: „Dieser Tag ist aber nicht nur ein Tag der Vertreibungsopfer und ihrer Nachfahren, sondern es geht auch oder gerade die von diesem Schicksal verschonten Deutschen an. Vertriebene wurden für den Zweiten Weltkrieg in Kollektivhaftung genommen, obwohl sie dafür nicht mehr oder weniger als die in West- und Mitteldeutschland Lebenden verantwortlich gewesen sind. (...) Die Vertreibung geht alle Deutschen etwas an. Sie ist, ob es nun gefällt oder nicht, ein gewichtiger Teil unserer gesamtdeutschen Identität und unser kulturelles Erbe, das uns alle prägt.“ Die Charta zeigte schon vor einigen Jahrzehnten in die richtige Richtung; in den Aufbauwillen zu einem vereinigten, friedlichen Europa. Trotz oftmals starkem Gegenwind und Zersetzungsversuchen nicht wohl gesonnener politischer Gutmenschen haben sich die Vertriebenen immer daran gehalten, mit allen Kräften am Aufbau demokratischer Strukturen mitzuwirken und eine feste, tragbare Brücke in den Osten gebaut. Unzählige Beispiele zeugen davon. Der hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, sprach ebenfalls am „Tag der Heimat“ richtungsweisende Worte in Berlin: „Zukunft braucht Herkunft!“. Er bestätigte dabei die Aufbauleistung der Vertriebenen und motivierte zum fortwährenden gesellschaftlichen Engagement. Worte, die auf viel zu leistende Kulturarbeit hinweisen und besagen, dass es viel zu tun gibt, unser gesamtdeutsches Erbe nach den Vernachlässigungen in den Schulen in die Zukunft zu tragen und Traditionen zu pflegen. Denn sie transportierten Werte und prägen das friedliche Zusammenleben nachfolgender Generationen. Eine intensive Diskussion beendete das Zusammentreffen und man freute sich auf das nächste Mal.



Wetzlar – Dienstag, 9. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe zur Erntedankfeier. – Donnerstag, 11. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird „Falscher Hase“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte anmelden bis 5. Oktober bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Rinteln – Donnerstag, 11. Oktober, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Beim Monatstreffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger wird das Ehepaar Radke aus Bückeburg, beide Russlanddeutsche, über die Geschichte der Deutschen berichten. „Die Geschichte und der Leidensweg der Deutschen aus Russland.“ Die ersten deutschen Kolonien in Russland entstanden bereits vor 250 Jahren. Nach zunächst sehr guten Lebensverhältnissen dort kamen jedoch Jahrzehnte des Leidens, der Verfolgung und Diskriminierung, besonders vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Weg der Deportation und Zwangsarbeit führte die Deutschen nach Sibirien und in entlegene Gebiete in den asiatischen Teilen der ehemaligen Sowjetunion. Angst, Zurückweisung und Benachteiligung begleiteten diese Menschen von da an. Kurz vor und nach der Auflösung der UdSSR machten sich dann viele auf den Weg in die ferne Heimat Deutschland, die ihre Vorfahren vor 250 Jahren verlassen hatten. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071

Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2013“ zum Vorzugspreis.

Auch in diesem Jahr bieten wir den beliebten Kalender für Heimatkreisgemeinschaften und die Landesgruppen zum Vorzugspreis von 15 Euro zuzüglich Versand an.

Bestelleungen richten Sie bitte an: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., z. Hd. Frau Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 17. Oktober, 17.30 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch.

Bielefeld – Donnerstag, 11. Oktober, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 18. Oktober, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 15. Oktober, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Ennepetal – Sonnabend, 13. Oktober, 16 Uhr, Rosine: Erntedankfest. – Donnerstag, 18. Oktober, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Essen – Freitag, 19. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dolldendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: Erntedank in Pommern und Ost- und Westpreußen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Treffen der Frauengruppe – Am 12. September hat die Frauengruppe der LOW ihr monatliches Treffen ins Niederbergische Heimatmuseum Wülfrath verlegt. Eine schön eingedeckte echte Bergische Kaffeetafel erwartete 50 Personen in Leverkusen. Liebevoll wurden Informationen über die echte Bergische Tafel erteilt sowie auch Informationen über alles, was sich im Museum befindet mit historischen Hintergründen. Ein Film über das Brotbacken war sehr aufschlussreich. Die Gruppe war sehr zufrieden und voller Hochachtung für die ehrenamtliche Arbeit der Damen im Museum.

Münster – Treffen der ehemaligen Königin-Luiseschule zu Königsberg, Oberschule für Mädchen, vom 24. bis 26. August 2012 im Münster – Zum neunten Mal traf sich die Gemeinschaft der Königin-Luise-Schule, Oberschule für Mädchen zu Königberg im Stadthotel in Münster. Es kamen 33 Personen, und das bei einem Durchschnittsalter von 85 Jahren der Mitschülerinnen und teils weiten Anfahrtswegen. Sie kamen aus München, Stuttgart, Berlin, Hamburg, Kiel. Eine reiste sogar aus Zürich an. Hohes Alter und Krankheit hinderten viele am Kommen. So musste auch die Mitschülerin Gisela Kottmeier, geb. Wilhelmi, kurzfristig wegen Krankheit absagen. Ihr verdankten die Teilnehmer durch Hilfstransporte an die russische Nachfolgeschule in Königsberg die Grundlage für die guten Beziehungen, die jetzt Dr. Wilm Reimchen, der fließend russisch spricht, aufrecht erhält. Die seit einem Jahr sich im Amt befindende Schuldirektorin Eleonore Simonowa spricht leider überhaupt nicht deutsch. Sie ist den Ehemaligen aber sehr wohl gesonnen und setzt sich auch für die Rükkbenennung der Schule 41 in Königin-Luise-Schule bei der Stadtverwaltung ein. Auf Initiative der jungen Deutschlehrerin, die eben-

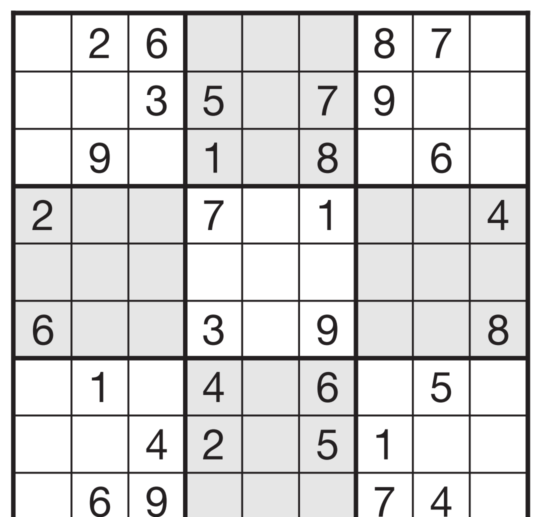
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Sudoku

	2	6				8	7	
		3	5		7	9		
	9		1		8		6	
2			7		1			4
6			3		9			8
	1		4		6		5	
		4	2		5	1		
	6	9				7	4	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



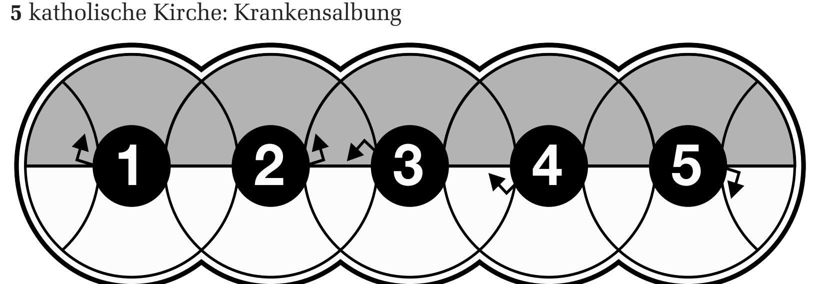
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Sportarten.

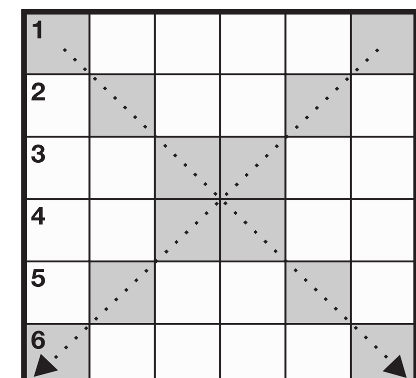
1 Schreitvogel
2 Teil des Tages
3 FKK-Anhänger
4 Stadt im Sauerland
5 Entgelt (Beamte, Angestellte)
6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Gespräch.

1 Bestie, **2** Netzhaut des Auges, **3** Aufseher in einem Nationalpark, **4** Nachsicht, **5** katholische Kirche: Krankensalbung





So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Reiher, 2. Morgen, 3. Nudist, 4. Altena, 5. Gehalt, 6. Norden – Rodeln, Reiten

Kreiskette: 1. Unter, 2. Retina, 3. Ranger, 4. Geduld, 5. Oelung – Unterredung

Sudoku:

5	2	6	9	4	3	8	7	1
4	1	3	5	6	7	9	2	8
7	9	5	1	2	8	4	6	3
2	3	8	7	5	1	6	9	4
9	4	1	6	8	2	5	3	7
6	5	7	3	4	9	2	1	8
8	1	2	4	7	6	3	5	9
3	7	4	2	9	5	1	8	6
1	6	9	8	3	4	7	4	2

PAZ12_39

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

falls seit einen Jahr an der russischen Schule 41 tätig ist, erhielt die Schule 40 deutsch-russische Lehrbücher kürzlich von der Schulgemeinschaft über den Malteser Hilfsdienst. Damit haben die Ehemaligen der russischen Schule einen großen Gefallen getan, berichtete Brunhild Roschanski M.A., die Schulsprecherin der Königin-Luise-Schulgemeinschaft. Das Schultreffen begann nach dem gemeinsamen Abendbrot am Freitag, 24. August, mit dem Videofilm „Die Samlandbahn", der die einzelnen Stationen vom Königsberger Nordbahnhof zu den Seebädern Rauschen und Cranz zeigte, so auch die Station Galtengarben, dem ehemaligen Ausflugsziel der Königin-Luise-Schule. Der Film löste schöne Erinnerungen aus. Nach den Informationen über den weiteren Verlauf der Veranstaltung seitens Brunhild Roschanski erfolgte am Sonnabend ausgezeichnete Musik von Robert Schumann, die die Schwestern Ingeborg Roloff und Brigitte Robiller darboten. Auch im Verlauf des weiteren Tages hörten die Teilnehmerinnen von ihnen weitere Musik von Robert Schumann. Dann gab es das Hauptreferat von Dr. Bärbel Beutner über die Prussen die Vorfahren der Ostpreußen. Es war ein guter, detaillierter Vortrag. Nach Musik, Mittagessen mit Königsberger Klopsen, Kaffeetrinken, wiederum Musik konnten die Anwesenen einen Dia-Vortrag von Mitschülerin Leonore Bellotti, geb. Fink, ansehen. Sie war mit ihren 86 Jahren im Sommer 2012 wieder nach Königsberg gefahren und hat bewundernswerterweise freisprechend, hoch interessant über ihre Eindrücke dort berichtet. Es folgten der Kassenbericht von Brunhild Roschanski, Musik, ein fröhliches Gedicht, vorgetragen von Eleonore Rangwich, und dann die Schluss- und Dankesworte von Brunhild Roschanski. Die Teilnehmerinnen sangen gemeinsam das Ostpreußenlied und ihr Schullied, und dann ging es um den gemütlichen Ausklang des Tages. Am Sonntagvormittag unternahm die Gruppe noch eine gemeinsame Stadtrundfahrt mit dem Bus. Danach kam das große Abschiednehmen. Es war ja das letzte Schultreffen der Schulgemeinschaft Königin-Luise-Schule. Brunhild Roschanski betonte aber noch einmal, dass der Kontakt zu den Mitschülerinnen nicht abbrechen werde. Solange es ihre Kräfte erlauben, werde es weiterhin Schulrundbriefe geben.

Witten – Montag, 15. Oktober, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Erntedank nach ostpreußischer Tradition mit Traditionsessen.

Wuppertal – Sonnabend, 13. Oktober, 15 Uhr, Hofaue 51, Kolkmannhaus Wuppertal-Elberfeld: Die Gruppe feiert das Erntedankfest.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

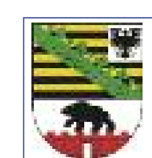
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Donnerstag, 18. Oktober, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Kaffeestunde der Damen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn. – Mittwoch, 17. Oktober, 10 Uhr, Treffpunkt Apotheke an der Zentralhaltestelle: Treffen der Wandergruppe. – Freitag, 19. Oktober, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Freitag, 12. Oktober, 15 Uhr, Sportgaststätte, TUS-Fortschritt, Zielitzer Straße: Die Gruppe trifft sich zu Singproben des Singekreises. – Sonntag, 14. Oktober, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Die Gruppe trifft sich zum Erntedank.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Bericht von der Septemberrunde – Nach der Begrüßung der Teilnehmer übermittelte die Vorsitzende Grüße und Genesungswünsche an Katharina Makarowski, die diesmal nicht dabei sein konnte. In der Reihe „Schlösser und Herrenhäuser der Umgebung" hatte Gisela Brauer einen Text über das Jagdschloss Malepartus in Bargteheide zusammengestellt. Das Gebäude wurde erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts errichtet. Durch den häufigen Wechsel der Eigentümer und der Nutzung hat das Anwesen doch eine interessante Geschichte. Die längste Zeit war es Eigentum der Post und als Ausbildungsstätte der Deutschen Bundespost bis 1995 allgemein bekannt. Von der Telekom AG kaufte eine private Seniorenpflegeeinrichtung das Grundstück. In einem Nebengebäude (Apartmenthaus) befinden sich vollstationäre Pflegeplätze, im Hauptgebäude sind Schulungsräume für die staatlich anerkannte Altenpflege untergebracht. Im Hauptgebäude können auch Eheschließungen des Standesamts Bargteheide durchgeführt werden und die jungen Eheleute können mit ihren Gästen die aufwendig renovierten Räumlichkeiten und das Restaurant für ihre Feier in Anspruch nehmen. Der Nachmittag klang aus mit Gesprächen über Erlebnisse und Erfahrungen in der Nachkriegszeit.

Malente – Sonntag, 7. Oktober, 15 Uhr, Maria-Magdalenen-Kirche: Erntedankfeier. Pastorin Grunert wird zum Erntedankfest sprechen. Die Feier wird gemeinsam mit den Schlesiern durchgeführt. Anmeldungen bitte im Blumenhaus Frank (Inhaber R. Dluzak) in der Bahnhofstraße vornehmen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen. Im Anschluss findet im Haus der Kirche, Janusallee 5, ein gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen statt. Jeder kann durch persönliche Beiträge zum Gelingen des Nachmittags beitragen.

Neumünster – Mittwoch, 10. Oktober, 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Erntedankfeier. Gäste sind willkommen. – Zahlreiche Teilnehmer konnte die 1. Vorsitzende Brigitte Profé am 12. September zur monatlichen Veranstaltung begrüßen. Vor der Kaffeepause wurden die Geburtstage der Mitglieder verlesen und ihnen alles Gute gewünscht. Nach altem Brauch wurde ein Geburtstagslied gesungen. Als 2. Kassenprüfer konnte Gerd Höpfner mit einer Stimmenenthaltung bestätigt werden. Für die Veranstaltung „Die schnelle und kompetente Hilfe rund um die Uhr, Tipps, Sicherheit für Senioren, Kontakte und Informationen" konnte die Gruppe den Mitarbeiter im Sachgebiet „Prävention" der Polizeidirektion Neumünster gewinnen. Herr Fischer gab hilfreiche Tipps, angesprochen wurden auch Tricks an der Haustür, der Enkeltrick, Einbruchschutz, den Einbrechern das Leben schwer machen, auf Nummer sicher gehen, die Polizei, dein Freund und Helfer, sich bei der Polizei informieren, Kontaktaufnahme immer unter 110. Es entstand eine lebhafte Diskussion und keine Frage blieb offen. Danke, Herr Fischer, für die interessanten und informativen Gespräche.



THÜRINGEN

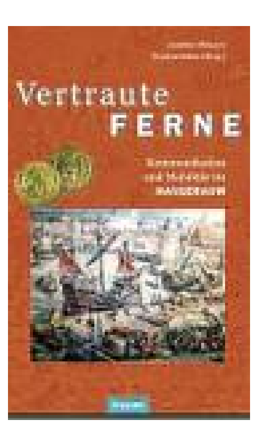
Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Montag, 15. Oktober, 14 Uhr, Mühlhausen, Volksolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg. – Dienstag, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Eisenach, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen zum Erntedank. – Mittwoch, 17. Oktober, 10 Uhr, Mühlhausen: Treffen der Heimatgruppe Ermland. Wanderung.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Gegen Klischees

Erhellendes Buch über die Hanse



Zu der noch bis zum 14. Oktober im Ostpreußischen Landesmuseum gezeigten Ausstellung „Vertraute Ferne. Kommunikation und Mobilität im Hanseraum" ist ein gleichnamiger Band erschienen.

Wer sich hiervon eine Vorstellung der Exponate verspricht, wird enttäuscht sein. Ausdrücklich heißt es in der Einleitung: „Dieser Band versteht sich nicht als klassischer Ausstellungskatalog im engeren, vorrangig ausstellungsvertiefenden Sinn, auch wenn eine vollständige Liste der gezeigten Exponate zur Erleichterung zukünftiger wissenschaftlicher Projekte am Ende abgedruckt ist. Vielmehr will die Ausstellung neue Impulse im Zugang zur Hanse anregen, weshalb über das darin Gezeigte hinaus die Herausgeber und Autoren hier die Möglichkeit zum Weiterlesen auch von bislang nicht oder nur am Rande Thematisiertem bieten wollen. Entsprechende Anregungen liefern die fokussiert Teilaspekte ausleuchtenden Spezialbeiträge sowie das abschließende Literaturverzeichnis."

> Bild des Bundes ist heute meist politisch motiviert

Herausgekommen ist eine heterogene Aufsatzsammlung, deren offenkundig verbindendes Element ist, dass alle Beiträge irgendwie mit Mittelalter oder Früher Neuzeit sowie Mittel- oder Westeuropa zu tun haben. Neun Beiträge sind unterteilt in die fünf Rubriken „Räumliche Ferne", „Kulturelle Nähe", „Transport von Gütern", „Orte der Kommunikation und Mobilität von Menschen". Die sechste Rubrik mit dem Titel „Ausklang" sticht hervor durch ihren überzeugenden Bezug zum Thema der Ausstellung beziehungsweise dem Veranstaltungsort.

Während der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums Joachim Mähnert über die transnationale Kulturarbeit seines Hauses schreibt, führt Gerrit Deutschländer sehr plastisch und humorvoll dem Leser vor Augen, wo überall uns die Hanse selbst heute noch begegnet.

Da es sich bei dem Gros der Aufsätze erklärtermaßen um „Spezialbeiträge" handelt, die nur „Teilaspekte" des Themas behandeln, sticht der erste, den genannten Rubriken vorangestellte Beitrag positiv hervor.

Während nämlich bei manchem anderen Aufsatz der Bezug zum Thema der Ausstellung und des Buches nicht unbedingt evident ist, hat man bei diesem ersten Beitrag den Eindruck, dass er für den Sammelband geschrieben wurde. Er stammt von Stephan Selzer, neben Joachim Mähnert der zweite Herausgeber des Bandes.

Bei dem Herausgeber des Werkes „Die mittelalterliche Hanse" merkt man wohltuend, dass er nicht nur in einem Spezialgebiet firm ist, das mehr oder weniger mit dem Ausstellungsthema zu tun hat, sondern in der Thematik drin steckt. Erfreulicherweise präsentiert sich der Professor für Mittelalterliche Geschichte an der Hamburger Bundeswehruniversität wider das Klischee vom verstaubten, gegenwartsfernen Mediävisten als für Geschichtspolitik sensibilisiert.

Entsprechend aufschlussreich sind seine Ausführung über die politisch motivierte Manipulation unseres Bildes von der Hanse bis in die Gegenwart. Schade, dass die Herausgeber nicht einen größeren Teil des Buches selbst verfasst haben.

Manuel Ruoff

***„Vertraute Ferne. Kommunikation und Mobilität im Hanseraum"**, herausgegeben von Joachim Mähnert und Stephan Selzer, Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, Husum 2012, gebunden, gebunden, 120 Seiten, 17,95 Euro*

Leben wie Gott in Südfrankreich

Die Köchin, die Weberin und die Winzerin: Begegnungen mit drei außergewöhnlichen Frauen des Beaujolais

Südfrankreich – da denkt man an Sonne, Strand und blaues Meer. Diesmal aber führt der Weg in weniger bekannte Gefilde als in die Provence oder an die Côte d'Azur. Abseits ausgetretener Touristenpfade, in der Region Rhône-Alpes, gibt es insbesondere im Herbst zur Zeit der Weinlese vieles zu entdecken und zu erschmecken: Kunst und Kultur ganz allgemein – und im Besonderen Koch-Kunst und Ess-Kultur.

Im Zentrum der Region liegt die 2000 Jahre alte Stadt Lyon, die mit Fug und Recht als Wiege der französischen Kochkunst bezeichnet werden kann. Wer es in Paris als Küchenchef zu Ansehen und Sternen gebracht hat, stammt nicht selten aus dieser Gegend, in der Milch und Honig fließen. Der berühmteste Koch der Welt ist hier zu Hause: Paul Bocuse, mittlerweile weit über 80, hat es vorgezogen, nicht nach Paris zu gehen, sondern zu bleiben, wo seine Wurzeln sind und er die besten, schmackhaftesten Produkte direkt vor der Haustür findet.

Sein Handwerk hat Bocuse bei einer Frau gelernt: „Mère Brazier“, eine der berühmten „Mütter“ von Lyon. Sie selbst, Jahrgang 1895, weilt natürlich nicht mehr unter den Lebenden, aber ihr Restaurant „Mère Brazier“ hat überlebt, und es weht noch immer ein Hauch ihres Geistes durch die Räume.

Diese „Mères“ genannten Köchinnen waren im Lyon der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Institution. Sie führten selbstständig ihr Restaurant, kochten bodenständige Gerichte aus frischen Produkten der Region zu erschwinglichen Preisen und stellten so einen Kontrapunkt dar zur raffinierten, bisweilen schon dekadenten „Haute Cuisine“ des Großbürgertums.

Paul Bocuse lernte bei einer „Mère“, wie man richtig kocht

Im urtümlichen Restaurant begegnet man Eugénie Brazier dann sogar persönlich in Form eines ganz und gar lebensecht wirkenden Portraits: Sie wirkt weder schön noch elegant, dafür rund und gesund, resolut und rustikal. Man kann sich gut vorstellen, wie sie einst „Liebe und Hiebe“, beides wohl dosiert, zum Einsatz brachte, um dem jungen Paul Bocuse das Einmaleins des Kochens beizubringen.

Den oberhalb des Lokals der Mère Brazier gelegenen Hügel des „Croix-Rousse“ erkundet man am besten zu Fuß. In früheren Zeiten Sitz der Seidenweber, zählt er heute zum Unesco-Weltkulturerbe. Mit Seide hatte es die Stadt zu Reichtum gebracht, aber wie so oft, blieb an den Werktätigen vom Wohlstand herzlich wenig hängen. Das Geld verdienten die Seidenhändler, denen das Rohprodukt gehörte und in deren Auftrag die Weber tätig waren. Festpreise für ein fertig gewebtes Stück gab es nicht, das war Verhandlungssache. Alte Dokumente von Hungersnöten und blutig niedergeschlagenen Weberaufständen erinnern an vergleichbare Zustände in deutschen Landen, an die Not der schlesischen Weber im 19. Jahrhundert.



Eine Landschaft wie aus dem Bilderbuch: Weinstöcke, sanfte Hänge und mittelalterliche Orte sind die Markenzeichen des Beaujolais, wo in diesen Tagen die Weinlese des berühmten Burgunder beginnt Bild: Friedrich

Heute stellt das Weben von Seide ein Kunsthandwerk dar, das nur noch ganz Wenige auszuüben verstehen. Eine Frau, die diese Kunst in Vollendung beherrscht, ist Agnès Alauzet. Ganz oben auf dem Hügel im „Maison des Canuts“, dem Museum der Lyoner Seidenweberei, ist sie zuständig für die fachlichen Demonstrationen an den wenigen noch erhaltenen historischen Webstühlen. Als einzige im Team des Museums ist sie außerdem in der Lage, diese instandzuhalten und bei Bedarf zu reparieren.

Äußerst konzentriert, in sich gekehrt und fast scheu, demonstriert Madame Alauzet die hoch komplizierten Vorgänge, mit denen bunte Blütenmuster oder edler Seidensamt gewebt werden. Wie ihre Kollegen berichten, hatte sie unlängst einen Spezialauftrag aus dem niederländischen Königshaus: Nach historischer Vorlage hat sie einen neuen Seidenbezug gewebt für den Thron von Königin Beatrix.

Das eigentliche Herz der Region schlägt jedoch auf dem Lande. Ein Ausflug führt von Lyon aus in nordöstlicher Richtung ins Beaujolais. Durch eine sanfte Hügellandschaft mit Laubwäldern und Weinbergen geht es ins kleine Winzerdorf Chénas, ein paar Kilometer südlich von Mâcon. Hier lebt eine Frau, die mit beiden Beinen fest im Leben steht und mit einem glücklichen Lächeln im Gesicht drei „Jobs“ gleichzeitig bewältigt: Nathalie Fauvin ist selbstständige Winzerin mit eigenem Weinberg, Wirtin einer Hotelpension und Mutter einer kleinen Tochter.

Der Spitzensaft Gamay reift im Weinfass am besten

„Wenn man so glücklich ist wie ich, geht alles irgendwie“, sagt sie bescheiden. Mutter Josette steht ihr in der Küche und im Betrieb zur Seite, wenn Gäste Halbpension buchen, was sehr zu empfehlen ist. Denn „Mère Josette“ kocht genau so gut wie einst die berühmten Mères Lyonnaises. Natürlich muss man als Gast auch noch die Weine des Hauses probieren, die auf dem insgesamt fünf Hektar großen, vom Großvater ererbten Weinberg gedeihen. Und es lohnt sich: Aus der Rebsorte Gamay produziert Nathalie Fauvin Burgunder, die den Gaumen verwöhnen. Die Trauben werden von Hand gelesen, danach reift der Wein im Holzfass, um eine schöne, dunkelrote Farbe und eine angenehme Balance aus Fruchtaromen und Tanninen zu bekommen.

Am nächsten Morgen, bei einem ausgezeichneten und für französische Verhältnisse herzhaften Frühstück mit Croissants, Brioches, Rührei, Speck und Milchkaffee genießt man von der Panoramaterrasse aus den weiten Blick vom Hügel über das noch vom Morgennebel verhangene Tal. Ein abschließender Blick gilt Nathalies kleinem Museum mit einer interessanten Sammlung alter Gerätschaften und historischer Fotos, die den Weinbau von früher dokumentieren.

Drei außergewöhnliche Frauen haben wir in diesen Tagen getroffen – zwei, die mitten im Leben stehen und eine historische Persönlichkeit. Beruflich engagiert und tüchtig, haben sie ihr Leben selbst in die Hand genommen. Hier im Beaujolais lassen die Männer den Frauen gerne den Vortritt, solange der Wein nur in Strömen fließt. *Angelika Fischer*

Restaurant „La Mère Brazier“, 12, rue Royale, F-69001 Lyon, Tel. +33(0)478231720, www.lamerebrazier.fr.

Maison des Canuts, 10-12, rue d'Ivry, F-69004 Lyon, Tel. +33(0)478286204, täglich außer sonntags 10 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 6,50, Kinder 3,50 Euro, www.maisondescanuts.com.

Auberge des Hauts de Chénas, F-69840 Chénas, Restaurant geöffnet von Mai bis Oktober jeden Freitag bis Sonntag. Tel.: +33(0)474067631, www.hautsdechenas.fr.

Vom Wohlfühlklima in Kühlschrank-Wohnungen

Für einen Besuch in der Westernstadt Tucson des US-Bundesstaates Arizona darf man nicht hitzeempfindlich sein

Kaum durch die Schiebetüren des klimatisierten Flughafens nach draußen gegangen, haut mich Hitze um. Dabei hatte noch im Flugzeug der Pilot die Temperatur angekündigt: 102 Grad Fahrenheit. Aber wer weiß schon, dass damit 40 Grad Celsius gemeint sind?

„Dabei ist es heute viel kühler“, tröstet mich Jon, mein Gastgeber, der mich in seinem klimatisierten Van abholt, „gestern hatten wir 112 Grad.“ Er meint 44 Grad Celsius. Hitze ist immer ein Thema in Tucson (sprich: Tuhßon). Die nach der Hauptstadt Phoenix zweitgrößte Stadt des an Mexiko angrenzenden US-Bundesstaats Arizona liegt mitten in der Wüste. Umgeben von Kakteen und Klapperschlangen leben 500 000 Menschen in klimatisierten Räumen.

Ich bin für ein paar Tage zu Besuch bei einem befreundeten Ehepaar. Jon und seine Frau Karen leben auf einem 20 Hektar großen Land knapp außerhalb der Stadt. Der Weg dorthin führt durch Downtown Tucson. Die für amerikanische Städte typischen Wolkenkratzer in der City fallen hier verhältnismäßig niedrig aus. Tucson ist eher flach gehalten. Auf meine Frage, wo denn die Stadtmitte sei, da nirgends Shops oder Bars zu sehen sind, schüttelt Jon verwundert den Kopf. „Aber wir sind mitten drin.“ Er zeigt auf die Plaza der University of Arizona. Das Zentrum der Stadt und des Nachtlebens bilden demnach der Campus und das Viertel um die älteste Universität Arizonas.

Wer etwas einkaufen will, erklärt mir Jon, fährt zu den Walmart-Läden und den riesigen „Shopping malls“ am Stadtrand. In der City arbeiten nur die Manager und Angestellten in ihren Büros. Außer am Univiertel sei nachts alles verwaist.

Dafür ist bei der Ankunft in Jons Hazienda umso mehr los. Karen, ihre drei Kinder, zwei Ziegen und etliche Hühner veranstalten ein lautes Begrüßungskonzert. Bei der Ankunft werden sofort die Türen geschlossen. Die Hitze muss draußen bleiben! Drinnen rattert die Klimaanlage ununterbrochen. Kein Wunder, dass die Amerikaner Weltmeister beim Energieverbrauch sind. In Tucson gleichen die Häuser Kühlschränken in heißer Umgebung. Mein Schlafzimmer wird auf 18 Grad heruntergekühlt, was das Schlafen eigentlich angenehm macht, wäre da nicht das Ventilator-Dröhnen mit einem Luftzug in gefühlter Orkanstärke.

Nachdem ich mein Winterfell abgelegt und mir T-Shirt und Shorts angezogen habe, zeigen Jon und Karen mir voller Stolz ihr Land. Zum nächsten Nachbarn ist es eine Meile. Eine unsichtbare Grenze trennt die wegen Kakteen und vertrocknetem Dornengestrüpp schwer begehbaren Areale voneinander. Vor hundert Jahren hatten Jons Vorfahren das Land für eine Handvoll Dollar erworben. Heute ist es ein Vermögen wert. Warum zieht es die Menschen bloß in diese Wüste? Um sich einen Weg durch das Dornengeflecht zu bahnen, haben die Indianer früher Trails in den ausgetrockneten Boden getreten. Auf diesen Pfaden sind die ersten Siedler in das unwirtliche Gebiet gelangt. Was einige dazu bewegt hat, sich hier niederzulassen, bleibt deren Geheimnis. Vieh- und Landwirtschaft sind unmöglich, denn hier regnet es nur fünf Mal im Jahr. Jetzt lebt Tucson wie auch Las Vegas vom Wasser des Colorado-River des nahen Grand Canyon, ein Durst, der den Fluss wie auch den Hoover-Stausee immer mehr versiegen lassen.



Recht stachelig: Riesenkakteen sind Tucsons Wahrzeichen Bild: tws

Auf dem Weg vorbei an den bis zu 20 Meter hohen Kandelaberkakteen, die auch für den nahen Saguaro-Nationalpark der Sonora-Wüste so typisch sind, warnt mich Jon: „Vorsicht, komm' dem Stein dort nicht zu Nahe.“ Als er mit einem Stock an dem Brocken herumstochert, ertönt ein Rasseln. Hier brütet eine Klapperschlange ihre Jungen aus. Einmal hat er eine der Giftschlangen sogar im Haus entdeckt, erzählt er. Es gelang ihm, sie mit einer Schaufel zu entfernen. Aber für den Notfall hat er immer einen Revolver im Schrank. Nein, ein Waffennarr sei er nicht, betont der überzeugte Demokrat.

Im ansonsten konservativen Arizona, stehen Karen und Jon ebenso wie weit über 50 Prozent der Einwohner Tucsons aufseiten Barack Obamas. „Er macht einen guten Job“, sagt Jon über den US-Präsidenten, nur die „Obamacare“, wie die neue Krankenpflichtversicherung kurz genannt wird, sei doch reiner Sozialismus.

Keine Angst vor den Javelinas!

Ich kann nur hoffen, nicht von Schlangen, Pumas oder anderen wilden Tieren angefallen zu werden, um mich von teuren US-Ärzten behandeln zu lassen. Einige Tage später erschrecke ich aber doch. Als ich draußen im heißen Pool schwitze, kommt eine Horde wilder Schweine und schlabbert seelenruhig Wasser. „Das sind ‚Javelinas‘“, erklärt mir Karen, „die sind harmlos und tun Menschen nichts.“ Manchmal kommen diese kleineren Verwandten europäischer Wildschweine von den nahen Bergen herunter, um sich an den leicht zugänglichen Swimming- und Whirlpools oder Springbrunnen zu erfrischen.

Gerade, als ich mich akklimatisiert habe, geht meine Zeit in Tucson schon zu Ende. Im Van, mit dem mich Jon zum Airport fährt, friere ich fast angesichts der eisigen 20 Grad im Wageninneren. Jon fährt diesmal nicht durch die City. Er will mir einen Flughafen der US-Air Force zeigen. Und ich staune nicht schlecht: Kilometerweit geht es an hunderten, nein, tausenden Militärmaschinen vorbei. Hier warten seit Jahren Kampfbomber und Jets auf ihren Einsatz, um das stets paranoide Amerika vor Angriffen zu bewahren. Im Notfall können die Flieger innerhalb eines Tages startklar gemacht werden. Bis dahin schützt sie das trockene Wüstenklima und die salzfreie Luft vor Rost und Alterung.

Da kann ich nur froh sein, in meiner Zeit in Tucson außer einem Sonnenbrand wenigstens keinen Rost angesetzt zu haben. *Harald Tews*

Jesus und Heroin

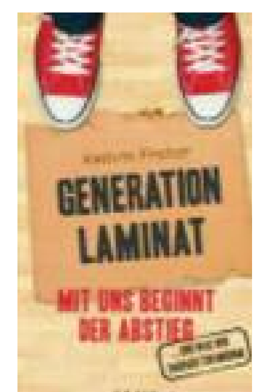
Ein Leben in Extremen

Jesus Freaks nannte sich eine Gemeinschaft junger Christen aus der Hamburger Szene, die sich 1992 auf Initiative von Martin Dreyer und einigen Gleichgesinnten gründete und bundesweit bekannt wurde. „Jesus-Freak. Leben zwischen Kiez, Koks und Kirche“ ist der Titel der Autobiografie von Martin Dreyer, in der er mit großer Offenheit aus seinem Leben erzählt. Erst Junkie, dann begeisterter, engagierter Christ, danach erneut ein Absturz vor 13 Jahre nach einem Burnout: Dreyer verfiel in Depressionen, nahm wieder Drogen und überlebte 1999 wie durch ein Wunder die Folgen einer Überdosis Heroin. Ihm ist nun bewusst, dass Gott nicht nur einmal vergibt und dass es nie zu spät ist für einen Neuanfang.

Punk, Missionar und Süchtiger

Geboren wurde der Autor 1965 in gutbürgerlichen Verhältnissen in Hamburg-Poppenbüttel. Sein Buch beginnt in der Drogenentzugsstation einer Klinik, in die er im August 1999 nach mehrtägigem Koma eingeliefert worden war. In einer christlichen Einrichtung erholte er sich nach und nach. Um sich darüber klar zu werden, was genau in seinem Leben schief gelaufen ist und warum er immer wieder zu Drogen griff, begann er, seine Lebensgeschichte aufzuschreiben. Um es vorweg zu nehmen: Gerade dieser Punkt wird nicht geklärt. Die Neigung, sich mit Drogen zu berauschen, kam frühzeitig bei ihm zum Vorschein. Da war er 15 Jahre alt, Gymnasiast und kleidete sich als Punk. Dann beeindruckte ihn die Bekehrung seiner ganzen Familie – Mutter, Vater und drei Schwestern – bei den charismatischen Abendgottesdiensten von Pastor Kopfermann. Mit Anfang 20 bereiteten er und sein erste Frau Ulrike sich auf ein Leben als Vollzeitmissionare auf Spendenbasis vor. Einige Monate war er als Straßenmissionar in Amsterdam im Einsatz, anschließend in Sibirien. 1991 fanden im Wohnzimmer des jungen Ehepaars sogenannte „Jesusabhängabende“ statt. Die Gruppe, die sich dort traf, nannte sich „Jesus Freaks“ und mietete Räumlichkeiten im Stadtteil St. Pauli an. Mehrere Zeitungen berichteten in den 90er Jahren über ihre radikalen, schrillen und provozierenden Straßenaktionen. Parallel zu seiner Arbeit als Gemeindeleiter machte Dreyer eine Ausbildung als Suchttherapeut und Theologe, wurde als Redner zu christlichen Konferenzen eingeladen, war „Christ des Jahres“ beim christlichen Medienmagazin „idea“. Nach seinem Absturz in die Heroinsucht wandten sich die Leiter der Gemeinde, die er einst gegründet hatte, von ihm ab. Dreyer heiratete erneut und hat seit 2010 eine kleine Tochter. Beruflich fand er nach seiner Gesundung einen neuen Weg, wobei er seinem Ansatz, Menschen ohne christliche Prägung mit der Botschaft der Bibel zu erreichen, treu blieb. 2005 veröffentlichte er die „Volxbibel“, eine in christlichen Kreisen umstrittene, äußerst freie Bibelübersetzung im Jugendslang. Seine ansprechende Autobiografie wird man so leicht nicht aus der Hand legen, sofern die Bereitschaft vorhanden ist, sich auf die Erfahrungen eines Lebens in Extremen einzulassen. *D. Jestrzemski*

***Martin Dreyer: „Jesus-Freak. Leben zwischen Kiez, Koks und Kirche“**, Pattloch, München 2012, broschiert, 304 Seiten, 18 Euro*



Mittelschicht in Aufruhr

Autorin klagt über schwindenden Wohlstand

Ja, die Autorin Kathrin Fischer hat mit ihren Gefühlen nicht unrecht: Den meisten berufstätigen und jungen Deutschen wird es in Zukunft eher schlechter als besser gehen. Ständig wachsender Wohlstand gehört vermutlich für die meisten der Vergangenheit an. Doch das, was die ehemalige freie Mitarbeiterin des Hessischen Rundfunks aus dem Thema gemacht hat, ist ziemlich durchwachsen.

Es fängt schon damit an, dass man sich über den gewählten Titel streiten kann: „Generation Laminat. Mit uns beginnt der Abstieg ... und was wir dagegen tun müssen“. Zu aller erst erinnert der Titel an den einstigen Bestseller „Generation Golf“, doch das wirkt eher unoriginell als lustig. Und dann fühlt sich die Rezensentin auf den Schlips getreten, ist sie doch gerade stolz, dass sie sich für ihr Wohnzimmer statt empfindlichem Teppich sogar Laminat leisten kann, damit ihre kleine Tochter dort so viel umkippen kann, wie sie will, sprich, Laminat ist nicht für alle ein Zeichen von Niedergang und Armut. Doch Kathrin Fischer bringt Wohlstand automatisch mit Parkett in Verbindung und bedauert, dass sie sich von ihrem durchschnittlichen Akademikergehalt nur eine Mietwohnung mit Laminat leisten kann, während sich in den 80er Jahren ihr Englischlehrer mit Frau und drei Kindern ein Haus bauen konnte. Doch auch wenn man über den Titel und die damit verbundene Klage hinwegsieht, so bietet das Buch nur einseitige Schlüsse und zu wenig Greifbares.

Darstellung und Lösungen sind einseitig links geprägt

Fischer, inzwischen Referentin für Öffentlichkeitsarbeit an der Universität Flensburg, meint, dass es kein gutes Zeichen sei, dass sie bei Grillpartys mit Freunden über Währungscrash und den Schutz davor spricht. Staatspleite und Kaltgetränke gehörten einfach nicht zusammen. Wobei die Autorin selbst anmerkt, dass viele ihrer Freunde sagen, sie klage auf hohem Niveau. Überhaupt zitiert sie ganz oft aus ihrem Freundeskreis oder aus der „taz“, echte Experten oder Zahlen kommen dafür wenig vor.

Wobei viele der Beschreibungen der Autorin durchaus vorhandene Missstände aufgreifen, doch Fischers Forderung, einfach die Reichen höher zu besteuern, ist doch arg platt. Die Probleme in Deutschland liegen viel tiefer und vielleicht ist das Studium der Philosophie und Literaturwissenschaften der Autorin nicht unbedingt die beste Basis, um eine Analyse des Niedergangs der Mittelschicht zu liefern. Manche Kritikpunkte sind allerdings auch so nachvollziehbar: So kritisiert sie, dass aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherungen ein Single mit einem Jahresbruttogehalt von 63 000 mit 53 Prozent die höchsten Abzüge habe, jener, der 110 000 Euro im Jahr verdient, aber nur noch 50 Prozent seines Gehalt für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge verwenden müsse.

Aber auch wenn die wenigen, politisch linksgeprägten Antworten zur Lösung der Krise aus der Feder von Kathrin Fischer zu wenig hergeben, so ist es doch ein Verdienst, dass sie das ungute Bauchgefühl vieler Mittelschichtler in Worte gefasst hat. Bezüglich der von ihr abgelehnten Euro-Rettung und des deutschen Schuldenbergs fragt sie zu Recht: „Wie soll ich das später meinem Sohn erklären!“ *Rebecca Bellano*

***Kathrin Fischer: „Generation Laminat. Mit uns beginnt der Abstieg ... und was wir dagegen tun müssen“**, Knaus, München 2012, broschiert, 285 Seiten, 16,99 Euro*

Staatsverbrechen aufgegriffen

Thriller thematisiert ein hässliches Kapitel dänischer Geschichte

Zwangssterilisation in Dänemark? Es ist wieder harte Kost, die Jussi Adler-Olsen seinem Lesepublikum zumutet. Auf einem Empfang wird die kinderlose Arztfrau Nete Rosen als ehemalige Prostituierte beschuldigt, die aufgrund ihrer mangelnden Intelligenz und ihrer wilden Triebe in ihrer Jugend interniert und zwangssterilisiert wurde. Das löst einen Strudel von Gewalt aus, und Carl Morck und sein Team vom Sonderdezernat Q sind wieder in ihrem Element.

Auch wer die drei vorherigen Bände „Erbarmen“, „Schändung“ und „Erlösung“ nicht gelesen hat, kann der Geschichte problemlos folgen. Die Feinheiten in den Beziehungen zwischen Carl, seinen Mitarbeitern und seiner Familie weiß jedoch besonders der Leser zu schätzen, der die vorherigen Bände gelesen hat. Adler-Olsen gibt viele Andeutungen, die den Leser die zukünftigen Bücher mit Spannung erwarten lassen. In jedem Band sind die Charaktere von seinem Assistenten Assad und seiner Sekretärin Rose intensiver gezeichnet worden. Dabei geht es aber nicht nur um das Privatleben, sondern es wird wieder eine dramatische Handlung mit vielschichtigen Persönlichkeiten geboten. Es gelingt ihm wieder, eine Vielzahl von Erzählsträngen miteinander zu verweben und so immer einen hohen Spannungsbogen zu halten. Obwohl der „Böse“ von Anfang an bekannt ist, fiebert der Leser gespannt bis zur unerwarteten Auflösung mit. Einziger Kritikpunkt ist, dass die Frauen, trotz all des geschilderten Leids, das ihnen zugefügt wurde, in ihrer Persönlichkeit etwas farblos bleiben. Doch gerade in dieser Oberflächlichkeit spiegelt sich die Haltung der Gesellschaft, die die jungen Frauen, als sie Hilfe und Anerkennung suchten, nicht wahrgenommen und vorverurteilt hat.

Die Thematik der Geschichte geht unter die Haut, zumal sich die Internierung vermeintlich „lasterhafter“ Frauen und Zwangssterilisation nicht mit dem Bild vom demokratischen Staat Dänemark bis in die 60er Jahre verbinden lässt. Erschreckend ist auch, dass bis heute von staatlicher Seite keine Anerkennung von Unrecht oder Wiedergutmachung für die Frauen erfolgte.

Jussi-Adler Olsen ist mit „Verachtung“ als viertem Band der auf zehn Bände angelegten Serie die würdige Fortsetzung der Reihe um Carl Morck und sein Team gelungen. Er hält den Leser bis zum Schluss in atemloser Spannung. Man mag das Buch kaum aus der Hand legen und ist am Ende in froher Erwartung auf den nächsten Band, um zu erfahren, welcher neue bizarre Fall Carl Morck und sein Team beschäftigt. *Britta Heitmann*

***Jussi Adler-Olsen: „Verachtung“**, dtv-Verlag, München 2012, gebunden, 542 Seiten, 19,90 Euro*



Ungeliebte Roma

Autor analysiert Vorurteile in Ost- und Westeuropa

Bis 2015 läuft noch das „Jahrzehnt der Roma-Inklusion“, in dem es um die Einbeziehung der Roma in die Gesellschaft geht und das von zwölf europäischen Staaten getragen wird. Doch das Projekt ist bisher nicht von Erfolg gesegnet, da „Roma-Freunde und Roma-Feinde mit ihren Argumenten endlos Ping-Pong spielen können“, sagt Norbert Mappes-Niediek, gefragter Balkankorrespondent und Buchautor. Wer, wie, was sind „Roma“, so die kniffligen Frage, derer er sich in seinem neuen Buch annimmt. In Osteuropa sei fast jeder irgendwann mit Roma-Kindern zur Schule gegangen und „weiß“, dass sie faul, unmotiviert, zurückgeblieben, eben rundum „unangemessen“ seien. Im Westen fänden sich hingegen lauter „Experten“, obwohl sie „noch nie ein Roma-Viertel betreten“ hätten und gar nicht wüssten, wovon sie reden.

Hunderttausende Roma drängen nach Westeuropa, wo die Regierungen vor ihnen „Angst“ hätten und sich „mit harten, aber unwirksamen Methoden“ ihrer erwehren wollen, so der Autor. Kommen die Roma aus Rumänien oder Bulgarien, sind sie aber EU-Bürger und könnten nur schwer kontrolliert oder abgeschoben werden. Damit seien westliche Gesellschaften Gefahren von Seiten der Roma ausgesetzt, die Realität, aber auch üble Nachrede seien, wie Mappes-Niediek faktenreich auflistet: Zwangsprostitution, Bettelei, Familiendelinquenz und anderes mehr, was auch Roma Roma vorwerfen, denn „von Identifikation mit allen anderen Roma kann keine Rede sein“.

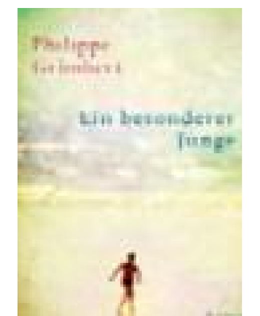
Roma mögen die Roma selber nicht

Auf diese Verachtung kommt der Autor ständig zurück. Roma seien „selber schuld“, wenn sie in Armut und Schmutz lebten, so der östliche Konsens. Wenn Westler „gescheit mit Menschenrechten herumfuchteln“ und Roma-Armut als Folge von Diskriminierung anklagten, dann sollten sie „doch mal selbst Tür an Tür mit diesen Zigeunern leben“, merkt der Autor an. Selbst mitfühlende Experten hätten für westliche „gut gemeinte Initiativen nur Spott übrig“.

Gegen Ende seines Buchs kommt Mappes-Niediek auf Historie und Kultur der Roma zu sprechen, etwas flüchtig und wenig überzeugend, etwa wenn er Roma mit schwarzen Sklaven aus dem amerikanischen Süden vergleicht – das haben rumänische, tschechische, deutsche und andere Tsiganologen besser hingekriegt. Dagegen stehen Ausführungen voll galliger Brisanz, etwa zur „Gypsy industrie aus Nichtregierungsorganisationen, die oft nur aus ihrem Vorsitzenden und dessen Bankkonto bestehen“.

„Was wäre, wenn es die Roma nicht gäbe“, fragt der Autor am Schluss. Und antwortet, dass Probleme beim Namen genannt würden: Armut, Arbeitslosigkeit, Bettelei würden nicht mehr durch Kulturforschung und „Roma-Programme“, sondern durch Sozialprogramme bekämpft. *Wolf Oschlies*

***Norbert Mappes-Niediek: „Arme Roma, böse Zigeuner. Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt“**, Ch. Links Verlag, Berlin 2012, 208 Seiten, 16,90 Euro*



Heilende Krankheit

Autistischer Junge lässt Studenten aufleben

„Suche motivierten jungen Mann für die Betreuung eines besonderen Jugendlichen während eines Aufenthalts mit seiner Mutter in Horville (Calvados)“: Mit diesen Worten beginnt Philippe Grimberts Roman „Ein besonderer Junge“, der sich mit seinen 180 Seiten als perfekte Lektüre mit Tiefgang erweist.

Und mit dieser Anzeige beginnt auch ein Abenteuer für den Studenten Louis. Nachdem sein Vater ihm gedroht hat, den Geldhahn zuzudrehen, sattelt der Pariser Student von den „brotlosen“ Geisteswissenschaften auf Jura um. Im Leben gelingt dem Unentschlossenen nicht viel. Er kapselt sich ab, Freundschaften oder Liebesbeziehungen Fehlanzeige.

Doch die oben genannte Stellenanzeige interessiert Louis, der mit seinen Eltern in Horville früher Ferien gemacht hat. Der Vater von Iannis, so heißt der autistische Junge, um den sich „unser Held“ kümmern soll, entpuppt sich als ähnlicher Tatmensch wie Louis' Vater. Hoch oben in seinem Büro im obersten Stock der Tour Nobel thront er als Personalchef über den Baustellen der Bürostadt La Défense. Seine Gattin ist schon interessanter, schließlich schreibt sie spezielle Romane, wie ihr Mann abwertend sagt. Gemeint sind erotische Bücher.

Der Autor Philippe Grimbert kennt sich mit autistischen Kindern und Jugendlichen aus, da er als Psychoanalytiker mit einem Schwerpunkt in der Jugendpsychatrie tätig ist. Iannis ist ein schöner Junge, mit dem seine Eltern nicht mehr fertig werden. Im Laufe der Zeit fasst er Zutrauen zu seinem Betreuer, auch wenn er ihm einige ziemlich haarsträubende Situationen zumutet. Iannis kann nicht sprechen, er lebt in seinem eigenen Universum, die Angst vor dem Fremden ist sein ständiger Begleiter. Wenn er sein Essen auf dem Tisch verteilt, sein Bett mit dem eigenen Kot verschmiert und zu völlig unvorhersehbaren Aktionen neigt, dann stellt man sich unweigerlich die Frage: Wie würde man selbst mit einem solchen Kind umgehen? Louis gewinnt Iannis lieb, gerade weil er so anders ist und andere scheinbar nicht in seine eigene Welt einlässt. Am Ende des Romans entflieht er mit ihm, wenn auch nur für ein paar Tage, aus der realen Welt, denn Iannis' Mutter und Vater wollen ihren Sohn in eine geschlossene Einrichtung in Belgien stecken. Kann man deshalb den Stab über sie brechen? Insbesondere die Mutter krankt daran, dass sie häufig keinen Zugang zu ihrem Sohn gewinnt. Derweil reift Louis in diesem Sommer. Er überwindet die Gespenster der Vergangenheit und alte Ängste, die aus einem Urlaub resultieren, den er in Horville als Kind verbracht hat.

Mutter leidet, da ihr Sohn sich verschließt

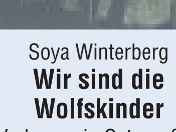
Auf sehr wenigen Seiten gelingt Grimbert sehr viel: Er gewährt uns einen Einblick, wie Geist und Seele eines „kranken“ Kindes, das an Autismus leidet, funktionieren. Er lässt uns teilhaben am sexuellen Erwachen von Louis. Und am Rande bekommen wir noch etwas mit von dem Leben der Väter von Iannis und Louis, zwei Tatmenschen, die dabei am Sinn des Lebens sozusagen vorbeileben. Dieses Buch ist ein Glück. *Ansgar Lange*

***Philippe Grimbert: „Ein besonderer Junge“**, dtv, München 2012, broschiert, 176 Seiten, 14,90 Euro*



„Wolfskinder“
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

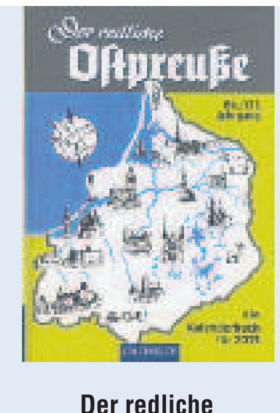
statt € 14,95 nur noch € 9,95



Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99



Heinz Günther Guderian
Das letzte Kriegsjahr im Westen
Geb., 635 Seiten, 46 Abbildungen, 26 Karten,
Best.-Nr.: 5544, € 34,00

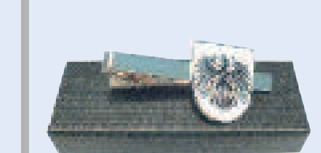


Der redliche Ostpreuße Kalender 2013
Geb., 128 Seiten, 17 x 24 cm, 45 Abbildungen,
Best.-Nr.: 7199, € 9,95



Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95

Preußen-Krawattenklammer



Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte

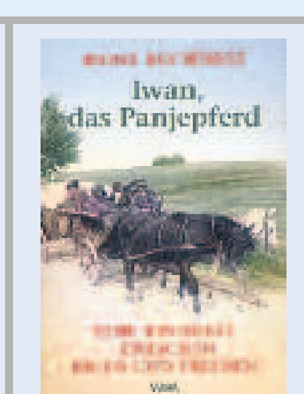


Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst



Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für da ganze Leben prägend waren und die Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Gertrud Höhler
Die Patin
Wie Angela Merkel Deutschland umbaut



Angela Merkel bedient sich der Kernbotschaften anderer Parteien, ohne sich zu deren Werten zu bekennen. Machterhalt geht vor Parteienvielfalt.
Ist Deutschland auf dem Weg zu einer Einheitspartei?, fragt Gertrud Höhler in ihrer brisanten Streitschrift. Mal liberal, mal konservativ, mal christlich-sozial. Die deutsche Kanzlerin lässt sich nicht festlegen. Sie steht nicht für bestimmte Werte oder Positionen. Eine gefährliche Tendenz für Deutschland, sagt Gertrud Höhler. Versprechen werden vermieden, Moral wird zur Manövriermasse, die Geringschätzung von Tugenden zum Programm. Die Folgen: der Ausstieg aus den wichtigsten Spielregeln von Demokratie, Vertragstreue und Wettbewerb. So nivelliert die Politikerin Merkel allmählich die politischen Institutionen und etabliert eine zentralistische Regentschaft – Merkels neues Deutschland.

€ 21,95
Geb., 296 Seiten
Best.-Nr.: 7198



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Heinz Buschkowsky
Neukölln ist überall
Deutschlands bekanntester Bürgermeister redet Klartext.
Heinz Buschkowsky schlägt Alarm: Zoff auf den Straßen, hohe Arbeitslosigkeit, Überfremdungsängste bei der einheimischen Bevölkerung – das ist die Realität in Berlins Problembezirk Nr. 1. Doch Neukölln ist überall. Buschkowsky sagt, was sich in Deutschland dringend ändern muss.
Der Autor ist in Berlin-Neukölln geboren und lebt seitdem dort. Er wuchs in einfachen Verhältnissen auf. Dank öffentlicher Schulen und staatlicher Unterstützung hat er es zu etwas gebracht. Diese Erfahrung hat ihn geprägt. Aus ihr schöpft er die Kraft für sein politisches Engagement. Armut soll kein Schicksal sein, allenfalls eine schwere Ausgangslage, lautet seine Devise. Er glaubt, dass man Menschen durch Bildung verändern kann. Und er ist davon überzeugt: Wer gefördert werden will, muss sich an Regeln halten. Denn gerade diejenigen, die Gefahr laufen, gesellschaftlich abgehängt zu werden, sind auf gute Schulen, ein sicheres Viertel und eine bürgerfreundliche Polizei angewiesen. Buschkowsky weiß, wo der Schuh drückt, und er hat den Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen.

Geb., 400 Seiten
Best.-Nr.: 7201

€ 19,99



statt € 19,00 € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

Die Berliner (Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 2
The Entertainer, Avant de mourir, Poloetzer Tanz, Auf einem persischen Markt, Intermezzo sinfonico, Rusticanella, Alexander's Ragtimeband, Gebet einer Jungfrau, Hindulied, Japanischer Laternentanz, Einsamer Sonntag, Ständchen



CD
12. Titel
Spieldauer: 46:37 Minuten
Best.-Nr.: 7195
€ 17,95

Die Berliner (Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 1
Schöner Gigolo , Püppchen, du bist mein Augenstern, Plaisir d'amour, Petersburger Schlittenfahrt , Narcissus , Jealousy, Zigeunerlager, Oh, Donna Clara, Minuetto, Barcarole, Das alte Lied, Mondnacht auf der Alster



CD
12 Titel
Spieldauer 46:40 Minuten
Best.-Nr.: 7194
€ 17,95





Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff
Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/Textband in einfühlsamer Textund Bildsprache nach.

Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172

statt € 19,00 nur € 12,95



Michael Lüders
Iran: Der falsche Krieg
Wie der Westen seine Zukunft verspielt
Kart., 176 Seiten
Best.-Nr.: 7200, € 14,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



€ 14,95

Deutsche Märsche
insgesamt 60 Titel
Best.-Nr.: 7183

Preußen-Schirmmütze





Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg- Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

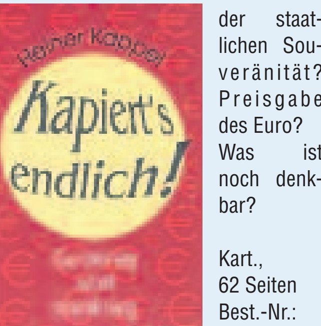
Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95



Heiner Kappel
Kapiert's endlich! Geldkrieg statt Weltkrieg
Gibt es eine Alternative zu dem, was sich da zusammenbraut?
Heiner Kappel durchdachte scharf, dass mit der Einführung des Euro die Transferunion von langer Hand geplant war. Unter dem Dach des Euro ist Deutschland an die Kette gelegt. Die Mächtigen dieser Welt ziehen an den Strippen. Die Folgen für unser Land sind katastrophal. Welche Auswege sind möglich? Aufgabe der staatlichen Souveränität? Preisgabe des Euro? Was ist noch denkbar?



Kart., 62 Seiten
Best.-Nr.: 7202
€ 6,99

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Rundstempel

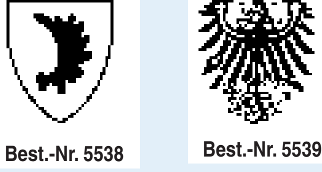
pro Stück nur € 12,95



Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539





Vom Autor signiert! (Nur geringe Stückzahl verfügbar!)

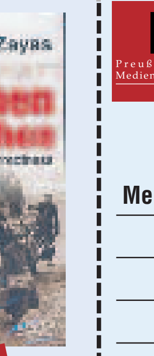


Arno Surminski
Tod eines Richters
Roman über ein ungewolltes Kind
Geb., 270 Seiten
Best.-Nr.: 7171, € 19,95



Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95









PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 39/12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Griechen-Renten die zweithöchsten

Athen – Nach Berechnungen der OECD erhielten die Griechen 2011 gemessen am vorherigen Durchschnittsgehalt die zweithöchsten Renten in der EU. Nur die Niederländer bekamen mehr. Das griechische Rentenniveau lag damit doppelt so hoch wie das deutsche, berichten die „Deutschen Wirtschafts-Nachrichten“ mit Verweis auf die OECD-Studie. Die dritthöchsten Renten in der EU bezogen demnach spanische Ruheständler. *H.H.*

Frankreich tilgt Vater und Mutter

Paris – Frankreichs sozialistische Justizministerin Christiane Taubira will die Wörter „Vater“ und „Mutter“ aus allen offiziellen Dokumenten einschließlich des Zivilrechts tilgen. Stattdessen soll nur noch von „Eltern“ die Rede sein. Taubira sieht in der Verwendung der Begriffe „Vater“ und „Mutter“ eine Diskriminierung homosexueller Paare. Die katholische Kirche hat scharf protestiert und zu einem „Gebet für Frankreich“ aufgerufen. *H.H.*

ZUR PERSON

Mordaufruf aus Kalkül

Ginge es allein um sein Ressort, würde den pakistanischen Eisenbahnminister **Ghulam Ahmad Bilour**, der lediglich über ein kümmerliches Streckennetz von wenigen tausend Kilometern gebietet, selbst im eigenen Land kaum jemand kennen. Seinen Einfluss verdankt der am 25. Dezember 1939 in Peshawar geborene Politiker seiner Familie, die zu den reichen Großgrundbesitzern und Unternehmern gehört und die Politik des Landes dominiert. Während sein Vater zu den Anhängern des Paschtunenführers Bacha Khan und Mahatma Gandhis gehörte und Gewaltlosigkeit im politischen Kampf predigte, verfiel sein Sohn ins andere Extrem. Bilour gehört zu den alten Schlachtrössern der linken Awami National Party, die für die Rechte der Paschtunen und einen islamischen Sozialismus in Pakistan kämpft. Als Eisenbahnminister fiel er vorwiegend dadurch auf, dass er vehement den Ausbau und die Modernisierung des Verkehrsmittels verhinderte.



Nachdem er, angeblich in eigener Initiative, ein Kopfgeld auf die Macher des Mohammed-Videos ausgesetzt hat, ist Bilours Name weltweit in aller Munde. Von der Regierung und seiner Partei gab es dazu außer einer lauen Distanzierung nichts zu hören. Über seine Motive für den Mordaufruf gibt es lediglich Spekulationen. Es heißt, er habe sich für Schäden an seinem Privateigentum rächen wollen. Tatsächlich waren bei den antiwestlichen Ausschreitungen in Peschawar einige Gebäude in Brand gesteckt worden, die seiner Familie gehören. Viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass er sich mit dem Mordaufruf für die Wahl Anfang kommenden Jahres in Stellung bringen wollte. In der aufgeheizten Stimmung treten selbst vorgeblich gemäßigte Parteien radikalislamisch auf. Da kommen markige Worte wie die Bilours beim Volk besonders gut an. *J.H.*



Zeichnung: Mohr

Endlich Geschenke!

Worauf sich Versicherer und Banken freuen, was die Dämmstoffhersteller jubeln lässt, und warum wir nicht recht mitfeiern mögen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Weihnachten rückt näher, die Zeit der Barmherzigkeit und der Geschenke. Ein paar Bekannte wollen schon die ersten Nikoläuse in den Läden gesehen haben. Geht ja immer früher los.

In dieser kuscheligen Atmosphäre macht sich soziale Kälte recht schlecht, weshalb Angela Merkel nicht einfach nur „Nein“ sagen will zu dem Vorschlag mit der Zuschussrente für arme Ruheständler. Das Problem werde angegangen, verspricht die Kanzlerin und ließ schon mal durchblicken, was sie vorhat: eine neue Zusatzrente, über welche die Deutschen privat vorsorgen und so ihre gesetzliche Altersrente aufbessern sollen.

Mit anderen Worten: Wir erhöhen einfach die Rentenbeiträge, dann kommt hinten auch mehr raus. Darauf hätten wir selber kommen können. Aber nein, die Beiträge sollen ja stabil bleiben, das ist ein Politiker-Versprechen, und die halten ihre Zusagen. Deshalb nennen sie das nicht „Anhebung der Rentenbeiträge“ sondern „Einführung einer allgemeinen privaten Zusatzvorsorge“.

Aber – haben wir das nicht längst? Klar doch, nennt sich Riester-Rente. Die allerdings ist ein wenig in Verruf geraten. Habe neulich mal auf meine Abrechnung geblickt und entdeckt: Ein gutes Drittel meiner Beiträge (inklusive des staatlichen Zuschusses) sind nie im Kapitalstock angekommen, sondern irgendwo in der Versicherungswirtschaft versickert.

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, hat diesen Blick kürzlich auch mal riskiert und gab daraufhin im Fernsehen bekannt, dass er seine Riesterrente gekündigt habe. Lieber nehme er einen gewaltigen Verlust auf einen Schlag hin als sich jeden Monat aufs Neue über die Abbuchung ärgern zu müssen. Schneider ist nicht allein, immer mehr Deutsche erkennen den Riester-Schmu und hauen ihrer gierigen Versicherung den schmierigen Vertrag um die Ohren.

Da kommt die Entdeckung der Kanzlerin, dass dringend etwas gegen Altersarmut unternommen werden muss, gerade recht: Zwingen wir die Leute einfach zum Riestern, muss sich die Versicherungsbranche keine Sorgen mehr machen. Das nützt auch dem Finanzminister: Per Gesetz sind die Versicherer nämlich gezwungen, einen erheblichen Teil der Versicherten-Gelder in Staatsanleihen zu investieren, das Geld also dem Hause Schäuble zu leihen. Das Gesetz gilt der „Sicherheit“ der Einlagen, heißt es. „Sicher“ ist vor allem, dass Schäuble Minizinsen zahlt, die nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen.

So profitieren alle: Die Versicherungskonzerne bekommen ein todsicheres Geschäft, Schäuble bekommt seine Staatsanleihen für Quasi-Nullzins unter und die deutschen Normalverdiener bekommen das gute Gefühl, etwas gegen ihre Verarmung im Alter zu tun. Ein Gefühl, das ein halbes Leben lang anhält bis zu dem Moment, wo es an die Auszahlung der „sicheren“ Zusatzrente geht. Dann werden die von Vorfreude breitgegrinsten Gesichter ganz lang von den schmalen Zahlen.

Geschenke soll es nicht bloß für die Versicherungsbranche geben, auch der Dämmstoffindustrie leuchten die Augen: Ab 2016 wird die „Energie-Einsparungs-Verordnung“, kurz EnEV, noch einmal drastisch verschärft. Für den Klimaschutz. Ja, ja. Dann, so hofft die Branche, werden Dämmstoffe noch viel besser gehen als heute.

Hoffentlich wird sie nicht enttäuscht. Irgendwann wird bauen so teuer, dass es sich der Normalverdiener nicht mehr leisten kann. Kann er ja heute schon kaum noch. Als Ausweg gibt es daher die Überlegung, auch Besitzer von Bestandsbauten zum Nachdämmen gesetzlich zu verdonnern. Dann wären die Dämmstoff-Hersteller auch aus dem Schneider, wenn sich keiner mehr ein neues Eigenheim leisten kann.

Leider wurden die Konsequenzen eines solchen Nachdämmzwangs viel zu schnell öffentlich, was einen Proteststurm auslöste. Zwar hielt die Politik, und mit ihr die klimabesorgten Anbieter von Isoliermaterial, dagegen, dass sich das Nachdämmen in nur 30 Jahren amortisiere. Manch 80-jähriger Hausbesitzer aber wollte sich von dieser sagenhaften Aussicht nicht wirklich entflammen lassen. Also verschwand das Vorhaben zunächst in der Schublade. Da können wir es hoffentlich später wieder rausholen.

Woher diese Verbundenheit der Politik mit der Dämmstofflobby rührt, wissen wir nicht. Korruption kann es nicht sein, denn die ist bei uns ja verboten. So drohen heftige Strafen, wenn jemand einem Abgeordneten vor einer Abstimmung Geld zusteckt, damit der sein Händchen in gewünschter Weise hebt.

> Politiker fürchten um ihre »Unabhängigkeit«, wenn sie nicht mehr unbegrenzt Präsente annehmen dürfen

Ganz anders ist es, wenn man ihm die Tausender erst danach unterm Tisch durchreicht. Das ist in Deutschland völlig legal. Zwar hat die Bundesrepublik schon 2003 eine UN-Resolution unterschrieben, wonach dieser merkwürdige Unterschied zwischen Vorher und Nachher gestrichen werden müsste. Doch eigenartigerweise hat der Bundestag bis heute keine Gelegenheit gefunden, die Resolution in ein Gesetz zu gießen, was bis auf Deutschland und Tschechien alle europäischen Staaten längst getan haben. Auch weltweit zögern nur noch Länder wie Birma, Saudi-Arabien, Tschad oder Sudan – eine erlesene Gesellschaft, was?

Da die Sache langsam peinlich zu werden droht, soll sich am 17. Oktober der Rechtsausschuss des Bundestages mit der Angelegenheit befassen. Noch sind viele Parlamentarier zuversichtlich, dass die Ausschuss-Mitglieder einen Weg finden, die gute bundesrepublikanische Schmiergeld-Tradition zu retten. Ein Abgeordneter heulte in die Kamera, seine „Unabhängigkeit“ sei in Gefahr, wenn die großzügige Erlaubnis für Geldgeschenke an Politiker beschnitten würde. Seine Unabhängigkeit! Der Mann sagte das mit völlig ernster Miene, eine schauspielerische Meisterleistung. Unsereins wäre ob dieser Dreistigkeit vor laufendem Mikrofon im Lachkrampf versunken. Als Polit-Profi lernt man eben, seine Gefühle unter Kontrolle zu halten. Wolfgang Schäuble hat uns ohne die geringste Gesichtsverfärbung vorgesungen, dass das Risiko für die Deutschen im Rettungsschirm ESM nie und nimmer über die veranschlagten 190 Milliarden Euro steigen werde. Nun wird bekannt, dass man den ESM auf sein vierfaches Volumen „hebeln“ will. Statt 500 Milliarden will man ihn auf 2000 Milliarden aufblähen, damit auch Spanien und Italien drunterpassen.

Ebenfalls ohne rot zu werden versichert man in Berlin trotzdem, dass dadurch „keine zusätzlichen Haftungsrisiken für die deutschen Steuerzahler“ entstünden. Die Kreditsumme steigt aufs Vierfache, doch das Risiko bleibt gleich? Wir hätten bei Mathe besser aufpassen sollen. Es wird noch schöner: Zum „Hebeln“ will man private Kreditgeber ins Boot holen. Damit die überhaupt kommen, gewährt man ihnen absoluten Vorrang bei der Rückzahlung der Kredite. Die Steuerzahler hingegen werden ganz hinten in der Reihe der Gläubiger Platz nehmen.

Mit anderen Worten: Während die Finanzindustrie noch daran mitverdienen soll, dass man ihre gefährdeten Kredite aus dem Feuer der Mittelmeerländer rettet, werden die Steuerzahler für die Reise in den Totalschaden gebucht. Sollte also genau ein Viertel der ESM-Kredite per Schuldenschnitt flötengehen, haben die Deutschen ihre 190 Milliarden komplett verloren, während die Banken, welche damit gerettet wurden, für ihre eigene Rettung sogar noch einen Zinsgewinn einstreichen.

Und mit einem Viertel werden wir wohl rechnen müssen. Aus Griechenland kamen in der vergangenen Woche im 48-Stunden-Takt neue Geldforderungen: Erst hieß es, das Land benötige in etwa zwölf Milliarden Euro mehr, dann 20 und schließlich 30. Dass davon jemals etwas wiederkommt, darf bezweifelt werden. Längst ist von einem zweiten Schuldenschnitt die Rede. Übrigens: Die milliardenschweren griechischen Reeder genießen noch immer das Privileg völliger Steuerfreiheit.

MEINUNGEN

***Silke Mertens** schreibt am 18. September in der „Financial Times Deutschland“ über ein mögliches Verbot des Films „**Unschuld der Muslime**“:*

„Wir können nicht verhindern, dass Islamisten in immer mehr arabischen Ländern die Macht übernehmen, auch wenn wir uns die Demokratie in der Region anders vorgestellt haben. Aber wir können und müssen verhindern, dass Islamisten in Europa politische Entscheidungen beeinflussen.“

*„Bild“-Kolumnist **Hugo Müller-Vogg** klagte am 20. September dazu:*

„Wir Deutsche praktizieren eine seltsame Doppeltoleranz: Christen müssen Beleidigungen und Schmähungen ertragen. Aber muslimischen Seelen darf nichts zugemutet werden.“

*Der Anleihehändler **Pimco** gebietet über 1,4 Billionen US-Dollar. Sein Chef **Mohamed A. El-Erian ärgerte sich** auf einer Bankenkonferenz in Frankfurt am Main über **Griechenland**:*

„Das Land hat bislang nichts geschafft, was es versprochen hat.“

*Berlin-Neuköllns Bezirksbürgermeister **Heinz Buschkowsky** in seinem neuen Buch „Neukölln ist überall“:*

„Integration und die Bereitschaft dazu sind an erster Stelle eine Bringschuld der Hinzukommenden. Wir sind mit den Regeln, die wir haben, zufrieden. Wer zu uns kommt, muss sie bejahen und sich an der Mehrung des Wohlstands dieser Gesellschaft aktiv beteiligen – ist es nicht das Recht einer jeden Gesellschaft, das zu sagen?“

Wegbereiter

Die Euro-Endsieg-Zuversicht
ist manchen nicht zu rauben,
und standhaft wollen drum sie nicht
an Katastrophen glauben.

Sie denken, erstens
wär's gemein,
zum zweiten kann's mit Krisen
bei uns hier nicht so
schrecklich sein –
und sehn es nun erwiesen:

Denn Mehmet will zurück ins Land,
aus dem er einst entflohen,
als brüsk man schuldig ihn befand
für Prügeln und Bedrohen.

Zwar klappt sein Plan nicht
einfach so
nach all den Vorgeschichten,
doch Grüne, Caritas
und Co.,
die werden's ihm schon richten.

Zuhilfe gar kommt indirekt
ein türkischer Minister –
mit seiner These nämlich schreckt
er mächtig die Philister:

Die Visum-Pflicht für Türken sei
ja Menschenrechtsverletzung!
Da nicht halal, taugt Schweinerei
hier nicht zur Übersetzung.

Doch wenigst ist damit der Gang
nach Straßburg vorgegeben,
und Mehmet könnte frei nach Drang
recht bald am Wunschort leben:

Denn will das
Menschenrechtsgericht
sich wieder mal bewähren,
wird wohl es
Visa-Freiheit schlicht
für jedermann erklären!

Pannonicus